

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Eine Überlebensfrage

Seit Mitte August 1939 organisierte die faschistische Führung Deutschlands fingierte Überfälle, für die in der Nazi-propaganda Polen verantwortlich gemacht wurde. Die Aktionen mündeten am 31. August 1939 in den „Überfall“ auf den Sender Gleiwitz: SS-Leute in Zivil verkündeten dort auf Deutsch und Polnisch einen Aufstandsauf-ruf an die polnische Minderheit im deutschen Teil Oberschlesiens.

80 Jahre danach organisieren die USA und ihre Verbündeten unentwegt kriminelle Akte, mit denen sie die Kriegsgefahr in meh-reren Regionen der Welt steigern und in Nordamerika und Westeuropa rechte und faschistische Bewegungen und eine Welle der Gewalt fördern. Diese Strömungen for-mulieren schärfer, was Konservative und nationalistische Sozialdemokraten seit Jahrzehnten predigen: Nicht der globale



1939 darf sich nicht wiederholen!
Plakat: E. u. W. Zakrzewski, 1952

Wenige Stunden später, am 1. September um 4.45 Uhr, eröffnete das in Danzig lie-gende Linienschiff Schleswig-Holstein das Feuer auf die polnische Garnison auf der Westerplatte. Deutschland hatte 25 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg auch den Zwei-ten begonnen. Hitler behauptete: „Polen hat heute Nacht zum ersten Mal auf unse-rem eigenen Territorium auch mit bereits regulären Soldaten geschossen. Seit 5:45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen!“ Nicht einmal die Uhrzeit stimmte.

Klassenkampf von oben, nicht die Diktatur des Finanzkapitals und sein Drang zum Krieg, son-dern Zuwanderung und Migra-tion sind die größte Bedrohung des Kapitalismus seit dem Ende der Sowjetunion. Heute übertrifft die darauf basierende Hetze an Intensität und Reichweite die Nazis von 1939. Was in der Bun-desrepublik als Gerede über die „Islamisierung des Abendlan-des“, also etwas, was es nicht gibt, begann, könnte nach Vorhersagen in den Landtagswahl-en in Sachsen und Brandenburg am 1. September im Aufstieg der AfD zur stärksten Partei vor-läufig gipfeln – einer Partei, die nur mühsam ihr faschistisches Wesen kaschiert. Die Behauptung einer Invasion angeblich krimi-neller Migranten brachte in den USA den unberechenbarsten Chauvinisten der vergangenen 120 Jahre ins Weiße Haus.

Sie wollen Krieg! Am 2. August, als die Zerstörung des INF-Ver-trags vollendet war, verkün-dete der US-Kriegsminister die rasche Aufstellung bisher verbo-tener Waffen gegen China. Das Spektakel, das die USA und ihre getreuen Londoner Vasallen in der Straße von Hormus seit Wochen insze-nieren, weist Parallelen zu 1939 auf: Es wird ja nur zurückgeschossen. Und Syrien, Ost-ukraine, vor allem Venezuela? Seit dem nach Gleiwitz-Modell organisierten Putschversuch vom 23. Januar befindet sich das südamerika-nische Land im ökonomischen Würgegriff der USA, hat es nach Einschätzung von US-Wis-senschaftlern wegen der Folgen für das Gesundheitssystem Zehntausende Tote zu beklagen. Am 6. August wurden neue Sank-tionen Trumps bekannt und nachgewiesen,

daß die USA einen Cyberkrieg gegen die Streitkräfte Venezuelas führen. Tatsachen dieser Art veranlassen manche, die sich Linke nennen, sich als Lakaien der Konterrevolution anzubiedern. So veröf-fentlichte z. B. das „neue deutschland“ am 30. Juli ein Interview mit zwei venezolanischen Regierungsgegnern unter der Über-schrift „Venezuela schadet der Linken“. Anlaß war die 25. Tagung des Forums von São Paulo in Caracas mit 750 Vertretern von 125 Organisationen aus 70 Ländern. Es stand im Zeichen der Solidarität mit Vene-zuela, Kuba und Nicaragua. Im Interview war davon keine Rede, vielmehr sollte offenbar nachträglich eine Haßpredigt auf lateiname-rikanische Linke veröffentlicht werden. Die sähen, wurde da unkommentiert gelogen, „leider“ zu einem nicht unerheblichen Teil „die Welt noch durch die Brille des kalten Krieges“ und wiederholten „Muster des Real-sozialismus, des Stalinismus“. Wer solchen „Genossen“ Raum gibt, macht Trump-Twitter überflüssig. Wenn der Krieg beginnt, muß die Linke gespalten werden. Es ist für uns eine Über-lebensfrage, das zu verhindern.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Friedensbewegung und INF-Vertrag	2
Sergej Lawrow: Der 2. Weltkrieg und die Verdrehungen des Westens	3
Wie vor 80 Jahren der 2. Weltkrieg begann	5
„Ich habe heute zwei Männer getötet ...“	8
Hände weg vom Iran!	9
Wie CIA-Agenten den Pfauenthron retteten	9
Patrik Köbele: Fluchtursache Imperialismus	12
China: Die mißlungene Generalprobe	15
Klartext über das Helms-Burton-Gesetz	16
EU-Wahlen 2019 – Probleme und Gefahren	17
Eine vernunftwidrige Äquidistanz-Haltung	19
Die Systemfrage und die Eigentumsfrage	20
Die Bedeutung des VII. Weltkongresses	23
„Verwertungsdynamik kennt keine Grenzen“	25
Antifaschistische Kaufleute – die Bremer Familie Hollmann	29
Th. Weissenborn: Trivalliteratur und Kitsch	30
Stimmen aus aller Welt über die DDR	32
Plastische Porträts von Christiane Rößler	33
„RotFuchs“-Veranstaltungen	36
Leserbriefe	33

Keinen neuen kalten Krieg in Europa!

Friedensbewegung und INF-Vertrag

US-Präsident Donald Trump kündigte Anfang Februar den für Europas Sicherheit wichtigen Vertrag über nukleare Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag) zum 2. August auf. Der russische Präsident Putin setzte, als Reaktion darauf, selbst den INF-Vertrag aus. Nach Fertigstellung der US-Aegis- und THAAD-Raketenabwehrsysteme (in Polen, Rumänien und THAAD, letztere mobil voraussichtlich für Deutschland) soll nun auch der Weg für die Stationierung neuer nuklearer Marschflugkörper in Europa geebnet werden.

Ende Oktober 2017 bezifferte die „Kongress-Geschäftsstelle für den US-Haushalts-etat“ (Congressional Budget Office) die veranschlagten Kosten der US-Atomwaffenausrüstung für die kommenden 30 Jahre auf mittlerweile 1,2 Billionen US-Dollar. Es handelt sich nicht um eine größere Sympathie gegenüber der Politik Rußlands, wenn hier stärker der Blick auf die US-Politik gerichtet wird, sondern um die realistische Einschätzung einer Kriegsangriffsgefahr durch ein militärisch stark überlegenes US-Militär, unterstützt durch das Militärbündnis NATO, das unter US-Hegemonie steht. Die Zahlen der immens größeren US-Rüstungsausgaben, die über dem Zehnfachen der russischen Militärausgaben liegen, können bei SIPRI, dem Stockholmer Internationalen Institut über die weltweiten Militärausgaben, nachgelesen werden. Auch wenn alle Atomwaffenstaaten weiter aufrüsten: Der Militärisch-industrielle Komplex der USA mit seinen ca. 800 Militärbasen (außerhalb des eigenen Landes) läßt bei den heute tief verschuldeten Vereinigten Staaten auf nichts Gutes hoffen.

So schockte auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz der rechte US-Vizepräsident Mike Pence die Anwesenden mit Präsident Trumps neuer amerikanischer Raketenabwehrstrategie, die wie eine reine Kriegserklärung aussieht – siehe dazu die „Monitor“-Sendung vom 21. Februar „Hochrüsten um jeden Preis: Die neuen nuklearen Pläne der USA“. Es sind die Pläne von Trumps „Sicherheits“berater John Bolton, der Falke unter den Falken: Pläne, die sich eindeutig gegen Rußland und auf regionale und damit hier in Europa stattfindende Atomkriege richten. Gerhard Piper, Publizist und Politikwissenschaftler, schrieb dazu: „In der Sendung [Monitor] fordert Elbridge A. Colby, der bis 2018 Chefstrategie im Pentagon war und nun als Director for Defense Plans am Center for a New American Security (CNAS) in Washington arbeitet, ‚die richtige Strategie und die richtigen Waffen, um einen begrenzten Atomkrieg zu führen und zu gewinnen.‘ Und: ‚Wir müssen bereit sein, Atomwaffen gezielt einzusetzen. Natürlich kann man die apokalyptische Gefahr solcher Waffen nicht komplett kontrollieren, aber wir sollten zu einem gezielten Einsatz bereit sein.‘“ Die Bundesregierung fährt aktuell den Kurs der Bündnistreue zur USA, indem sie einseitig

Stellung gegen Rußland bezieht, anstatt eine Entspannungspolitik zu betreiben, die die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch drängen würde. Damit wächst auch die Gefahr eines möglichen Unfalls: Neue nukleare Mittelstreckenraketen, die voraussichtlich für die Raketenabwehr an der Grenze zu Rußland aufgestellt werden, geben dem Gegenüber kaum Zeit für eine Entscheidung. So können falsche Computersignale hier der Weltuntergangsuhr der US-amerikanischen Atomwissenschaftler recht geben. Es ist heute wieder zwei Minuten vor zwölf, so spät oder gefährlich, wie es bisher nur einmal im kalten Krieg war.

Nukleare Aufrüstung: Atomwaffenstützpunkt Büchel

Aktuell gibt es die erste Neuentwicklung einer US-amerikanischen Atomwaffe seit dem Ende des kalten Krieges, die B61-12-Atombombe. Sie soll im Jahr 2020 in Serienproduktion gehen und ab 2024 die ältere Version (B61) u. a. in Büchel ersetzen. Unsere aktuell aus 67 Friedensorganisationen bestehende bundesweite Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“ fordert von der Bundesregierung den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel, die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Atomwaffen-Verbotsvertrages und eine Absage an die geplante nukleare Aufrüstung. Büchel ist der einzige Standort in Deutschland, wo heute (US-)Atombomben stationiert sind (vermutlich zwanzig). Dort (und gemeinsam in NATO-Manövern) üben deutsche Piloten im Rahmen der „nuklearen NATO-Teilhabe“ mit Bundeswehr-„Tornado“-Kampffjets, Atombomben ins Zielgebiet zu fliegen und abzuwerfen.

In Büchel fanden vom 26. März bis 9. August zum vierten Mal seit 2016 unsere Proteste in Form einer 20-wöchigen Aktionspräsenz statt. Alle diese Aktionen, die zivilen Ungehorsam beinhalten, verfolgen das Ziel eines atomwaffenfreien Deutschlands. Weder darf die Bundeswehr an nuklearen NATO-Manövern teilnehmen, noch darf von hier aus (Ramstein und Büchel) ein US-Atomkrieg geführt werden. Die Proteste stehen für eine klare Absage an die nukleare Teilhabe der NATO und damit auch gegen einen nuklearen Ersteinsatz, der Teil der NATO-Doktrin ist. Sie steht für den Erhalt des INF-Vertrages. Mit unseren Prozeß-Kampagnen legen wir den Finger in die Wunde: Die Atomwaffen in Büchel sind aus vielen Gründen gesetzeswidrig, und wir haben eine Verpflichtung, gegen dieses Unrecht Widerstand zu leisten. Wenn immer mehr Menschen den Weg durch die Gerichte wagen, haben wir eine Chance, wie damals in Mutlangen in den 80er Jahren. Mutlangen war ein Symbolort für die Aufrüstung mit Massenvernichtungswaffen, wie es Büchel heute ist. Dort protestierten Tausende von Menschen gegen die Stationierung der Pershing-II-Mittelstreckenraketen mit Sitzblockaden. Der Druck

der Friedensbewegung hatte einen Anteil daran, daß der INF-Vertrag geschlossen und die Pershing-Atomraketen abgezogen und vernichtet wurden. Atomare Abrüstung versucht jetzt unsere Kampagne am Symbolort Büchel zu erreichen, wofür wir gemeinsam mit der regionalen Gruppe „Initiativkreis gegen Atomwaffen“ des Versöhnungsbundes e. V. am 1. September den diesjährigen Aachener Friedenspreis erhalten werden. Dezentral riefen zudem Organisationen und Friedensgruppen aus unserem Kampagne-Trägerkreis zum bundesweiten Aktionstag am 1. Juni auf (in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Bonn, Frankfurt und München). Er richtete sich gegen die Aufkündigung des INF-Vertrages, gegen ein neues atomares Wettrüsten und tritt für eine atomwaffenfreie Welt ein.

Mayors for Peace

Die „Mayors for Peace“ (Bürgermeister für den Frieden) ist eine weltweite Organisation, der 7744 Städte (Stand April) angehören. Deutschland steht nach dem Iran und Japan an dritter Stelle mit 650 Mitgliedsstädten. Auch bei den Bürgermeistern macht sich die neue Bedrohung durch die Aufkündigung des INF-Vertrages bemerkbar. Neu in diesem Jahr ist der ICAN-Städteappell: Bereits dreizehn Städte haben den „ICAN-Städteappell“ unterschrieben, der fordert, daß „Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitreten soll“: Mainz, Wiesbaden, Marburg, Köln, Potsdam, München, Göttingen, Reinheim, Dortmund, Bremen, Schwerin, Düsseldorf und Kaiserslautern. Auch international ruft ICAN die Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika (darunter die US-Regierungsstadt Washington DC), Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet. Ein Verbot von Atomwaffen verbietet dann auch die nukleare Teilhabe.

Atomkrieg und Klimawandel

Das Militär ist der größte Klimakiller, was aber auch die größte Chance für nötige klimapolitische Alternativen bietet. 1,7 Billionen Dollar werden jährlich weltweit für die Rüstung ausgegeben. Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte sowie der Einsatz der Waffen, auch das Üben mit den Kampfflugzeugen, erzeugen u. a. riesige Mengen unsinniger CO₂-Ausstöße. Allein ein Zehntel der Rüstungsausgaben reichen für einen ökologischen wirtschaftlichen Umbauprozeß. Es gilt, den militärisch-industriellen Komplex für unsere Zukunft und die der zukünftigen Generationen abzubauen. Krieg ist obsolet! Solidarisch sind wir aktuell ganz besonders mit der jungen Klimabewegung „Fridays for Future“ und mit „Extinction Rebellion“!

Jugend in Aktion

Sehr ermutigend ist die 18-köpfige Jugend-Delegation der jungen Menschen aus

Deutschland, welche die Vorbereitungskonferenz (NPT PrepCom vom 29. April bis zum 10. Mai) zur anstehenden Atomwaffensperrvertrags-Konferenz in 2020 (NPT), begleitet.

Die jungen Menschen haben mit weiteren Jugend-Delegationen aus den USA, Neuseeland und Japan eine gemeinsame Rede erarbeitet, die von Mandy aus der deutschen Delegation am 1. Mai dort vorgetragen

wurde. Ganz im Sinne von Greta und anderen Jüngeren, wie wir es im Moment in den Nachrichten über die Aktionärsversammlungen bei RWE (Kohleausstieg) und auch Bayer (Glyphosat/Monsantokauf) erleben. Auch beim Atomwaffen-Thema ist jetzt die nachfolgende Generation mit dabei. Diese Delegation ist eine Initiative der Pressehütte Mutlangen und der DFG-VK, die zum Trägerkreis unserer Kampagne gehören.

Die neue breite gesellschaftliche Mobilisierung für die Abrüstung von Atomwaffen ist von besonderer Wichtigkeit. Der Klimawandel und die Gefahr eines globalen Atomkrieges sind aktuell die größten Gefahren für die Menschheit!

Marion Küpker

(Leicht gekürzt aus „FriedensForum“ 4/2019)

Der 2. Weltkrieg und die Verdrehungen des Westens

Der Mai ist vorbei, Feuerwerk und Salutschüssen sind verhallt, das Land und die Welt haben den Tag des Sieges gefeiert. Ein Fest der Frontveteranen, der Arbeiter, die im Hinterland die Industrie aufrechterhielten, unseres ganzen Volkes und anderer Siegnationen. Am Roten Platz fand eine majestätische Parade statt, am Grabmal des Unbekannten Soldaten wurden Kränze niedergelegt. Erneut fanden nicht nur in Rußland, sondern auch in anderen Ländern die Gedenkmärsche des Unsterblichen Regiments statt, einer Bürgerinitiative, die wirklich globale Ausmaße erhalten hat. Hunderttausende russische Bürger, im Ausland ansässige Russen und Vertreter anderer Nationen haben daran teilgenommen – alle, für die das Andenken an den Sieg und an jene, die uns ihm näher brachten, wertvoll ist.

Es steht noch ein Datum bevor: der 22. Juni, der Tag des Gedenkens und der Trauer für die Opfer des Großen Vaterländischen Krieges. Wir werden uns an diejenigen erinnern, die in den Kämpfen gefallen sind, in Gefangenschaft und in den Konzentrationslagern zu Tode gemartert wurden, vor Hunger und an den Lasten der Kriegszeit gestorben sind. Auch die Vorbereitung auf die Feier des 75. Jahrestages des Sieges im nächsten Jahr beginnt. Eine Feier, die zweifellos dem Maßstab der Heldentaten und dem großen Geist aller Helden jenes Krieges gerecht werden wird. Und es kommen unwillkürlich Gedanken auf: Was bedeutet der 9. Mai für die Völker, die an der Schwelle der Vernichtung standen? Und warum stößt er bei einigen auf so viel Mißmut?

Für mich als Vertreter der ersten Nachkriegsgeneration, die mit den Erzählungen der Frontheimkehrer, den Familiengeschichten über den Krieg groß geworden ist, sind die Antworten auf diese Fragen klar. Die Völker der Sowjetunion und anderer Länder waren zum Objekt der menschenfeindlichen nazistischen Ideologie und danach auch Opfer einer Aggression durch die mächtigste, am besten organisierte und höchstmotivierte Militärmaschinerie jener Zeit geworden. Durch kolossale Opfer leistete die Sowjetunion den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung von Hitler-Deutschland und befreite Europa gemeinsam mit den Alliierten von der Nazi-Pest. Der Sieg legte das Fundament für die Nachkriegsweltordnung, die auf kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Staaten beruhte, und

öffnete den Weg zur Gründung der UNO. So sind die Tatsachen.

Doch leider ist gar nicht für alle in der Welt das Andenken an diesen Sieg heilig. Traurig ist, daß auch in Rußland einige die Mythen aufgreifen, die von denjenigen verbreitet werden, die dieses Andenken gerne begraben würden, und glauben, daß es Zeit sei, auf die feierlichen Veranstaltungen zum Tag des Sieges zu verzichten. Je fortgeschrittener die Zahl der Jahrestage, desto häufiger stoßen wir auf historische Unkenntnis.

Wie bitter es auch ist, sich dessen bewußt zu werden, sehen wir Versuche, die Helden in Verfall zu bringen und künstlich Zweifel an der



Außenminister Sergej Lawrow am Grabmal des Unbekannten Soldaten in Moskau

Richtigkeit des Weges zu schüren, den unsere Vorfahren gegangen sind. Im Ausland und auch in Rußland ist bisweilen zu hören, daß in Rußland eine Militarisierung des öffentlichen Bewußtseins im Gange sei und die Paraden und Gedenkmärsche am Tag des Sieges nichts anderes seien als ein Anstacheln kriegerischer und militaristischer Stimmungen auf Staatsebene. Damit verwerfe Rußland angeblich den Humanismus und die Werte der „zivilisierten“ Welt. Und die Länder Europas hätten angeblich all die „einstigen Zwiste“ vergessen, sich untereinander versöhnt und bauten „tolerante“ Beziehungen „mit Blick in die Zukunft“ auf.

Jene, die uns mit Mißgunst ansehen, wollen die Rolle der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg herabsetzen. Wenn sie die UdSSR auch nicht als Hauptschuldigen am Krieg darstellen, so doch als Aggressor auf gleicher Ebene mit Nazi-Deutschland, und bringen immer wieder Thesen über die „gleiche Verantwortung“ an die Oberfläche. Die nazistische Besatzung, die Dutzende Millionen Leben gekostet hat, die Verbrechen der Kollaborateure und die

Befreiungsmission der Roten Armee werden auf zynische Weise gleichgesetzt. Den Handlangern der Nazis werden Denkmäler gesetzt. Zur gleichen Zeit werden Denkmäler für die Soldaten der befreienden Armee sowie Soldatengräber in einzelnen Ländern geschändet und zerstört. Ich möchte an folgendes erinnern: Das Nürnberger Tribunal, dessen Entscheidungen ein unabdingbarer Teil des Völkerrechts geworden sind, hat klar bestimmt, wer auf der Seite des Guten und wer auf der Seite des Bösen stand. Im ersten Fall ist das die Sowjetunion, die Millionen Leben ihrer Söhne und Töchter auf dem Altar des Sieges niederlegte, sowie die anderen Teilnehmerstaaten der Anti-Hitler-Koalition. Im zweiten Fall sind das das „Dritte Reich“, die Länder der „Achsen-Mächte“ und deren Helfer, unter anderem auch in den besetzten Gebieten.

Doch in das westliche Bildungssystem werden falsche Deutungen der Geschichte eingeschoben. Da finden Mystifizierungen und pseudo-historische Theorien neuerlich Verbreitung, welche die Heldentaten unserer Vorfahren herabsetzen sollen. Die Jugendlichen werden davon überzeugt, daß die wichtigste Leistung zum Sieg über den Faschismus und zur Befreiung Europas nicht den sowjetischen Truppen, sondern dem „Westen“ – dank der Landung in der Normandie, erst weniger als ein Jahr vor der Zerschlagung des Faschismus – gehöre. Wir ehren den Beitrag aller Verbündeten in jenem Krieg und betrachten die Versuche, einen Keil zwischen uns zu treiben, als schändlich. Doch mögen sich die Geschichtsfälscher noch so viel Mühe geben: Das Feuer der Wahrheit ist nicht zu löschen. Es waren die Völker der Sowjetunion, die dem Dritten Reich das Rückgrat brachen. Das ist Tatsache.

Auch die Anfeindungen gegen den Tag des Sieges an sich und gegen die Feier zu Ehren der großen Heldentat derjenigen, die den Sieg im schrecklichsten Krieg errungen haben, sind widerlich.

In Europa bemüht man sich, „die scharfen Kanten der Geschichte“ zu glätten, militärische Ehren für die Sieger durch „neutrale“ Versöhnungsveranstaltungen zu ersetzen. Zweifellos muß man nach vorne blicken, doch die Lehren aus der Geschichte dürfen nicht vergessen werden.

Wenige kümmernten sich darum, daß das Regime des vor kurzem abgedankten Präsidenten Poroschenko in der Ukraine die

„europäischen Werte“ anstrebte und den Gründungstag der Ukrainischen Aufstandsarmee zum Staatsfeiertag erklärt hatte – einer verbrecherischen Organisation, die die Schuld am Tode Zehntausender friedlicher Ukrainer, Weißrussen, Russen, Polen und Juden trägt (in Israel, dessen Volk den Holocaust überlebt hat, ist der 9. Mai als Tag des Sieges offiziell zum Feiertag erklärt worden).

Andere eklatante Beispiele aus unseren Nachbarstaaten: Fackelzüge nach Art Nazi-Deutschlands, welche die neuen Nachfolger von Stepan Bandera in den zentralen Straßen der Heldenstadt Kiew veranstalten, sowie die Aufmärsche von Veteranen und Fans der Waffen-SS in Riga und Tallinn. Man möchte denjenigen, die an den Tränen unserer Veteranen bei den Paraden kein Gefallen finden oder die „militärischen“ Veranstaltungen zu Ehren des Sieges kritisieren, die Frage stellen: Wie findet Ihr solch eine „Demilitarisierung“ des Bewußtseins auf „europäische“ Art?

Natürlich gibt das niemand zu, doch die Tatsachen liegen auf der Hand: Sowohl die USA als auch die NATO und die EU verzeihen ihren jüngeren Partnern, die durch offenen Rußlandhaß Karriere machen, allerhand. Diese Burden werden zwecks Bewahrung der auf anti-russischen Positionen stehenden westlichen Allianzen und zwecks Verzicht auf gleichberechtigten pragmatischen Dialog mit Moskau ausgenutzt. Deswegen wird in ihrem Fall ein Auge zugedrückt, unter anderem bei der Verherrlichung von Nazi-Handlangern und beim eingeleiteten Chauvinismus gegen Russen und andere nationale Minderheiten.

Außerdem entsteht bisweilen der Eindruck, daß der Zweck dieser Milde des Westens ist, diejenigen von der Verantwortung zu befreien, die durch die Absprache mit Hitler in München 1938 versucht hatten, die faschistische Aggression nach Osten zu lenken. Der Wunsch vieler in Europa, diese beschämende Seite ihrer Geschichte neu zu schreiben, ist wohlverständlich. Denn dadurch begannen die Wirtschaften mehrerer Länder des kontinentalen Europas für das Dritte Reich zu arbeiten, und der Staatsapparat vieler dieser Länder nahm an dem von den Nazis entfesselten Völkermord an den Russen, Juden und anderen Völkern teil.

Es ist wohl kein Zufall, daß die EU- und NATO-Mitglieder regelmäßig die Unterstützung für die durch Rußland initiierte Resolution der UNO-Generalversammlung über die Unzulässigkeit der Heroisierung des Nazismus verwehren. Und ein „alternativer Blick“ der westlichen Diplomaten auf den Zweiten Weltkrieg stammt offensichtlich auch gar nicht von schlechten Geschichtskenntnissen (obwohl es damit auch Probleme gibt). Es sei darauf hingewiesen, daß selbst während des kalten Krieges solch ein Frevel nicht zu sehen war, obwohl die ideologische Konfrontation dem ersten Anschein nach dazu hätte verleiten können.

Wenige trauten sich, die entscheidende Rolle der Sowjetunion an unserem gemeinsamen Sieg und die Autorität, die unser Land in der Nachkriegszeit hatte, infrage zu stellen. Und das hatten auch unsere westlichen Verbündeten ohne Vorbehalt anerkannt. Niemand anderer als sie selbst initiierte übrigens die

Aufteilung Europas in „Verantwortungszonen“, und das erst 1944, als Winston Churchill bei den Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion Josef Stalin die Frage danach stellte.

So wie die westlichen Politiker und Propagandisten heute die Vergangenheit verzerren, wollen sie bei der Öffentlichkeit Zweifel säen an der Gerechtigkeit der Weltordnung, die in der UNO-Charta als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges verankert wurde. Ein Kurs auf das Untergraben des existierenden Völkerrechtssystems und dessen Ersatz durch eine gewisse „regelgestützte Ordnung“ ist eingeschlagen worden. Doch diese Ordnung will man auf dem Grundsatz „Der Stärkere hat immer recht“, also nach dem „Gesetz des Dschungels“, schaffen. Das betrifft in erster Linie die USA und die amerikanischen Besonderheiten bei der Wahrnehmung der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dort ist immer noch die Vorstellung von „zwei guten Kriegen“ verbreitet, in deren Verlauf die USA sich militärische Dominanz in Westeuropa und in einer Reihe von anderen Regionen der Welt verschafften, Selbstvertrauen aufbauten, einen Wirtschaftsboom erlebten und so zu einer der führenden Weltmächte aufgestiegen sind.

Die Amerikaner arbeiten nicht weniger enthusiastisch als die Europäer am Bild eines „militaristischen Rußlands“. Doch der Großteil ihrer eigenen Geschichte ist ein Beispiel endloser Eroberungskriege. In den 243 Jahren des „amerikanischen Exzeptionalismus“ (*eine Theorie, nach der die USA eine Sonderstellung gegenüber allen anderen Nationen einnehmen, RF*) ist Interventionismus zum unabdingbaren Teil von Washingtons Außenpolitik geworden. Mehr noch: Die politische Elite der USA sieht die Anwendung von Gewalt als natürliches Element der „Diplomatie des Zwangs“ an, das eine breite Palette von Aufgaben, unter anderem in der Innenpolitik, lösen soll.

Keine Wahlkampagne in den USA kommt ohne Episoden aus, in denen die Kandidaten sich als Oberbefehlshaber inszenieren. Die Bereitschaft, bei jedem Anlaß Gewalt anzuwenden, gilt für einen amerikanischen Politiker als Tugendbeweis. Es gibt zahlreiche Beispiele, wie solche Stereotype zu passenden Anlässen verwirklicht wurden: 1983 in Grenada, 1989 in Panama, 1999 in Jugoslawien oder 2003 im Irak. Dabei ehrt Amerika seine gefallenen Soldaten, egal für welche Sache sie in den Krieg gezogen sind. Und es feiert im Mai den Memorial Day mit Marineparaden und Flugschauen unter Teilnahme weiteren Militärgerätes in verschiedenen Städten. Doch ein Verdacht, daß dies „militaristisch“ sei, kommt bei niemandem auf.

Wir aber werden im Kern dafür angeklagt, daß wir uns an unsere Väter und Großväter erinnern, die in einem heiligen Befreiungskrieg ihr Leben lassen mußten, daß wir ihnen militärische Ehrenzeremonien zollen und den Tag des Sieges massiv und stolz feiern. Hat etwa Rußland oder die Sowjetunion zwei Weltkriege entfacht? Hat etwa Rußland ein weitreichendes Netz von Militärstützpunkten aufgebaut, die zur Kontrolle über die ganze Welt geschaffen worden sind?

Für die Diplomaten und Politiker ist der 9. Mai außerdem noch ein Anlaß, sich daran zu

erinnern, daß die Staaten der Anti-Hitler-Koalition sich 1945 als Vereinte Nationen bezeichneten. In den Kriegsjahren standen sie Schulter an Schulter nebeneinander. Sie leiteten arktische Konvois durch das Meer, umarmten sich brüderlich an der Elbe. Französische Flieger des Jagdgeschwaders Normandie-Njemen bekämpften den Feind an der sowjetisch-deutschen Front. Das Bewußtsein, daß die menschenfeindliche Ideologie des „Nationalsozialismus“ eine Bedrohung für alle darstelle, half den Staaten mit verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Modellen, die Gegensätze beiseite zu schieben. Was sie verband, war der Glaube, daß der Sieg über Nazi-Deutschland den Triumph der Gerechtigkeit und den Sieg des Lichts über das Dunkel bedeuten würde. Nach Kriegsende haben die Alliierten eine neue Architektur der internationalen Beziehungen um das Ideal der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen souveränen Staaten aufgebaut. Die Schaffung der UNO sollte gewährleisten, daß das traurige Schicksal der Vorgängerorganisation, des Völkerbundes, sich nicht wiederholen würde. Die Gründer hatten sich die Lehren der Geschichte sehr gut eingeprägt: Ohne ein „Konzert der Großmächte“, also ohne Eintracht zwischen den führenden Ländern des Planeten, welche die ständigen Positionen im Sicherheitsrat eingenommen haben, kann die Welt nicht stabil sein. Auch wir müssen uns heute von ihrem Vermächtnis leiten lassen.

Bei den feierlichen Veranstaltungen zum Tag des Sieges haben wir in diesem Jahr noch einmal allen gesagt, die es hören wollen: „Ja, wir sind bereit, genauso entschieden wie unsere Vorfahren, jedem Aggressor entgegenzuwirken. Doch die Russen wollen keinen Krieg, keine Wiederholung der Schrecken und Leiden.“ Die historische Mission unseres Volkes ist es, den Frieden zu beschützen. Jenen Frieden, den wir bewahren wollen.

Deswegen reichen wir allen die Hand, die gute Partner sein wollen. Die westlichen Kollegen haben seit langem unsere Vorschläge bekommen, die realistische Wege zur Überwindung der Konfrontation eröffnen und eine zuverlässige Abwehr gegen alle schaffen können, welche die Möglichkeit eines Atomkriegs zulassen. Sie werden durch den Appell der Mitgliedsstaaten des Vertrags über kollektive Sicherheit an die NATO vom Mai dieses Jahres bekräftigt, einen professionellen entpolitisierten Dialog unter Fachleuten über die strategische Stabilität zu beginnen.

Ich bin sicher, daß die Bürger Rußlands und anderer Länder mit Gedanken an den Frieden die Paraden zum 75. Jahrestag des Großen Sieges am 9. Mai 2020 anschauen und in den Reihen des Unsterblichen Regiments mit Sankt-Georgs-Bändern an der Brust auf die Straßen gehen werden. Das Andenken an diejenigen, die im Kampf gegen die Feinde der Heimat und der gesamten menschlichen Zivilisation gefallen sind, ist lebendig, solange die große Feier der siegreichen Völker, dieser Feiertag der Rettung und der Befreiung, mit uns verweilt. Wir müssen uns für die Ausmaße dieser Feier nicht schämen.

Sergej Lawrow, Außenminister Rußlands
(Leicht gekürzt aus dem „International Affairs Magazine“, Übersetzung: RT)

Wie vor 80 Jahren der 2. Weltkrieg begann

An den 2. Weltkrieg zu erinnern, erübrigt sich fast, denn Hitler ist allgegenwärtig. Geschichtsverdrehung hat Hochkonjunktur.

Ein kurzer Rückblick:

Nach dem Ende des 1. Weltkriegs blickten die Menschen fassungslos auf die grausamen Folgen. Es gab 10 Millionen Tote und noch mehr Verkrüppelte. Der verlorene Krieg und die fast unblutige Revolution vom November 1917, die durch einen Matrosenaufstand den Kaiser verjagte, wurde in der Folge zu einem Blutbad durch die Freikorps und der Versailler Vertrag zur Zündschnur einer noch größeren Katastrophe.

Die Machtübertragung an Hitler im Januar 1933 garantierte ihm dafür „freie Hand“. Schon am 3. Februar 1933 erklärte Hitler vor den militärischen Eliten der Reichswehr: „Ziel ist die Wiederherstellung der deutschen Macht. ... Der Marxismus muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. ... Es fehlen für unsere Erzeugnisse die Absatzmärkte. Zu dieser Not kommt nun die bolschewistische Gefahr hinzu, die den überkultivierten Menschen wieder zur Idee der Primitivität zurückführen will ...“

1939 ist Deutschland gut „gerüstet“. Der Anschluß Österreichs wurde von den Westmächten akzeptiert, das „Münchener Abkommen“ unterschrieben.

Die Tschechoslowakei hatte zwar das Sudetenland verloren, so das damalige Argument, aber Europa den Frieden gewonnen. Doch schon am 15. März 1939 wird die Tschechoslowakei vollständig annektiert.

Für die Sowjetunion war klar, daß alles, was sich ab 1933 in Deutschland abspielte, früher oder später in einen Krieg münden wird. Auf dem 17. Parteitag der KPdSU im Jahr 1934 verlas Bucharin die Passage aus „Mein Kampf“, bei der Hitler von der Eroberung der Sowjetunion sprach, und sagte: „Das ist der Gegner, Genossen, mit dem wir es zu tun haben! Er wird uns in all den gewaltigen Schlachten entgegenreten, die die Geschichte uns auferlegt.“

In diesem Zusammenhang ergeben sich auch Fragen zu den „Säuberungen“ von 1937/38. Diesen fielen drei von fünf Marschällen, 13 von 15 Armeekommandeuren, 57 von 85 Korpskommandeuren und 110 von 195 Divisionskommandeuren zum Opfer. Diese Zahlen können u. a. die katastrophalen Niederlagen der Sowjetunion 1941 und 1942 erklären.

Gab es wirklich eine „Fünfte Kolonne?“ In allen Ländern, die von der Wehrmacht erobert wurde, gab es sie, die Anhänger des Faschismus, selbst in England und den USA. Aus äußerer Aggression, Sabotage, Provokationen und innerem Verrat hätte Hitler Profit schlagen können.

Am 1. September 1939 folgt der Überfall auf Polen, und es begann der Waffengang zur Umsetzung der Pläne Hitlers und seiner Generale, für welche die Wehrmacht seit 1933 vorbereitet wurde. 61 Divisionen mit 1,5 Millionen Soldaten fielen in Polen ein. Am 6. Oktober war Polen geschlagen, und 16 000

deutsche Soldaten waren gefallen. Sowjetische Truppen besetzten die vereinbarten Gebiete in Polen.

Ein weiterer Beweis für die zu erwartende Konfrontation mit Nazi-Deutschland war der Sowjetisch-Finnische Krieg vom 30. November 1939 bis 13. März 1940.

Die junge Sowjetunion, geschwächt durch die Vielzahl von Abwehrkämpfen gegen die Interventionen, mußte am 14. Oktober 1920 im Vertrag von Dorpat Finnland erhebliche territoriale Zugeständnisse machen.

Die sowjetische Staatsgrenze und im besonderen Leningrad waren dadurch von der Seeseite (Finnischer Meerbusen) und von der Landseite (Karelische Landenge) bedroht. Diesen Zustand zu verändern bemühte sich die sowjetische Regierung in den 30er Jahren. Sie schlug Finnland unter anderem einen Gebietstausch vor und wollte Inseln von Finnland pachten, um einen Marinestützpunkt am Eingang des Finnischen Meerbusens errichten zu können. Die finnische Regierung lehnte aber alle Vorschläge ab. Sie betrachtete die Sowjetunion als Gegner und errichtete mit Hilfe unter anderem der Deutschen an der karelischen Grenze starke Militäranlagen (Mannerheim-Linie) und Flugplätze.

Als die Hitler-Faschisten Polen überfielen, bemühte sich die Sowjetunion verstärkt um die Verbesserung der Sicherheit ihrer Grenzen. Der Schutz Leningrads kam wieder auf die Tagesordnung. Finnland lehnte alle Vorschläge ab, was dann zum Krieg führte. Am Ende siegte die Rote Armee und besetzte nur die Teile Finnlands, die sie für die Sicherheit Leningrads für notwendig erachtete.

Die Regierungen Englands und Frankreichs hatten Nazideutschland nach dem Einmarsch in Polen zwar den Krieg erklärt, aber unternahmen keine militärischen Aktionen. Ihr Wunsch war, daß Hitler nun die Sowjetunion angreifen würde, und sie warteten deshalb ab. Der Völkerbund wurde in diesem Sinne instrumentalisiert. Obwohl nur die Hälfte der Mitglieder des Völkerbundes dafür stimmte, wurde die Sowjetunion, wegen der Finnlandaktion, aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Stalin hat bei der Konferenz in Jalta im Februar 1945, als es um den Modus der Beschlußfassung in der neuen Weltorganisation ging, an diese Ereignisse erinnert. „Meine Moskauer Kollegen können nicht vergessen, was sich während des russisch-finnischen Krieges im Dezember 1939 abgespielt hat, als Briten und Franzosen den Völkerbund gegen uns in Bewegung brachten und es ihnen gelang, die Sowjetunion zu isolieren und aus dem Völkerbund auszuschließen, als sie später sogar mobil machten und von einem Kreuzzug gegen Rußland sprachen.“

Im April 1940 wurden die neutralen Staaten Dänemark und Norwegen überfallen und besetzt. Am 10. Mai 1940 griff Hitlers Wehrmacht Frankreich und die neutralen Länder Belgien und Holland an. Am 22. Juni 1941 begann der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion. Mit 153 Divisionen und

3,3 Millionen Soldaten griff sie ohne Kriegserklärung auf breiter Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer an. Ziel war es, auch hier einen „Blitzkrieg“-Erfolg zu erreichen. Unter dem Decknamen „Barbarossa“ war der Überfall vom NS-Regime sorgfältig geplant worden. Kurz nach 4 Uhr früh übergab der deutsche Außenminister dem sowjetischen Botschafter eine Note, die er gegen 6 Uhr der internationalen Presse bekanntgab. Der Text rechtfertigte den Angriff damit, daß die Sowjetunion „entgegen allen von ihr übernommenen Verpflichtungen und im krassen Gegensatz zu ihren feierlichen Erklärungen“ sich „gegen Deutschland gewandt“ habe und „mit ihren gesamten Streitkräften an der deutschen Grenze sprunghaft aufmarschiert“ sei. Die Wehrmacht habe Befehl, „dieser Bedrohung mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln entgegenzutreten“. Deutsche Flugzeuge bombardierten bereits seit drei Stunden sowjetische Städte.

In Polen, auf dem Balkan und in der Sowjetunion hatten die deutschen Besatzer von vornherein verbrecherische Ziele. Der „Generalplan Ost“ sah die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um etwa 30 Millionen und die Unterdrückung der verbleibenden Menschen vor.

Bis zur Kapitulation Japans hatte die Rote Armee 6,2 Millionen Gefallene zu beklagen, mehr als 15 Millionen Verwundete, 4,4 Millionen Gefangene oder Vermißte und drei bis vier Millionen Ausfälle wegen Krankheit. Das bedeutet, daß von den 34,5 Millionen mobilisierten Männern und Frauen 84 Prozent getötet, verwundet oder gefangenengenommen wurden. Hinzu kommen rund 17 Millionen zivile Opfer. Das sind unvorstellbare Größenordnungen.

Obwohl das Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vom 27. Juli 1929 für die Unterzeichner auch gegenüber Staaten bindend war, die ihm nicht beigetreten waren, wurde es gegenüber sowjetischen Soldaten nicht angewendet. Auch laut Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1907, die als Völkergewohnheitsrecht angesehen wurde, hätten die Kriegsgefangenen der sowjetischen Streitkräfte entsprechend der HLKO behandelt werden müssen, zumal die Sowjetunion am 17. Juli 1941 erklärte, „sie wolle auf der Basis der Gegenseitigkeit die HLKO einhalten, der sie bis dahin nicht beigetreten war“ – doch in einer „von Hitler selbst formulierten Antwortnote“ lehnte die deutsche Seite am 21. August 1941 brüsk ab, denn „es lag nicht in Hitlers Interesse, auf diesem Kriegsschauplatz kriegsvölkerrechtliche Regeln gelten zu lassen“.

Dieses verbrecherische Treiben endete erst am 8. Mai 1945. Immer wieder wird versucht, den Anteil der Roten Armee am Sieg zu schmälern und die Landung in der Normandie zu glorifizieren – bis dahin, sie als „Wende im Krieg“ zu bezeichnen. Eine Geschichtslüge, der wir entgegenzutreten müssen!

Oberst a. D. Horst Nörenberg
Potsdam

Ein Zehnjahresvertrag, der keine zwei Jahre hielt

Am 23. August 1939 unterzeichneten der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wjatscheslaw Molotow und der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop in Moskau in Anwesenheit von Josef Stalin und des deutschen Botschafters Graf von der Schulenburg den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, der auf zehn Jahre befristet war. Es war in der damaligen Situation ein wichtiger und notwendiger Schritt der sowjetischen Außenpolitik.

Der Vertrag hatte folgenden Inhalt:

Die deutsche Reichsregierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, geleitet von dem Wunsche, die Sache des Friedens zwischen Deutschland und der UdSSR zu festigen, und ausgehend von den grundlegenden Bestimmungen des Neutralitätsvertrages, der im April 1926 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen wurde, sind zu nachstehender Vereinbarung gelangt:

Artikel 1 Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltakts, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten, zu enthalten.

Artikel 2 Falls einer der vertragschließenden Teile Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens einer dritten Macht werden sollte, wird der andere vertragschließende Teil in keiner Form diese dritte Macht unterstützen.

Artikel 3 Die Regierungen der beiden vertragschließenden Teile werden künftig fortlaufend zwecks Konsultation in Föhlung miteinander bleiben, um sich gegenseitig über Fragen zu informieren, die ihre gemeinsamen Interessen beröhren.

Artikel 4 Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird sich an irgendeiner Mächtigengruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet.

Artikel 5 Falls Streitigkeiten oder Konflikte zwischen den vertragschließenden Teilen über Fragen dieser oder jener Art entstehen sollten, werde beide Teile diese Streitigkeiten oder Konflikte ausschließlich auf dem Wege freundschaftlichen Meinungs austausches oder nötigenfalls durch Einsetzen von Schlichtungskommissionen bereinigen.

Artikel 6 Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahren abgeschlossen mit der Maßgabe, daß, soweit nicht einer der vertragschließenden Teile ihn ein Jahr vor Ablauf dieser Frist kündigt, die Dauer der Wirksamkeit dieses Vertrages automatisch als für weitere fünf Jahre verlängert gilt.

Artikel 7 Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb möglichst kurzer Frist ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden. Der Vertrag tritt sofort mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Die Sowjetunion hätte gern einen anderen Vertrag abgeschlossen. Doch die

Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR waren von Beginn an von gegenseitigem Mißtrauen getragen. Der britische Premierminister Chamberlain stand der Sowjetunion skeptisch gegenüber. Die Sowjetunion wiederum war nicht davon überzeugt, daß die Westmächte wirklich einen Vertrag abzuschließen gedachten. In den Verhandlungen standen sich drei Positionen gegenüber: Großbritannien wollte, daß jedes der drei teilnehmenden Länder eine Garantie für Polen und Rumänien übernehmen sollte. Frankreich schlug einen gegenseitigen Beistandspakt für diese beiden Staaten vor. Die Sowjetunion beabsichtigte, einen dreiseitigen Vertrag abzuschließen zwischen ihr, Großbritannien und Frankreich, die sich gegenüber allen europäischen Nachbarstaaten der Sowjetunion zu militärischem Beistand verpflichten und auf jeden Separatfrieden mit Deutschland verzichten sollten. Die Verhandlungen verliefen schleppend. Am 3. Mai 1939 wurde der bisherige Außenkommissar Litwinow abgelöst, und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow übernahm zusätzlich die Leitung der Außenpolitik.

Viel Zeit ging verloren, weil die Briten allein zehn Tage brauchten, um eine Delegation für die Verhandlungen zusammenzustellen, und weil die britischen und französischen Delegationen nicht mit dem Flugzeug, sondern mit einem Linienschiff anreisten. Erst am 11. August 1939 begannen daher die Verhandlungen in Moskau. Ein entscheidendes Problem war die Frage eines sowjetischen Durchmarschrechtes durch Polen. Damit war die Regierung in Warschau nicht einverstanden. Die britischen und französischen Offiziere, die in Moskau verhandelten, hatten keine Vollmachten. Die Verhandlungen gerieten ins Stocken. Die Sowjetregierung sah sich daher gezwungen, den deutschen Vorschlag eines Nichtangriffsvertrages anzunehmen.

Der Vertrag wird bis heute kontrovers diskutiert. Das gilt insbesondere für die gleichzeitig abgeschlossenen geheimen Zusatzvereinbarungen. Heute kann man auch bei DDR-Historikern, die früher anderes schrieben, lesen, daß der Vertrag den Weg für die Aggression des faschistischen Deutschlands gegen Polen frei machte. Doch die Kriegsvorbereitungen gegen Polen waren bereits so weit fortgeschritten, daß daran eine Weigerung der UdSSR, den Vertrag abzuschließen, wohl kaum noch etwas geändert hätte. Dem Nazigeheimdienst war sicher auch bekannt, daß Polen der Roten Armee das Durchmarschrecht verweigerte, so daß sie nicht an der Seite Polens in den Krieg hätte eingreifen können. Der Krieg gegen Polen war nicht mehr aufzuhalten.

Die Nachricht über den Abschluß des Nichtangriffsvertrages überraschte auch deutsche Kommunisten und andere Antifaschisten und löste bei einigen Unverständnis und Verwirrung aus. Das Zentralkomitee der KPD gab am 25. August 1939

eine Erklärung zum Abschluß des Vertrages ab. Darin wurde der Pakt begrüßt, weil er wenigstens eine Zeitlang die Sowjetunion vor einem Angriff der deutschen Faschisten schützte.

Im Gegensatz zu manchen Behauptungen setzten die deutschen Kommunisten ihren antifaschistischen Kampf entschieden fort. Von den illegalen Organisationen der KPD waren es vor allem die Kommunisten um Robert Uhrig in Berlin, die Kader und Gruppen zusammenfaßten, um eine Widerstandsorganisation mit einer einheitlichen Leitung zu schaffen.

In dem geheimen Zusatzprotokoll wurde erklärt, daß für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung in den zu Finnland und zu den baltischen Staaten (Estland, Lettland und Litauen) gehörenden Gebieten die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessenssphäre Deutschlands und der UdSSR bildet.

Für den Fall einer territorialpolitischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete wurden die Interessenssphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Hinsichtlich des Südostens Europas betonte die sowjetische Seite ihr Interesse an Bessarabien. Ein deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag ergänzte am 28. September 1939 den Nichtangriffspakt. Neben einer Bekräftigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde Litauen der Sowjetunion zugeschlagen. Ein Grenzvertrag war sicher erforderlich, ein Freundschaftsvertrag nicht unbedingt.

Diese Verträge wurden während des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses erwähnt und später veröffentlicht. Aber die Westmächte besaßen nur Kopien des Vertrages. Die sowjetische Seite erklärte, daß sie nicht über das Original verfüge. Das stellte sich 50 Jahre später als falsch heraus.

Nachdem Polen militärisch geschlagen war, ging die polnische Regierung am 17. September 1939 ins Exil, und Polen kapitulierte einen Tag später. Am 17. September marschierte die Rote Armee in ukrainische und belorussische Gebiete ein, die durch Polen unter Bruch des Friedensabkommens von Riga 1921 okkupiert worden waren. Militärische Bedeutung bei der Zerschlagung Polens hatte dieser Einmarsch nicht. In den Ländern Litauen, Lettland und Estland, die zum russischen Zarenreich gehörten, war nach der russischen Oktoberrevolution die Sowjetmacht errichtet worden. Sie wurde durch die Konterrevolution unter Beteiligung deutscher Freikorps kurze Zeit später beseitigt und 1940 wieder errichtet. Dagegen gab es Widerstand in den baltischen Ländern und internationale Proteste. Bessarabien wurde im August 1940 in die Moldauische ASR eingegliedert.

Am 22. Juni 1941 fiel die faschistische deutsche Wehrmacht unter Bruch der Verträge in die Sowjetunion ein.

Dr. Kurt Laser

Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa

Aller Opfer gedenken!

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. 9. 1939 und die Vernichtungspolitik gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung war der Beginn der „NS-Lebensraumpolitik“ in Ostmitteleuropa. Antisemitismus und Rassismus verbanden sich hier mit der „NS-Lebensraumpolitik“ zu einem systematischen Raub- und Vernichtungs-

Polen begonnen, er hat sich aber nicht auf Polen beschränkt.

Es ist kaum vermittelbar, daß man von den vielen Ländern, die dem Vernichtungskrieg zum Opfer fielen, nur Polen ein „eigenes“ Denkmal widmet. Eine Hierarchisierung des Gedenkens ist immer problematisch. Nach welchen Kriterien sollte Polen dabei

an oberster Stelle stehen, und Rußland, Ukraine, Belarus ignoriert werden? Weder das Kriterium des Zeitpunkts des deutschen Überfalls kann das rechtfertigen, noch eines wie die absolute oder relative Zahl der Opfer oder die Länge der Besatzung. Die Schaffung eines „Polen-Denkmal“ bei gleichzeitiger Ignorierung des Völkermordes in den Ländern der damaligen Sowjetunion ist aber nicht nur aus deutscher Sicht erinnerungspolitisch fragwürdig.

Sie könnte auch vorhandene Konflikte um Erinnerungspolitik zwischen Polen und der Ukraine, aber auch zwischen Polen und Belarus verschärfen, bzw. diese erführen unter dem Deckmantel der NS-Aufarbeitung eine unangemessene Einmischung aus Deutschland. Unser Antrag für einen „Gedenkort für die Opfer

der NS-Lebensraumpolitik“ weist im großen und ganzen auf die gleichen Lücken in der Erinnerungskultur hin wie die Polen-Initiative, nur wird hier klargestellt: Diese Lücken beziehen sich auf ganz Osteuropa. Ausdrücklich wird festgestellt, daß bereits der Überfall auf Polen 1939 der Beginn eines Krieges

war, der immer auch unter rassistischer Maßgabe geführt wurde, der Ideologie vom „Untermenschentum“ folgte und der Auftakt für einen Vernichtungsfeldzug war, der sich weiter fortsetzte.

Die rassenideologisch motivierten Verbrechen im Raub- und Vernichtungskrieg in Osteuropa erfolgten in einem inneren Zusammenhang, der durch Separierung, Nationalisierung und Priorisierung nicht künstlich aufgerissen werden sollte. Deutschland hat die Pflicht, Verantwortung für die Erinnerung an das von deutscher Seite geplante und umgesetzte Geschehen in seinem vollen Umfang nachzukommen. Insofern kann aus unserer Sicht nicht eines Teils des NS-Vernichtungskrieges gesondert gedacht werden, ohne die anderen Teile ebenfalls zu thematisieren. Denn eine Opferhierarchie ist sicherlich das Letzte, was von uns zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Würde man sich vor allem auf das angestrebte Polen-Denkmal konzentrieren, würde zu Recht seitens der diversen Nachfolgestaaten der SU nach einem vergleichbaren Mahnmal für die 27 Millionen Toten der Sowjetunion gefragt. Die von der Sowjetunion in Berlin errichteten Mahnmale sind kein Ersatz für ein Gedenken von seiten der Bundesrepublik. Die Folge wäre also die Aufspaltung in einzelne Gedenkort. Eine solche Entwicklung wäre für die Herausbildung eines historischen Bewußtseins geradezu kontraproduktiv.

Ulla Jelpke / Jan Korte

Jan Korte ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer und Ulla Jelpke innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag.



Mitglieder der Hitlerjugend trommeln für den Krieg

feldzug gegen Polen, die Sowjetunion, aber auch Jugoslawien und andere Nationen. Der Vernichtungskrieg der Nazis in Ostmitteleuropa hinterließ eine unvorstellbare Spur menschlichen Leids und traumatisierte nachkommende Generationen der Opfer. Beschämend wenig ist davon in der heutigen deutschen Öffentlichkeit bekannt.

Seit 2013 setzt sich die Initiative „Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik“ für einen solchen Gedenkort in Berlin ein. Als Fraktion unterstützen wir dies. Unser aktueller Antrag „Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa“ (18/4917) strebt eine interfraktionelle und mehrheitsfähige Initiative an. Ziel ist, eine Initiative für einen Gedenkort für alle Opfer des NS-Vernichtungskrieges noch in dieser Wahlperiode zu erreichen.

Anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf Polen sammelt nun eine interfraktionelle Abgeordnetengruppe seit einigen Wochen Unterstützerinnen und Unterstützer für ein „Polen-Denkmal“. Ihr Appell setzt sich dafür ein, einen eigenen Gedenk- und Lernort für die Opfer der deutschen Besatzung in Polen einzurichten. Der Aufruf ist durchaus nachvollziehbar. Er benennt korrekt die gravierenden Wissens- und Erinnerungslücken der deutschen „Erinnerungskultur“. Dennoch halten wir ihn für hoch problematisch, gerade in seiner einseitigen Fokussierung auf polnische Opfer. Der Vernichtungskrieg hat in



Die tägliche Ernte von Not und Hunger im Warschauer Ghetto – Folge faschistischer Vernichtungspolitik

„Ich habe heute zwei Männer getötet ...“

Stefan Köhler und Tom Zola gaben ihrem schmalen Einsatzbericht den Titel „Krieg in Afghanistan“. Krieg gegen Afghanistan wäre eher angebracht. Ich bin auf das Büchlein durch eine lapidare Rezension in der „Zeitschrift für Innere Führung“ aufmerksam geworden. Warum diese so knapp ausfiel, läßt sich mit dem Inhalt dessen erklären, was die Autoren zusammengetragen haben.

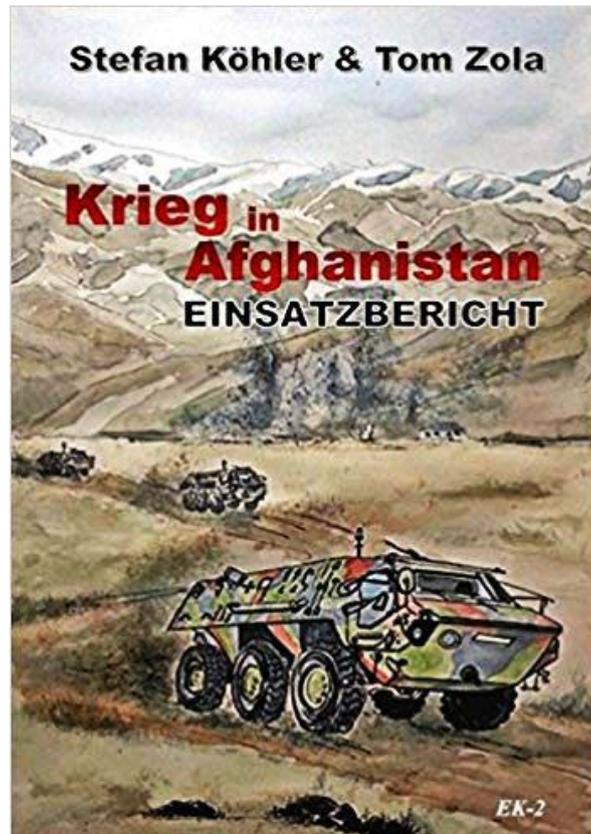
Sie schreiben u. a.: Um die immer zahlreicher werdenden „Missionen“ der Bundeswehr abzudecken, „wurden mehr und mehr unzureichend vorbereitete Soldaten“ als Kanonenfutter in die Einsatzorte entsandt. Die Autoren berichten von Farid und Karim, die Söldner eines afghanischen Warlords waren, „der sein Vermögen dem Handel mit Opium verdankte“. Es ist davon auszugehen, daß auch dieser Warlord gute Kontakte zu den deutschen Stellen in Afghanistan pflegte. Köhler und Zola weisen auf „Kamerad“ Volkmann hin, der sich „mit gezückter Pistole über den Leib eines afghanischen Wachmanns beugte“, der „reglos“, d. h. tot, dalag. Er hatte „ein halbes Magazin in den Afghanen“ geleert.

Als Volkmann von einem Einsatz kommt, meldet er lapidar: „Ich habe heute zwei Männer getötet. Habe sie mit der MG-Salve auf Brusthöhe erwischt, jeweils vier oder fünf Treffer. Ich habe es genau gesehen. [...] Vor ein paar Wochen noch, da habe ich gekotzt, nachdem ich einen anderen Menschen erschossen hatte. Heute habe ich mit Sicherheit zwei, vielleicht sogar drei oder vier getötet. [...] Habe sogar gejubelt. [...] Aber was geschieht hier mit uns? [...] Was für Menschen werden wir sein, wenn wir wieder nach Hause kommen?“

Köhler und Zola konnten ihren Ohren nicht trauen, was Volkmann von seinem Einsatz mit Tränen der Empörung berichtete. „Weißt Du, was ich auf dem Rollfeld gesehen habe? Was? Die Amis fliegen palettenweise Opium aus! [...] Ich habe es gesehen! [...] Die haben in einer Nacht zwei Hercules und eine C-17 vollgemacht. [...] Woher weißt du das? Ich konnte nicht schlafen. Bin deswegen ein bißchen herumgewandert. [...] Dann bin ich zur Rollbahn, um mir die Flugzeuge anzusehen. [...] Dann sah ich, wie sie das Zeug verladen haben. Eine Palette fiel vom Stapler, ein Sack platzte auf. Habe gesehen, wie sich der braune Dreck auf dem Asphalt verteilt hat. [...] Ich habe dann den Posten darauf angesprochen. [...] Der schüttelte den Kopf. [...] Jede Nacht beladen die mehrere Maschinen mit dem Zeug. Immer nur nachts! Dem Posten hat das auch gestunken. Ich habe da mal ein bißchen recherchiert.“ Ich habe einen Kumpel auf dem Flugplatz, der sagt, „die fliegen das Dreckzeug nach Deutschland. Hast Du irgend jemandem davon

erzählt? Klar, meinem Chef. Der hat das weitergegeben, aber passieren tut da nichts. [...] Ich bin doch nicht Soldat geworden, um Drogenhändler [...] zu schützen! Aber genau das tun wir hier. ISAF-Truppen bewachen die Mohnfelder! Wir tasten die Warlords nicht an, weil die mit den Amis verbündet sind.“

Wie der militärisch-industrielle Komplex funktioniert, beschreiben Köhler und Zola am Beispiel des „sehr eng mit einem großen deutschen Rüstungskonzern“ verbun-



Auch äußerlich: ein Landserheft

denen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium und dessen Neffen Major Rüsche, der gerade in Afghanistan im Einsatz ist. Der Staatssekretär empfahl diesem, keine kritischen Berichte aus Afghanistan nach Deutschland zu schicken, das würden die „Wirtschaftskreise“ nicht mögen. „Natürlich“, versicherte Major Rüsche dem Onkel. „Guter Mann. Mach weiter so, Junge, und du wirst es noch weit bringen“, ermunterte der Staatssekretär.

Die Schlußfolgerung des Berichts von Köhler und Zola lautet: „Alltag in Afghanistan. Das würde erst aufhören, wenn der letzte ausländische Soldat das Land verlassen hat.“ Wie also soll es weitergehen in Afghanistan?

Florian Beerenkämper und seine Koautoren befassen sich in „Der innerafghanische Friedens- und Aussöhnungsprozeß“ mit den Ansätzen und der eventuellen Etablierung eines Friedensprozesses am Hindukusch. Sie beabsichtigen, daraus Schlußfolgerungen für das künftige entwicklungspolitische Engagement und

für weltweit militärische Operationen Deutschlands zu ziehen. Die Autoren zeichnen die politische und militärische Entwicklung in Afghanistan seit der US-Invasion 2001 bis 2010 nach. Die NATO-Länder, die sich als sogenannte internationale Gemeinschaft ausgeben, sind mit ihren Versuchen, durch mehrere Programme, wie Disarmament, Demobilization and Reintegration (Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration), den Widerstand zu neutralisieren, kläglich gescheitert. Dies

hatte u. a. auch damit zu tun, daß die USA verhandlungsbereite Taliban-Kommandanten wie u. a. Mullah Mansoor am 21. Mai 2016 gezielt durch Drohnen eliminierten. Sein Nachfolger wurde der als radikal-islamistisch bekannte Mullah Habibullah. Damit haben die USA dem Friedensprozeß einen Bärendienst erwiesen. Hätte der Westen tatsächlich Frieden am Hindukusch gewollt, wäre eine Beteiligung der Taliban schon an der Petersberger Konferenz im Dezember 2001 unverzichtbar gewesen. Diese Chance wurde allerdings durch die USA vertan mit allen bekannten und absehbaren Folgen. Als die Kabuler Regierung Anfang 2016 versuchte, mit der Beteiligung von Pakistan, den USA und der VR China die Taliban für Friedensgespräche zu gewinnen, ist sie damit gescheitert. Denn die Taliban weigern sich, mit einer US-Marionetten-Regierung in Kabul zu sprechen. Die letzte Fluchtbewegung mehrerer Zehntausender, „gut ausgebildeter, junger Afghanen“ nach Europa „und ein zunehmender Popularitätsgewinn der Taliban vorrangig unter jungen Afghanen“, deuten darauf hin, daß kaum jemand den Versuchen einer

friedlichen Lösung des Konfliktes am Hindukusch Glauben schenkt.

Die Autoren weisen auf die „schlechte Regierungsführung“, deren eigentlich nicht vorhandene Verlässlichkeit und mangelndes deutsches Vertrauen in die Kabuler Regierung hin, was den BRD-Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerhard Müller, veranlaßte, künftig „vermehrt auf Religionsgemeinschaften als Partner [...] zu setzen“. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Religionsgemeinschaften mit korrupten Regierungsmitgliedern, Warlords, Drogen- und Waffenhändlern in Personalunion stehen.

Zum Schluß empfehlen die Autoren, daß sich Deutschland auf der Grundlage der Erfahrungen auf dem Balkan und in Afghanistan „auch zukünftig und verstärkt international diplomatisch, entwicklungspolitisch und militärisch engagieren“ sollte. Ob diese Empfehlung angesichts des Scheiterns am Hindukusch folgerichtig ist, darf getrost bezweifelt werden.

Dr. Matin Baraki

Erklärung des DKP-Parteivorstands zum Iran-Konflikt

Hände weg vom Iran!

Nein zu Kriegsdrohungen und Sanktionen!

Die aggressivsten Kräfte an der Spitze des US-Imperialismus drängen auf die Unterwerfung des Iran mit allen Mitteln – bis hin zum Krieg. Seitdem die US-Regierung das sogenannte Atom-Abkommen JCPOA zwischen Iran und den fünf UN-Vetomächten (USA, Rußland, China, Großbritannien, Frankreich) sowie Deutschland im Mai 2018 aufkündigte, wurden die mörderischen Wirtschaftssanktionen wieder aktiviert. Mit immer schnelleren Schritten wird nun eine militärische Drohkulisse aufgebaut, die nach dem Willen der US-Kriegstreiber in letzter Konsequenz in einen Angriffskrieg münden kann. Dabei hatte sich der Iran an die Umsetzung des Abkommens gehalten. Die USA sind – ohne daß das vertraglich überhaupt vorgesehen ist – aus dem Abkommen ausgestiegen. Der vorgesehene Mechanismus zur Klärung von Streitigkeiten wurde ignoriert. Wie schon in der Vergangenheit wird wieder versucht, mit einem mörderischen Wirtschaftskrieg das iranische Volk so schwer zu treffen, daß ein „Regime Change“ möglich wird. Dieses Ziel wurde seit dem Ende des Schah-Regimes 1979 nie aufgegeben. Völkerrechtswidrig mischen sich die USA und ihre Verbündeten rund um den Globus in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein und maßen sich an, mißliebige Regierungen zu beseitigen und Marionettenregierungen zu installieren. Das Prinzip der nationalen Souveränität – der Freiheit eines jeden Volkes, unabhängig seine inneren und äußeren Belange zu bestimmen – wird durch das Faustrecht in den internationalen Beziehungen ersetzt.

Seit Monaten trommeln US-Sicherheitsberater Bolton und US-Außenminister Pompeo gemeinsam mit den Regierungen Israels und Saudi-Arabiens für einen Krieg.

Fadenscheinig werden dem Iran jetzt Sabotage- und Terrorakte im Persischen Golf untergeschoben. Ein neuer Akt der niederträchtigen Tradition des US-Imperialismus, erwünschte Kriegsgründe selbst zu schaffen – vom „Tonkin-Zwischenfall“ in Vietnam bis hin zu den angeblichen irakischen Massenvernichtungswaffen – droht.

Jeder Angriff auf den Iran würde mit Gegenschlägen beantwortet und so die ganze Region in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen stürzen. Dessen ungeachtet verläßt die deutsche Bundesregierung nicht das enge Bündnis mit den USA. Anstatt deren Kriegskurs zu verurteilen, ermahnt Außenminister Maas ausschließlich den Iran, seinen Teil des Atomabkommens weiterhin einzuhalten. Aus Angst vor möglichen Maßnahmen der US-Regierung wird die deutsch-französisch-britische Tauschbörse Instex, die die Sanktionen mit dem Iran teilweise umgehen sollte, nicht in Betrieb genommen. Während Rußlands Außenminister Lawrow den USA „unverantwortliches Verhalten“ vorwirft und der chinesische Präsident Xi Jinping dem bedrohten Iran eine „stetige Entwicklung der Beziehungen“ zusichert, sieht die deutsche Außenpolitik der gefährlichen Entwicklung tatenlos zu – aus Kalkül. Denn angesichts schwindender Anteile an der Weltwirtschaft sucht die BRD gemeinsam mit den USA den Ausweg in zunehmender politischer und militärischer Aggressivität

gegenüber Staaten wie China, Rußland und Venezuela, die sich der westlichen Vorherrschaft nicht mehr unterordnen.

Von ernsthaften Maßnahmen, die US-Kriegstreiber wirkungsvoll auszubremsen, kann sowieso keine Rede sein. Notwendig wäre es, sofort

- die US-Basen und -Kommandos auf deutschem Boden wie in Ramstein, Spangdahlem, Stuttgart zu schließen
- die US-Atombomben aus Büchel, Rheinland-Pfalz, abzuziehen
- der US-Armee die Überflugrechte und jede Nutzung deutschen Territoriums zu verweigern, wie es die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vorgibt („Luftfahrzeugen, die an einem gegen das völkergewohnheitsrechtliche Gewaltverbot verstoßenden militärischen Einsatz bestimmend mitwirken, darf die Benutzung des deutschen Luftraumes nicht gestattet werden.“)
- jegliche Rüstungsexporte, insbesondere nach Saudi-Arabien, USA und Israel zu verbieten
- eine längst überfällige Politik der Entspannung mit Rußland einzuleiten, anstatt wie Merkel und Kramp-Karrenbauer stur weiter am Konfrontationskurs festzuhalten.

All dies passiert nicht. Die Bundesregierung tut nichts, um die drohende Gefahr abzuwenden. Trotz der Planung eines Angriffskrieges durch die US-Regierung, der sich eindeutig gegen den Weltfrieden und die Sicherheitsinteressen der Völker, auch der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands, richtet. US Army go home!

Essen, 16. Juni 2019

Zur Geschichte der US-amerikanisch-iranischen Beziehungen

Wie CIA-Agenten den Pfauenthron retteten

Im März 1953 reiste Geheimdienstmajor Kermit Roosevelt in wichtiger Mission nach Teheran. Der Sohn des 1919 verstorbenen Präsidenten Theodore Roosevelt, der sich lange vor seinen Nachahmern die Urheberrechte auf den „großen Knüppel“ zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele Washingtons erworben hatte, war Leiter des CIA-Dezernats für den Nahen und Mittleren Osten. Er sollte letzte Hand an die Operation „Ajax“ legen, deren Ziel darin bestand, Irans bürgerlich-nationale Regierung unter dem 72jährigen Dr. Muhammad Mossadegh zu Fall zu bringen. Um die Geschehnisse von 1953 einordnen zu können, müssen wir zunächst ihre Wurzeln

bloßlegen. Diese ragen tief in das Erdreich Irans hinein – bis zu dessen unermeßlichen Ölquellen.

1901 hatte der Schah von Persien dem britischen Geschäftsmann William Knox D'Arcy gegen eine Spottsumme auf 60 Jahre alle Erkundungs- und Ausbeutungsrechte für in seinem Land vermutete Bodenschätze zugebilligt. Als D'Arcy später in die Heimat zurückkehrte, gelang es dem als Missionar verkleideten Spitzenagenten des Geheimdienstes seiner Majestät Sidney George Reilly, die kaiserliche Überlassungsurkunde in seinen Besitz zu bringen. 1909 wurde zwischen London und Teheran ein formeller Vertrag

abgeschlossen, den man als Geburtsschein der Anglo-Persian Oil Company (seit 1935: Anglo-Iranian Oil Company – AIOC) bezeichnen kann.

1925 riß Reza Khan, ein Armeeeoffizier und Großgrundbesitzersohn, den iranischen Thron an sich. Er hatte London dabei geholfen, den unbotmäßigen Monarchen Ahmad Qajar Schah zu zähmen und die nationalen Kräfte zu zügeln. Großbritannien zeigte sich erkenntlich und machte Reza Khan zunächst zum Kriegsminister, dann zum Premier. Am 15. Dezember 1925 ernannte er sich selbst zum neuen Schah von Persien, wobei er den Namen Reza Schah Pahlawi annahm.

1941 ersetzen London und die AIOC – der eigentliche Herrscher über das mittelöstliche Reich – Reza Schah durch seinen 22-jährigen Sohn Muhammad Reza Pahlawi. Unter dessen Regentschaft beutete die Anglo-Iranian im Süden des Landes ein Konzessionsgebiet von 950 000 Quadratkilometern aus, auf denen sie rund 300 Bohrtürme errichtete. Sie beschäftigte über 100 000 Iraner, besaß eigene Flughäfen, Häfen, Tankerflotten, Rundfunkstationen, eine Eisenbahnlinie und sogar eigene Polizeikräfte. Doch der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg

die Nerven. Britische Truppen wurden unter dem Interventionsvorwand gegen Teheran mobilisiert, erforderlichenfalls „das Leben von Untertanen der Krone zu schützen“. Boykott und Blockade der iranischen Ölhäfen sollten Mossadegh in die Knie zwingen. Doch dieser ließ sich nicht erpressen. Mitte September 1951 forderte er die Engländer auf, ihr verbliebenes AIOC-Personal abzuziehen. Die mit Ölexperten dicht besetzte Truman-Administration reagierte auf das Malheur der britischen Konkurrenz anfangs nicht ohne Schadenfreude. Außenminister Dean Acheson, Teilhaber einer Anwaltsfirma,

gespickt als das vorangegangene Kabinett der Demokraten. Außenminister John Foster Dulles, der Rockefellers Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell geleitet hatte, teilte dem Repräsentantenhaus mit, es sei unmöglich, mit dem iranischen Regierungschef zu verhandeln. So wurde der Stab über Mossadegh gebrochen. Als neuer Premier war General Fazlullah Zahedi, ein ehemaliger Polizeiminister, ausersehen. Um ihn ans Ruder zu bringen, wurde Kermit Roosevelt, der viele Jahre im Mittleren Osten gelebt hatte und mehrere Sprachen dieser Region beherrschte, unter falschem Namen wiederholt nach Teheran entsandt. Seine wahre Identität kannten nur drei Iraner: Einer von ihnen war der Schah. So gab er sich unter anderem als Universitätsprofessor und als Vorsitzender der Amerikanischen Freunde des Mittleren Ostens aus. Roosevelt vermied jeden Besuch in der US-Botschaft und verkehrte auch mit dem Station Chief nur über sorgfältig ausgewählte Kontaktpersonen. Dabei spielte der zu Gastvorlesungen in Iran weilende CIA-Agent und Professor der Yale-Universität R. Black eine wichtige Mittlerrolle. Er rekrutierte zahlreiche hohe Offiziere des Schahgeheimdienstes für die „Company“.

Am 13. Juli 1953 schrieb „The New York Post“, die Teheraner Regierung werde „noch vor Jahresende fallen, Mossadegh vermutlich durch Armeekreise überwältigt, die besonders enge Bande zu Washington haben, welches sie mit modernen Waffen ausgerüstet und ihr Personal gedrillt hat“. Als Rückhalt diente den Putschisten die US-Militärmission in der iranischen Hauptstadt. Sie gab mehr als zehn Millionen Dollar für die Anwerbung von Agenten in Zivil und Uniform aus. Ihr Leiter, General Stewart, schilderte später deren Rolle so: „Die Gewehre der Soldaten, die LKW und Panzerwagen, in denen sie fuhren, die Fernmeldemittel – das alles hatten wir geliefert. Hätten wir das nicht getan, dann wäre die gegen die USA eingestellte Regierung wohl weiter an der Macht geblieben.“

Anfang August 1953 „empfahlen“ Kermit Roosevelt und US-Brigadegeneral Norman Schwarzkopf, der zuvor Irans Polizeikräfte „reorganisiert“ hatte, dem Schah, gegen Mossadegh loszuschlagen. Zugleich begann eine zügellose Propagandakampagne. Sie gipfelte in der Behauptung, bei Fortbestehen des anti-amerikanischen Regimes drohe die Gefahr einer Besetzung Irans durch die UdSSR. Während CIA-Direktor Allen Dulles in der Schweiz mit Prinzessin Ashraf, der Schwester des iranischen Monarchen, konferierte, verfügte Reza Pahlawi am 19. August die Entlassung Mossadeghs und dessen Ersetzung durch General Zahedi. Doch der beherzte Premier ließ den Kommandeur der Schahgarde, der ihm den Befehl überbringen sollte, kurzerhand festnehmen. In Panik floh der „Herrscher auf dem Pfauenthron“ über Bagdad nach Rom. Er hielt sein Spiel für verloren.

Aber die CIA putschte Zahedi dennoch an die Macht. Aus der Provinz herangeführte Divisionen und ein gekaufter Mob der Hauptstadt liquidierten das Regime. Es brach mit der Verhaftung Mossadeghs und dessen



Wandmalerei an der Außenmauer der US-amerikanischen Botschaft in der iranischen Hauptstadt Teheran

erschütterte auch die Positionen der AIOC. Schon aus den Wahlen vom Oktober 1949 war die Nationale Front – ein Zusammenschluß bürgerlicher Parteien mit anti-imperialistischer Tendenz – als stärkste Kraft hervorgegangen. Ihr Führer Mossadegh brachte im März 1951 einen Gesetzentwurf ein, der die restlose Überführung des AIOC-Eigentums in die Hände des iranischen Staates vorsah. Unmittelbar darauf fanden machtvolle Demonstrationen statt, gegen die Militär eingesetzt wurde.

Nachdem der rechtsgerichtete Regierungschef, General Razmarah, einem Attentat zum Opfer gefallen war, konnte sich auch sein gleichfalls durch die Briten vorgeschobener Nachfolger Hussein Ala nur kurze Zeit halten. Nach dessen Rücktritt billigte Irans Parlament am 19. April 1951 einstimmig das Gesetz über die Nationalisierung der Ölindustrie. Der Schah mußte Mossadegh zum Ministerpräsidenten ernennen. Obwohl dieser als Gutsbesitzer keineswegs ein Mann der Linken war, was sich auch in seiner Weigerung ausdrückte, die kommunistische Tudeh-Partei zuzulassen, verbreiteten westliche Geheimdienste sofort das Gerücht, der Führer der Nationalen Front sei in Wirklichkeit ein „verkappter Agent Moskaus“.

Als am 1. Mai über 30 000 Demonstranten mit roten Fahnen zum Parlament marschierten, verlor man in London endgültig

die für Rockefellers Standard Oil arbeitete, ließ durchblicken, die Amerikaner seien zur Auffüllung des entstandenen Vakuums bereit. Auch sein Stellvertreter David Bruce, der mit einer Tochter des Gulf-Oil-Bosses Andrew Mellon verheiratet war, bekundete Interesse. Nicht zuletzt zählte Paul Nitze, damals Leiter der Politischen Abteilung des US-Außenministeriums, zu den Ölbaronen. Seine Frau war eine Enkelin des Erdölkönigs Pratt. Auf Anraten solcher Leute wurde im Juli 1951 ein hochrangiger Abgesandter nach Teheran in Marsch gesetzt. Er sollte den Ministerpräsidenten überreden, auf eine echte Nationalisierung des iranischen Öls zu verzichten und das Land „amerikanischer Hilfe zu öffnen“. Mossadegh lehnte ab.

Jetzt wurde gehandelt: Am 18. Juli 1952 entließ der Schah den halsstarrigen Premier. Sein Nachfolger blieb keine Woche im Amt, nachdem zur Niederwerfung eines Generalstreiks eingesetzte Truppenteile den Befehl verweigert hatten. Im Triumph kehrte Mossadegh, nun auch Verteidigungsminister, in den Regierungspalast zurück.

Als General Dwight D. Eisenhower im Januar 1953 Präsident der Vereinigten Staaten wurde, sah sich jene Fraktion gestärkt, welche längst ein „Eingreifen zur Überwindung der chaotischen Zustände in Iran“ verlangte. Die Administration der Republikanischen Partei war noch stärker mit Ölmillionären

engsten Mitstreitern zusammen. Der Schah wurde am 22. August 1953 von der CIA nach Teheran zurückgefliegen. Terror überflutete das Land. Schläge trafen vor allem die Tudeh-Partei. Auch die Anhänger der Nationalen Front wurden drakonisch verfolgt, Tausende von Iranern hingerichtet. Um die Welt gingen Bilder von Erschießungen. Ein Kriegsgericht verurteilte Mossadegh wegen „Hochverrats“, „Anschlags auf die Krone“ und „Versuchs, die Republik zu proklamieren“ zum Tode. Die Strafe wurde dann in mehrjährige Haft umgewandelt.

Die US-Monopole fielen wie Wolfsrudel über den Iran her. Später koordinierte Richard Helms, Washingtons Botschafter in Teheran, deren Interessen. Er hatte 1953 den Putsch im Iran – die erste erfolgreiche Aktion der CIA zum Sturz einer fremden Regierung – als stellvertretender Leiter des Bereichs Verdeckte Aktionen persönlich überwacht und war am 30. Juni 1966 durch Präsident Lyndon B. Johnson zum Direktor der Central Intelligence Agency ernannt worden.

Wie sich der Ablauf der Ereignisse 1986 – 33 Jahre nach der Operation „Ajax“ – aus der Sicht Langleys darstellte, verrät uns die Guilforder Chronik: „1953 billigte Präsident

Eisenhower eine CIA-Operation in Iran zur Entmachtung eines irren Premierministers namens Mossadegh, der amerikanische und britische Interessen ungeachtet der Tatsache gefährdete, daß der junge Schah proamerikanisch war. Während einer Periode von Unruhen besaßen ein CIA-Beamter namens Kermit Roosevelt, seine Mitarbeiter für verdeckte Aktionen und deren iranische Agenten Nerven, Spürsinn und einen Sack voller Geld, um den Anfang vom Ende einzuleiten. Sie organisierten die Unruhen. Sie bezahlten die Protestierer, mit riesigen iranischen Gewichthebern vorneweg, übernahmen die Kontrolle des dämonischen Treibens, formten es in eine politische Aktion um und setzten einen neuen Premierminister ein. Mossadegh floh, und der Schah kehrte auf den Thron zurück.“ (*The Central Intelligence Agency. A Photographic History. Foreign Intelligence Press, Guilford 1986, S. 178*)

Zweieinhalb Jahrzehnte nach ihrem „Triumph von Teheran“ erlebte die CIA im Iran ein Waterloo. Ausgerechnet die gewieften Analytiker der „Company“, deren Apparat die kaiserliche Geheimpolizei SAVAK gedrillt hatte, während Wirtschaft und Streitkräfte des Landes mit 40 000 US-Experten

durchgesetzt wurden, blieben unfähig, die Ereignisse von 1978/79 richtig einzuordnen. Präsident James Carter erfuhr die Wahrheit nicht aus den täglichen Informationen Langleys, sondern durch Zeitungsberichte. Gestützt auf das, was die am Hof ein- und ausgehenden CIA-Agenten nach Hause übermittelt hatten, verkündete er noch am 12. Dezember 1978, er glaube fest daran, daß der Schah an der Macht bleibe und die Probleme meistere. Nur zwei Monate später mußte der „Sieger“ von 1953 endgültig aus Teheran fliehen.

In den folgenden Jahren bekam die CIA in Iran kaum ein Bein auf die Erde. „Seit 1988 haben die iranischen Behörden mindestens 30 Iraner ausgeschaltet, die für Amerika spionierten“, las man am 4. Juli 1994 in „U. S. News & World Report“. „Dieser Verlust war der zweite Kollaps eines US-Spionagenetzes in Iran binnen eines Jahrzehnts. Der erste trat ein, als iranische Radikale 1979 die US-Botschaft besetzten.“

Dr. Klaus Steiniger

(Aus: Klaus Steiniger: *Tops und Flops. Die Geschäfte der US-Geheimdienste. Elefanten-Press-Verlag, Berlin 1998*)



Fluchtursache Imperialismus

Fluchtbewegungen gibt es seit Anbeginn der Menschheit. Naturkatastrophen und andere lebensbedrohliche Umstände treiben die Menschen seit jeher dazu, ihre Heimat zu verlassen. Mit der Entwicklung der menschlichen Zivilisation haben Fluchtursachen, die ihren Ursprung in der Natur haben (Naturkatastrophen, Knappheit von Lebensmitteln, Raubtiere), tendenziell abgenommen, während menschengemachte Fluchtursachen (Kriege, Verarmung, aber auch menschengemachte Naturkatastrophen) tendenziell zugenommen haben. Damit befinden sich Fluchtbewegungen in der neueren Geschichte der Menschheit je nach Zustand der menschlichen Zivilisation im Auf- oder Abschwung. Um das Jahr 2016 hatte die Fluchtbewegung weltweit Hochkonjunktur. Über den Türkei-Griechenland-(See-)Weg bzw. die sogenannte Balkanroute gelangten Hunderttausende Flüchtlinge in die EU. Ihr Ziel: Die EU-Staaten, die wegen ihrer ökonomischen Stärke am ehesten die Chance bieten, sich eine Perspektive zu erkämpfen: Deutschland, Schweden, mit Abstrichen die anderen skandinavischen Staaten, Frankreich und die Benelux-Länder (Belgien, Niederlande, Luxemburg). Ende 2016 befanden sich laut den Vereinten Nationen etwa 65,6 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht (UNHCR 2017). Selbst im größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, dem von den Faschisten angezettelten 2. Weltkrieg in Kombination mit der industriellen Massenvernichtung u. a. der europäischen Juden, waren weniger Menschen auf der Flucht.

Die Fluchtursachen

Die eigene Heimat, Familie und Freunde, verläßt man nicht grundlos, zumal die Flucht in ein anderes Land alles andere als sicher ist und nicht selten das Leben kostet. Menschen fliehen, weil die Alternative, nämlich zu bleiben, eine noch düsterere Perspektive bietet als die unsichere Zukunft in einem anderen Staat. Sie fliehen, weil sie in ihrer Heimat um Leib und Leben fürchten müssen, weil sie physischer, psychischer oder ökonomischer Gewalt ausgesetzt sind.

Hauptfluchtursache unserer Zeit sind deshalb die Zerstörungen und die Gefahr für Leib und Leben, die Kriege mit sich bringen. Das gilt vor allem für den Nahen Osten, Syrien, Irak, Afghanistan, aber auch für Libyen und Mali. Eine zweite zentrale Fluchtursache ist die Zerstörung sozialer Perspektiven. Wer an der westafrikanischen Küste vom Fischfang lebt und nichts mehr fängt, weil die Fische durch europäische Schiffe weggefangen wurden, dem droht Hunger, und der hat keine Perspektive für sich und seine Familie. Die dritte Ursache ist die ökologische Zerstörung. Beispiele sind das Nigerdelta, in dem fast mehr Öl als Wasser fließt, der Amazonas und Südamerika, wo die Abholzung der Wälder zugunsten der Rinderzucht ganze Regionen zerstört.

Mit Blick auf die Kriege in Libyen, Irak oder Syrien läßt sich ein wiederkehrendes Muster erkennen: Die angeblichen Sorgen führender westlicher Politiker um Menschenrechte und Humanität erweisen sich stets als Heuchelei. Angebliche Massenvernichtungswaffen und despotische Diktatoren dienen als Vorwand, um militärisch einzugreifen. Besonders gut dokumentiert ist das für den Irak-Krieg 2003. Die Vereinten Nationen befanden im nachhinein alle aufgeführten Kriegsgründe von Massenvernichtungswaffen über Menschenrechtsverletzungen bis zu Verbindungen zu Al-Kaida als Falschangaben. Humanistische Motive spielten bei imperialistischen Kriegen noch nie eine Rolle, heute nicht und auch nicht in früheren Epochen. Es geht und ging immer darum, daß die führenden imperialistischen Länder, derzeit vor allem die USA sowie das Konstrukt EU – und die in ihr führenden Länder – ihre Interessen bedroht sehen. Immer dann bringen sie ihr militärisches Hauptinstrument, die NATO, zum Einsatz, oder versuchen gar die Vereinten Nationen zu instrumentalisieren. Daß hinter Militäreinsätzen letztlich knallharte ökonomische Interessen stehen, benennen die Verantwortlichen in entsprechenden Strategiepapieren immer häufiger selbst. Schaut man auf die ökologische Katastrophe und die Vernichtung sozialer Perspektiven, fällt auf, daß beides in der Regel sehr direkt an die Verwirklichung von Profitinteressen international agierender Konzerne geknüpft ist. Was juckt es Shell, wenn bei der Erdölförderung oder beim Transport riesige Ländereien zerstört werden. Natürlich ist der Verlust von Öl aus den Pipelines ärgerlich; solange dieser Verlust aber geringer ist, als es die Aufwendungen wären, um ihn zu vermeiden, ist die Zerstörung der Natur egal – die kostet ja nichts. Dasselbe gilt für die Zerstörung sozialer Perspektiven. Ein Konzern, der die Küstengewässer vor der Westküste Afrikas leer fischt, hat noch nicht mal Unrechtsbewußtsein – er macht ja nur „seinen Job“. Es gibt also nicht nur Fluchtursachen, es gibt auch Fluchtverursacher. Verkürzt, aber dennoch korrekt, kann man festhalten: Die Fluchtursache heißt Imperialismus.

Der Imperialismus

Der Imperialismus ist nach Lenin das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus. Er hat sich Ende des 19./Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt und den Kapitalismus der freien Konkurrenz abgelöst. Kennzeichnend für das imperialistische Stadium des Kapitalismus ist die Entstehung von Monopolen. Monopole, das sind Banken und Konzerne, die so groß sind, daß sie eine besondere ökonomische und daraus resultierend auch politische Machtposition besitzen. Daß sich das Kapital tendenziell immer stärker in den Händen einiger weniger großer Kapitalisten konzentriert, hatte schon Marx erkannt. Anfang des 20. Jahrhunderts entfaltet sich diese Ten-

denz nun im gesamtgesellschaftlichen Ausmaß. Als die Möglichkeiten zur profitablen Kapitalanlage in den Grenzen des eigenen Nationalstaats erschöpft sind, beginnen die Monopole mit Hilfe der Staaten, aus denen sie stammen, die ganze Welt unter sich aufzuteilen – der Wettlauf der Großmächte um die Kolonien ist im vollen Gange. Doch auch wenn die ehemaligen Kolonien heutzutage formal souverän sind, insbesondere die ökonomischen Abhängigkeiten bestehen weiterhin. Schließlich hat sich der Drang der Monopole nach billigen Rohstoffen, Arbeitskräften und Absatzmärkten seit dem Ende der Zeit der klassischen Kolonien noch weiter verschärft.

Der Imperialismus ist also der Kapitalismus unserer Zeit. Er ist ein Gesellschaftssystem, das geprägt ist von Monopolen, dem Export von Kapital zwecks profitabler Anlage und der ständig umkämpften Aufteilung der Welt. Er treibt die Jagd nach Profit und die kapitalistische Konkurrenz auf die Spitze. Er ist die zentrale Fluchtursache, weil er verantwortlich ist für die Zerstörung der Natur, die Verarmung ganzer Völker und die Kriege in aller Welt.

Die Flüchtenden

Zu den Flüchtenden und ihren Zielen muß gesagt werden, daß alle Menschen – und zwar auch die Leute, die hierzulande Rassismus nachplappern oder Rassisten sind – vermutlich in einer ähnlichen Situation daselbe tun würden. Wenn die eigene Stadt, wenn das eigene Dorf zerstört ist, wenn man aufgrund von Kriegen, Umweltzerstörung oder Zerstörung der ökonomischen Perspektive für sich und seine Familie keinen Ausweg mehr sieht, dann versucht man das zu ändern – und flieht.

Deshalb ist es nicht verwunderlich und völlig rational, daß das Ziel vieler Flüchtender die skandinavischen Länder, die Benelux-Staaten und die Bundesrepublik Deutschland waren und sind. Es gab allerdings Besonderheiten. Das Dublin-III-Abkommen regelt innerhalb der EU den Umgang mit Flüchtlingen vorteilhaft für die Bundesrepublik. Es besagt, daß Flüchtende in dem Land einen Antrag auf Asyl stellen müssen (und damit von diesem Land „behandelt“ werden müssen), in dem sie zum ersten Mal EU-Boden betreten haben. Damit ist es für Flüchtende im Normalfall fast unmöglich, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen. Andersherum verurteilt es die Mittelmeeranrainer dazu, im „Normalfall“ mit der Flucht umzugehen, die die imperialistischen Kriege und Zerstörungen in Afrika und im Nahen Osten hervorrufen.

Der Imperialismus ist also nicht nur Ursache der Flucht, er ist auch gewissermaßen ihr Kontrolleur und Steuermann. Migrationsbewegungen sind aus Sicht des Imperialismus nicht per se schlecht. Sie versorgen die imperialistischen Hauptländer dauerhaft mit einem Überangebot billiger Arbeitskräfte. Man spart sich

Ausbildungskosten der Flüchtlinge und kann sie im Regelfall zu schlechteren Bedingungen, vor allem zu geringeren Löhnen, arbeiten lassen. Die Lohndifferenz steigert gleichzeitig die Konkurrenz und Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse, die sich wiederum häufig in Form von Rassismus äußert – ein netter Nebeneffekt aus Sicht der herrschenden Klasse. Aber auch das Interesse am Zuzug hat Grenzen, denn zu viele Flüchtlinge (insbesondere, wenn sie nicht in Arbeit sind) werden zum Kostenfaktor. Diese Widersprüche haben sich auch in der Willkommenskultur des deutschen Staates gezeigt.

Der Merkelsche „Humanismus“

Wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel prophezeite, ist der deutsche Imperialismus gestärkt aus der Krise von 2007 ff. gegangen. Deutschland konnte seine Vormachtstellung in der EU und seine ökonomische Überlegenheit im Euro-Raum ausbauen und stabilisieren. Erkauft wurden die Erfolge des deutschen Kapitals zum einen durch Angriffe auf die Arbeiterklasse im Inland. Insbesondere die Agenda 2010 machte Deutschland, im Verhältnis zur hohen Produktivität, zu einem Niedriglohnland. Zum anderen orientierte das deutsche Kapital auf den Export, drang zunehmend auf die Märkte anderer europäischer Länder und konkurrierte diese nieder. Die anderen Länder des Euro-Währungsraums konnten sich kaum gegen die deutsche Exportwalze wehren, auch weil mit dem Euro Zollschranken und Währungsbewertung als Abwehrinstrumente weggefallen sind.

Grundlage dieser für den deutschen Imperialismus erfolgreichen Politik sind die vier großen Freiheiten der EU, die Freiheit des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs, des Verkehrs von Arbeitskräften und des Verkehrs von Kapital. Um seinen Wettbewerbsvorteil in der EU zu behalten, mußte der deutsche Imperialismus also auf „offene“ Grenzen orientieren – offen für Waren, Kapital und Arbeitskräfte. Das sind politische, ideologische Gründe. Es gibt aber auch ökonomische Gründe. Geflüchtete werden von den Unternehmen als billige Arbeitskräfte eingesetzt. Sie bekommen häufig nicht einmal den Mindestlohn und sind aufgrund ihres unsicheren Status in Deutschland sehr leicht erpreßbar. Die Bundesregierung hat zusätzlich dafür gesorgt, daß Unternehmen Fördermittel bekommen können, wenn sie Geflüchtete anstellen, und Möglichkeiten geschaffen, Geflüchtete fast ohne Lohn einzustellen, z. B. mittels Praktika. Das ist schlecht für die Flüchtlinge, aber auch für den hier geborenen Teil der Arbeiterklasse, weil es Löhne drückt.

Gleiches gilt im Prinzip auch für Wohnungen, Schulen und Kindertagesstätten. Die Zahl der Menschen, die eine Wohnung, einen Arbeitsplatz oder einen Kita-Platz brauchen, ist gestiegen, die Konkurrenz verschärft sich. Für Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen wurden vom deutschen Staat viel zu wenige

Mittel bereitgestellt, vieles konnte nur dank ehrenamtlicher Hilfe gestemmt werden. All das bringt die Vertiefung der Spaltung unter den Ausgebeuteten mit sich, zu denen in der Regel auch Geflüchtete gehören, unabhängig vom sozialen Stand, den sie in ihren Heimatländern hatten.

Diese Konkurrenzsituation, die Vertiefung der Spaltung, führt zu Perspektivangst. Die ist erst einmal berechtigt, denn genau dazu werden die Geflüchteten instrumentalisiert. Das Schlimme: Diese Perspektivangst schlägt oft in Rassismus um und macht damit genau das, was die Macht der Herrschenden festigt – sie vertieft die Spaltung. Eigentlich haben beide Gruppen, die Flüchtlinge wie die einheimische Arbeiterklasse, gemeinsame Interessen an gutem bezahlbarem Wohnraum und einem Einkommen zum Auskommen. Weil mit den Flüchtlingen die Konkurrenz weiter verschärft wird, werden sie fälschlicherweise zu Sündenböcken – sie können ja herzlich wenig für den Mangel an Wohnraum und die prekären Arbeitsbedingungen. Wird das aber nicht erkannt, entsteht auf Basis eines sozialen Problems Rassismus.

Es ist eine schlimme Perversion: Der Imperialismus löst mit seinen Kriegen und der Ausbeutung von Mensch und Natur Massenflucht aus, zwingt Menschen, die Unmenschlichkeit der Flucht auf sich zu nehmen. Und dann nutzt er das Ganze in seinen Zentren zur Verschärfung der Ausbeutung, zur Spaltung der Ausgebeuteten, zur Festigung seiner Macht.

Der Terror

Gemeinsam mit den Kriegseinsätzen ist auch die Zahl terroristischer Attentate in den letzten Jahren gestiegen. Es sind vor allem die vom Krieg gebeutelten Regionen, in denen der Terrorismus Hochkonjunktur hat. Vereinzelt gibt es aber auch Terroranschläge in westlichen Metropolen. Oft wurden diese Terroranschläge in den Medien in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den hier ankommenden Flüchtlingen gestellt.

Dabei sind zunächst einmal die historische Herkunft und die Kontinuität der Gruppen zu betrachten, die heute für den sogenannten islamistischen Terror stehen. Eine Traditionslinie geht zu den Vorgängern der Taliban in Afghanistan – das waren zuvor die Truppen gewesen, die der Imperialismus unter Führung der USA gegen das demokratische Afghanistan und die zu dessen Gunsten intervenierende Sowjetunion hochpöpelte. Damals nannte man die Terroristen im Westen Freiheitskämpfer. Eine andere Linie, die zu betrachten ist, ist die der finanziellen, logistischen und militärischen Unterstützung. Es ist weitgehend unstrittig, daß hier in vorderster Linie Saudi-Arabien, Katar und die Türkei zu finden sind. Alles Regime, die vom Westen hofiert und gebraucht werden, selbst dann, wenn sie immer wieder auch eigene Ziele verfolgen.

Natürlich wünschen sich die Herrschenden nicht unbedingt Terroranschläge in ihren Zentren. Wenn es sie aber schon mal gibt, dann kann man sie zum Abbau demokratischer Rechte, zur Verschärfung der Überwachung, zur Intensivierung polizeistaatlicher

Methoden, zur Militarisierung nach innen und außen nutzen. Nicht vergessen sollten wir, daß unter der Überschrift „Krieg gegen den Terror“ völkerrechtswidrig Kriege geführt werden. Fast nach Belieben kann man Staaten überfallen – die Vorwürfe müssen gar nicht stimmen, man muß nur behaupten, dort gäbe es Terroristen. Man kann Kriege führen ohne Anlaß und überall. Der selbstgezüchtete Terror wird zur Legitimation imperialistischer Kriege.

Daran ändert nichts, daß diese gezüchteten Terrororganisationen natürlich die Massenflucht nutzten, um „Kämpfer“ zu plazieren. Daran ändert nichts, daß sie „Kämpfer“ aus den Flüchtenden rekrutierten, die zum großen Teil feststellen mußten, daß sie auch in den hochentwickelten imperialistischen Ländern keine Perspektive haben. So etwas ist immer eine Basis für religiösen Irrsinn und Gewalt, für Wut, die sich nicht gegen die Ursachen, gegen Kapitalismus / Imperialismus, sondern gegen dessen Erscheinungen richtet. Oder die sich in ihrer Verblendung gar gegen all das richtet, was nicht der reaktionären Auslegung einer Religion entspricht. Ein Nährboden für religiösen Fundamentalismus, für Gewalt, für Sexismus besteht darin, daß Flucht keineswegs ein schönes, romantisches Gesicht hat. In Kriegsgebieten, bei Hunger- und Versorgungskrisen gehören Gewalterfahrungen zur Normalität. Wenn Länder zu „failed states“ gemacht werden (Libyen), wenn in Staaten ganze Regionen zu einem machtpolitischen Vakuum werden, dann ergibt das vor allem Gewalt und Chaos. Das prägt. Wer über abenteuerliche (d. h. in der Regel gewaltförmige) Wege fliehen muß, wer sich Schleusern ausliefern muß (Merke: Schleuser machen auch nichts anderes, als es Prinzip des Kapitalismus ist – alles wird zur Ware, auch die Flucht), und wer dann feststellt, daß auch beim Zugang zum Ausländer- oder Sozialamt das Recht des Stärkeren gilt – der lernt Gewalt als übliches und effektives Mittel der Auseinandersetzung kennen. Gewalterfahrungen sind also nicht einfach integraler Bestandteil einer arabischen Kultur, wie hierzulande gern behauptet wird. Gewalterfahrungen nehmen u. a. dort sprunghaft zu, wo Kriege vom Zaun gebrochen werden, die Armut rasant um sich greift und lebensbedrohliche Versorgungsengpässe entstehen.

Wer mit seiner Familie im Zeltdorf überwintert, jeden Morgen die Enge und den Dreck in Duschen und Toiletten erlebt, der sieht, daß sich eine kriminelle Szene zum Ausnehmen der Flüchtlinge gebildet hat und daß auch das Bürgertum (Vermieter etc.) von Geflüchteten profitieren will, der kann schon Wut und Haß bekommen. Das soll gar nichts entschuldigen, aber es soll die Verbrechen der Fluchtverursacher kenntlich machen und vor Idealisierung und Moralisierung warnen.

Was hilft weiter?

Bei sozialen Konflikten zwischen Flüchtlingen und Einheimischen gibt es Fallstricke. Diejenigen, die den Rechten auf dem Leim gehen, machen die Flüchtlinge dafür verantwortlich, daß sich ihre Lebensbedingungen verschlechtern. Diejenigen, die bei einem

„Refugees welcome“ stehenbleiben, ignorieren die tatsächlichen Zukunftsängste der einheimischen Arbeiterklasse. Verantwortlich für die Lage der Flüchtlinge wie für den Sozialabbau insgesamt ist der Imperialismus, in Deutschland sind das konkret der Staat sowie die Banken- und Konzernmonopole. Die erste entscheidende Aufgabe ist deshalb, daß es gelingt, die Ausgebeuteten – ob hier geboren, hinzugezogen oder kürzlich geflüchtet – gemeinsam in Kämpfe zu führen, deren Forderungen der Zunahme der Konkurrenz unter den Ausgebeuteten entgegenstehen. Mehr Geld für die Kommunen, ein soziales Wohnungsbauprogramm und höhere Löhne wären beispielsweise nötig, um ein Ausspielen der einheimischen Arbeiterklasse gegen die Geflüchteten zu vermeiden.

Der zweite entscheidende Punkt besteht darin, die Ursachen für Flucht, also Krieg und die Zerstörung sozialer und natürlicher Lebensgrundlagen, klar zu benennen. In diesem Sinne dürfen wir auch keine Unterscheidung zulassen zwischen dem, was die Herrschenden Kriegsflüchtlinge oder Wirtschaftsflüchtlinge nennen. Es gibt keine Fluchtursachen erster und zweiter Klasse – Verursacher der Flucht ist stets der Imperialismus.

Der dritte entscheidende Punkt: Die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut müssen ebenfalls benannt werden. Die Fratzen des Imperialismus und seine Mittel mögen unterschiedlich aussehen, aber der deutsche Staat und Merkmals „Willkommenskultur“ gehören genauso dazu wie die Kriege der NATO oder die Umweltschäden von Monopolen wie Shell.

Und der vierte entscheidende Punkt besteht darin, deutlich zu machen, daß man letztlich die Verursacher von Krieg, Flucht und Armut ihrer Macht berauben muß, wenn man die Konkurrenz unter den Ausgebeuteten zurückdrängen will.

Patrik Köbele
(Vorsitzender der DKP)

Literatur

Lenin, Wladimir Iljitsch (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW, Bd. 22, S. 189–309
UNHCR (2017): Global Trends. Forced displacement in 2016. www.unhcr.org (pdf)

Aus: Lena Kreymann/Paul Rodermund (Hg.): Eine Welt zu gewinnen. Marx, der Kapitalismus von heute und was wir tun können. PapyRossa-Verlag, Köln 2018

EU-Wahldesaster und große Erfolge der PTB

Die Linken links von den Sozialdemokraten einschließlich der Kommunisten haben bei dieser EU-Wahl überwiegend unbefriedigend oder schlecht abgeschnitten. In der Mehrzahl der EU-Staaten hatten sie Stimmenverluste zu verzeichnen. Offenbar ist es ihnen in der Mehrzahl nicht gelungen, sich den Wählerinnen und Wählern als wirkungsvolle und nützliche wählbare Alternative zum System der etablierten neoliberalen Parteien darzustellen. Warum das so war, ist die große Diskussionsfrage, die nun dringend und tabulos untersucht und diskutiert werden muß. Denn in den objektiven Verhältnissen gibt es dafür eigentlich keine stichhaltigen Gründe. Eine bemerkenswerte Ausnahme beim Abschneiden der Linksparteien ist das Ergebnis, das die belgische Partei der Arbeit bei diesem Wahltag in Belgien erreicht hat. Dabei ging es allerdings nicht nur um die EU-Wahl. In Belgien fanden an diesem Tag zugleich Wahlen zum nationalen Parlament für Gesamtbelgien (Föderalparlament) sowie zu den drei Provinzparlamenten der Regionen Flandern, Wallonien und Brüssel statt.

„Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen! Ihr habt vor euch einen glücklichen Parteipräsidenten! Wir kommen voran im ganzen Land, in der Wallonie, in Brüssel und in Flandern, in allen drei Regionen des Landes.“ So jubelte Peter Mertens, der Vorsitzende der PTB/PvdA, die sich selbst als am Marxismus orientierte „authentische Linkspartei“ und als „ein Teil der internationalen kommunistischen Bewegung“ bezeichnet, am Abend des 26. Mai.

Der Jubel war gut begründet. Denn die PTB konnte an diesem Abend einen außergewöhnlichen Stimmen- und Mandatszuwachs verbuchen. Im gesamtbelgischen nationalen Parlament wird die PTB künftig nicht mehr nur mit zwei, sondern mit zwölf Abgeordneten aktiv sein. Darunter erstmals der Parteivorsitzende Peter Mertens selbst.

Das ist ein Zuwachs, den Parteien auch aus anderen politischen Spektren sonst nur selten erreichen.

Hinzu kommen die Positionsgewinne der PTB in den drei Regionalparlamenten. Im Brüsseler Regionalparlament wuchs ihre Abgeordnetenzahl von vier auf elf Abgeordnete (Stimmenanteil 13,5 %, bisher 3,4 %). In der französischsprachigen Wallonie erhielt die PTB zehn Mandate statt bisher zwei (Stimmenanteil 13,68 %, bisher 5,76 %).

Politisch sensationell aber ist wohl, daß die „linksradike“ PTB/PvdA erstmals auch in das flämische Regionalparlament einzog, obwohl Flandern die „traditionelle“ Hochburg der Rechten und Rechtsextremisten ist. Der rechtsextreme „Vlaamse Belang“ war auch diesmal neben der PTB der zweite große Wahlsieger. Er wuchs von 5,9 auf besorgniserregende 18,6 %. Daneben wurde die kaum weniger rechtsextreme „Nieuw Vlaamse Alliantie“ (N-VA) unter Bart de Wever, welche die Lostrennung Flanderns von Belgien vertritt, zusätzlich noch mit 25,5 % die stärkste Partei im flämischen Landesteil. Bei dieser Stimmungslage ist das Abschneiden der PvdA in Flandern, die mit einem Stimmanteil von 5,3 % (bisher 2,5 %) jetzt erstmals in das flämische Regionalparlament einzieht, um so höher zu bewerten.

Außerdem konnte die PTB bei dieser Wahl erstmals auch vier Sitze im belgischen Senat erringen. Darüber hinaus gehört zu den Erfolgen der PTB/PvdA bei dieser Wahl, daß es ihr gelang, mit 5,7 % der Stimmen erstmals einen Abgeordneten in das EU-Parlament zu entsenden: Marc Botenga, 38 Jahre alt, Jurist und Politologe.

In den ersten Stellungnahmen zu den Wahlergebnissen legten die Vertreter der PTB/ PvdA Wert darauf hervorzuheben, daß ihre Erfolge keine Zufallsergebnisse, sondern das Ergebnis eines gemeinsamen langen und hartnäckigen politischen Kampfes der ganzen Partei mit vielen einzelnen konkreten Forderungen und Aktionen sind.

Parteisprecher Raoul Hedeboom betonte: „Wir waren erfolgreich, als authentische Partei der Linken unsere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Dank der Kampagne der

PTB wird heute überall in Belgien von der Notwendigkeit gesprochen, die Mehrwertsteuer für Gas und Strom von 21 auf 6 Prozent zu senken. Dank der PTB spricht man überall in Belgien von der Notwendigkeit, endlich kostenlose öffentliche Nahverkehrsmittel zu bekommen. Dank der PTB spricht man überall in Belgien von der Notwendigkeit, eine kostenlose und hochwertige medizinische Grundversorgung einzuführen. Dank der PTB hat man endlich gewagt, von jenen famosen Steuernischen zu sprechen, die es den Multinationalen erlauben, null Euro Steuern zu bezahlen, während jeder beliebige Klein- oder Mittelständler, jeder beliebige Selbständige hier in Lüttich, Charleroi, Brüssel und in Flandern 25 Prozent Steuern bezahlen muß.“

Paul Mertens fügte hinzu, die PTB habe mit den Ergebnissen klar bewiesen, daß sie eine nationale Partei ist. Sie sei bereits „die Lokomotive der Linken“, welche die sozialen Fragen auf die Tagesordnung bringt. Und das werde sie weiter tun. „Es sind die Leute, die die Dinge ändern, die gewöhnlichen Leute, außergewöhnliche Leute, die zusammen agieren ... Wir können es nur zusammen machen. Wir haben zusammen gekämpft. Wir haben zusammen gewonnen ... Gemeinsam haben wir eine Welt zu gewinnen!“

Der frischgebackene EU-Abgeordnete Marc Botenga ergänzte, daß dieser Kampf unbedingt auch auf die europäische Ebene übertragen werden müsse. „Jetzt haben wir eine Lokomotive der Linken, die auch auf der europäischen Ebene die Linien in Bewegung bringen kann.“ Die authentische Linke sei sehr notwendig, „um eine Alternative zu den Rechtsextremisten und zur Politik von Macron und Merkel anzubieten, die mit ihrem Europa der Konkurrenz, des Sparzwangs und des großen Geldes den Rechtsextremen den Weg öffnen.“

Georg Polikeit

(Red. gekürzt aus: Marxistische Blätter 4/2019)

China: Die mißlungene Generalprobe

In seinem Beitrag „Das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens“ vom 1./2. Juni in der „Berliner Zeitung“ beschäftigt sich Arno Widmann mit den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz Anfang Juni 1989. Als Aufhänger greift er auf das weltweit bekannte Foto zurück, auf dem ein Mann zu sehen ist, der sich völlig unbewaffnet den anrollenden Panzern entgegenstellt. Widmanns Beschreibung dieser Szene deckt sich weitgehend mit derjenigen, die von einem Mitglied der Pekinger Führung geliefert wurde. Der führende Panzer und alle hinter ihm fahrenden versuchten auszuweichen, stets aber versuchte der Mann, die Panzer an der Weiterfahrt zu hindern. Selbst als der Mann auf den ersten Panzer kletterte, hielt sich die Besatzung zurück. „Unsere Soldaten“, so die Schilderung eines Mitglieds der Pekinger Führung, „haben die Anweisungen der Partei perfekt ausgeführt. Es ist erstaunlich, daß sie es geschafft haben, in solch einer Situation die Ruhe zu bewahren.“ Dieser Bewertung mag sich Widmann nicht anschließen. Zwar stimmt er dem heute in den USA lebenden „Menschenrechtsaktivisten“ Yang Jianli zu, daß es neben dem auf dem Foto sichtbaren Mann einen zweiten Helden gab, nämlich den unsichtbaren Fahrer des Tankfahrzeugs, der den Mann *nicht* überrollte. Aber dann flüchtet Widmann – ganz Mainstream-Journalist – in den spekulativen Raum: Vermutlich seien beide Helden später getötet, mindestens gefoltert oder bestraft worden. Eine andere Erklärung aus seiner Sicht wäre ja auch schwerlich in Einklang mit dem Begriff „Massaker“ zu bringen, das einen „Leichenberg“ (Widmann) mit bis zu zehntausend Toten produziert haben soll. Ob sich wohl ein israelischer Fahrer in vergleichbarer Situation auf besetztem palästinensischem Gebiet gleichfalls Zurückhaltung auferlegt hätte? Allein schon diese Frage stellen, hieße, sich prompt den Vorwurf des Antisemitismus einzuhandeln. Dem will sich Widmann selbstredend nicht aussetzen, wie er sich auch weigert, mit analytischem Blick den Ursachen des Geschehens und der eskalierenden Gewalt auf den Grund zu gehen.

Noch am 20. Mai 1989 trotzten – wie Widmann korrekt beschreibt – Hunderttausende Bürger erfolgreich den von Peking entsandten Truppen. Diese hatten keinen Schießbefehl und zogen sich zurück. Aber schon wenige Tage danach wäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens „das Morden im vollen Gange“ gewesen, schreibt Widmann. Den Widerspruch will er nicht erklären, weil er nicht in das Bild der sich angeblich ausschließlich für Frieden und Demokratie einsetzenden und zudem auf Gewaltlosigkeit setzenden Demonstranten paßt.

Werfen wir einen Blick auf die „Tiananmen Papers“, die im Westen mit propagandistischem Aufwand veröffentlicht wurden, um die ganze Brutalität der chinesischen Staatsführung unter Beweis stellen zu können. Doch was lesen wir dort? „Plötzlich kam ein junger Mann angerannt, hat etwas in einen Panzerspähwagen geworfen und ist verschwunden. Kurz darauf sah man grün-gelben Rauch aus dem Fahrzeug quellen, während die Soldaten herauskamen, sich auf die Erde legten und sich sterbend an den Hals griffen. Jemand sagte, sie hätten Giftgas eingeatmet.

Aber den Offiziellen wie den Soldaten gelang es trotz ihrer Wut, die Selbstkontrolle zu wahren.“ Wahrscheinlich reicht dieser kurze Auszug noch nicht, um die antichinesische Empörung ein wenig einzudämmen. Lesen wir weiter:

„Mehr als 500 Fahrzeuge der Armee sind an Dutzenden Kreuzungen in Brand gesteckt worden ... Auf der Chang'an-Straße hielt ein Militärfahrzeug mit Motorschaden an, und zweihundert Aufständische haben den Fahrer angegriffen und totgeschlagen. ... An der Cuiwei-Kreuzung hat ein Wagen, der Soldaten transportierte, verlangsamt, um einen Zusammenstoß mit der Menge zu vermeiden. Da hat eine Gruppe von Demonstranten damit begonnen, Steine gegen ihn zu werfen, Molotow-Cocktails und Fackeln, wobei er sich in einem bestimmten Moment auf die linke Seite neigte, weil einer der Reifen platt war durch die Nägel, die die Demonstranten ausgestreut hatten. Dann haben die Demonstranten irgendwelche Gegenstände angesteckt und sie gegen das Fahrzeug geworfen, dessen Tank explodierte. Alle sechs Soldaten sind in den Flammen gestorben.“

Im Klartext: Soldaten, die versuchen, das Leben ihrer Angreifer zu erhalten, werden getötet. Ist das ein Beweis der von der Kommunistischen Partei begangenen Grausamkeiten? Oder haben wir es auf seiten der Demonstranten mit einem Akt der Gewaltlosigkeit zu tun?

Es steht außerhalb jeden Zweifels, daß auf dem Platz des Himmlischen Friedens Gewalt ausgeübt wurde. Doch stellt sich heute auch nach 30 Jahren die Frage, wer sie ausgelöst hat. Wer waren die Einpeitscher, und wer waren die Hintermänner für das Geschehen, für das heute eines der Lieblingswörter (Massaker) der westlichen „Wertegemeinschaft“ erhalten muß, wenn es darum geht, den Systemgegner an den Pranger zu stellen? Der Ex-Kanzler Helmut Schmidt, dessen China-Kenntnisse jedem Sozialdemokraten zur Ehre gereichen würden, hat daran erinnert, daß das militärische Eingreifen aufgrund der nicht mehr tragbaren Situation die Ultima ratio war, weil die Demonstranten die Tätigkeit der Regierung blockierten und jeden Kompromiß kategorisch ablehnten. „Die Soldaten, im Bemühen, die Ordnung wiederherzustellen“, haben, so Schmidt, „zunächst Ruhe bewahrt, doch sie wurden mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen“ und wurden gezwungen zu handeln. Diese Version wurde sogar vom damaligen US-Botschafter bestätigt, als er erklärte, daß die Regierung letztlich keine andere Option hatte, als militärisch einzugreifen. Aber, fügte er offenherzig hinzu, es habe sich um eine widerwillig getroffene Entscheidung gehandelt. Die ersten Soldaten, die den Platz räumen sollten, erinnerten ihn „mehr an einen Kinderkreuzzug als an eine militärische Strategie“. Es seien unbewaffnete Truppen gewesen, die zulassen mußten, daß eine „zornige Menge zehn Militärfahrzeuge zerstören“ konnte. Die Soldaten haben sich zurückgezogen. Der US-Militärattaché, General Jack Leide, kommentierte diesen Vorgang genüßlich so: Das Fiasko der Volksbefreiungsarmee war „eine chinesische Version des Rückzugs von Napoleon aus Moskau“. Wir wissen, viele Vergleiche hinken. Dieser aber

hat es besonders in sich, weil hier eine entscheidende Verwechslung, mithin Fälschung, vorliegt. Es war seinerzeit der Hausherr, der russische Oberbefehlshaber Michail Kutusow, der nach etlichen Rückzügen sogar Moskau opferte, aber dann, nach der Schlacht von Borodino, die napoleonischen Truppen Zug um Zug vernichtet hat. Der durch und durch verunglückte Vergleich nähert sich – gewiß unfreiwillig – einem Eingeständnis, daß hinter den Forderungen nach Demokratie, Freiheit und Menschenrechten andere Kräfte standen und ganz andere Ziele ansteuerten. Als einheimischer Hoffnungsträger diente der in die Spitze der chinesischen Führung aufgestiegene Zhao Ziyang, ein Mann, der die Marktwirtschaft mit eiserner Faust durchzusetzen versuchte, mit seiner neoliberalen Agenda Anhänger bei den Studierenden fand – unter ihnen zahlreiche, die in Europa und den USA studiert hatten – und die Hoffnungen der USA auf einen Regime Change nährte. Washington nahm Witterung auf und versuchte, den Gang der Ereignisse zu steuern. War also der „Aufstand“ auf dem Tiananmen-Platz eine rein innerchinesische Tragödie? Mitnichten.

Als es kurz nach den Ereignissen zu einer Begegnung zwischen Abgesandten von US-Präsident Bush (sen.) mit Deng Xiaoping in Peking kam, präsentierte der Führer der Kommunistischen Partei Chinas einen Befund, aus dem hervorging, daß die USA „tief“ in die Ereignisse verwickelt waren. Und, so Deng, verantwortlich waren für eine „Operation, die zum Krieg hätte führen können“. Dieser Einschätzung wurde von den amerikanischen Gesprächspartnern nicht einmal widersprochen. Worin aber konnte diese Operation, die zum Krieg hätte führen können, bestehen, wenn nicht im Versuch eines von außen dirigierten Staatsstreichs mit dem Ziel, den möglicherweise proamerikanischsten chinesischen Führer (Zhao Ziyang) an die Macht zu bringen, um das Volk hernach nach neoliberaler Pfeife tanzen lassen zu können?

Der sogenannte Aufstand auf dem Tiananmen-Platz war Teil der Gesamtstrategie des weltweiten Versuchs eines alle Widerstände aus dem Weg räumenden Rollbacks mit dem Ziel, die Welt für alle Zeiten dem US-Imperialismus auszuliefern. Es war der mit dem Friedensnobelpreis dekorierte Henry Kissinger, der die Absichten mit verblüffend zynischer Klarheit formulierte: „Ich sehe keinen Grund dafür abzuwarten, daß ein Land marxistisch wird, nur weil sein Volk unverantwortlich ist.“ Domenico Losurdo, der im letzten Jahr verstorbene italienische Philosoph und Kommunist, hat es so auf den Punkt gebracht: „Im nachhinein betrachtet, erscheinen die Vorfälle auf dem Tiananmen-Platz von 1989 wie die Generalprobe der als ‚Farbenrevolutionen‘ getarnten Staatsstreiche, die in den Jahren danach folgen sollten.“ Solche Begriffe wie „humanitäre Intervention“, „Responsibility to Protect“ und eben „Regime Change“ wurden erst später in den imperialistischen Wortschatz aufgenommen, sie wurden aber schon damals entwickelt. In der Volksrepublik China gerieten sie nicht zur Blüte.

Hans Schoenefeld
Berlin

Wie die USA Kuba in ein koloniales Anhängsel verwandeln wollen

Klartext über das Helms-Burton-Gesetz

Das „Gesetz für Freiheit und kubanische demokratische Solidarität“ ist eine rachsüchtige Monstrosität, die darauf abzielt, die Seele Kubas durch Ausbluten zu brechen und einen so großen Schock auszulösen, daß das Land für immer zu Boden gedrückt wird. Es ist das konkrete Projekt der Vernichtung einer Nation. Stellen wir uns zwei hypothetische Szenarien vor – Szenarien, die für uns, die wir

lange dieser Prozeß dauern wird, wenn sie alle sechs Monate einen Bericht benötigen. Wie lange werden die Yankee-Truppen auf unserem Territorium bleiben? Die Antwort auf beide Fragen: Man weiß es nicht. Dann endlich, nach wer weiß wie vielen Jahren, gibt der US-Kongreß seine Zustimmung für die Durchführung von Wahlen. Was passiert mit der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade? Wurde sie

Unsere Häuser, unsere Böden, unsere Schulen, unsere Fabriken, unsere Erholungszentren, unsere Krankenhäuser, unsere Forschungszentren, alles, was während der Übergangszeit von Großkapitalisten im besetzten Land noch nicht geraubt wurde, würde in die Hände der früheren Eigentümer oder derer gelangen, die diese Vermögen von den ursprünglichen Besitzern gekauft haben, oder, was noch schlimmer wäre, in die Hände von Spekulanten, Schuldnersammlern und Banditen aller Formate.

Um die Prozesse, Entschädigungen und Schulden zu bezahlen, müßten die kubanischen Regierungen Darlehen aufnehmen, zum Beispiel beim IWF, was immer höhere Zinszahlungen nach sich ziehen würde, und es ergäbe sich daraus eine endlose Plünderungsspirale.

Es gibt Menschen in den Vereinigten Staaten, Unternehmen und Unternehmensgruppen, die „Vermögen“ in Kuba von ihren „früheren Eigentümern“ gekauft haben, Menschen, die mit dem Wert dieser Vermögen Handel treiben, die echte oder gefälschte Titel besitzen und sich auf einem seltsamen, in jeder Hinsicht illegalen Markt bewegen.

Immobilienpekulanten haben Grundstücke an zukünftige Bauherren verkauft. Es gibt bereits Entwürfe vom „zukünftigen Havanna“! Es ist ein großes Geschäft, für das sich nicht wenige Hyänen die Zähne schärfen. Sie träumen davon, ganze Gemeinden hinwegzufegen und Walmart-Supermärkte, McDonalds, große Casinos und Bürogebäude zu bauen, teure Viertel für sehr reiche Leute errichten zu lassen und die große Mehrheit der Bevölkerung der Hauptstadt in Elendsviertel zu verbannen, die in den großen Städten Lateinamerikas so reichlich vorhanden sind.

Wir würden in die Hände von Fonds wie Distressed oder Holdouts fallen, besser bekannt als Geierfonds. Wir Kubaner würden Jahre brauchen, um eine fast unbezahlbare Schuld zu begleichen, denn wie könnte ein durch Krieg und Besatzung erschöpftes, verarmtes Land sie bezahlen, ein Land, das einen Großteil seiner Söhne und Töchter im Arbeitsalter verloren hätte? Wir würden in den Händen von Gangstern bleiben, die bereit sind, den nationalen Reichtum Kubas bis auf den letzten Tropfen „aufzusaugen“

Sagen wir es im Klartext: Sie werden es nicht schaffen! Wie Fidel sagte, das Denken und das Werk der kubanischen Kommunisten werden Bestand haben. Kuba wird Bestand haben: „Wir Kubaner sind aus Eisen und können den härtesten Prüfungen standhalten.“ Wir werden immer wieder aufstehen, um die Freiheit zu verteidigen, Generation für Generation.

Raúl Antonio Capote

(Red. bearbeitet aus „Granma Internacional“, Havanna, Mai 2019)



„Ich bin Fidel“ – Auf der 1.-Mai-Demonstration in Havanna

Foto: Jorge Luis Sánchez Rivera/Cubadebate

Vertrauen in die Widerstandsfähigkeit und den Mut unseres Volkes haben, allerdings unmöglich sind.

Das erste: Dem imperialistischen Feind und seinen Verbündeten gelingt es unter Anwendung ihrer militärischen Macht, den größten Teil des Landes zu besetzen und eine Übergangsregierung zu installieren, nachdem sie das Ende der Revolution verkündet haben.

Das zweite: Vom Feind gesäte Uneinigkeit, Täuschung, Entmutigung und Verrat führen dazu, daß wir „das Schwert fallen lassen“ wie 1878. Eine Übergangsregierung wird eingesetzt und US-Truppen besetzen das Land, um die Ankunft von „humanitärer Hilfe“ zu gewährleisten.

Hätten wir dann „freie und demokratische“ Wahlen? Nein, diese von den Interventionstruppen ernannte Übergangsregierung kann keine Wahlen ausrufen, bevor dies nicht vom Kongreß der Vereinigten Staaten genehmigt wird.

Der US-Präsident oder sein ernannter Prokonsul muß dem Kongreß alle sechs Monate einen Bericht über den Verlauf des Übergangsprozesses auf der besetzten Insel vorlegen. Es stellt sich die Frage, wie

vielleicht aufgehoben, als das Ende der Revolution ausgerufen wurde? Nein, sie wurde nicht aufgehoben, das ist nicht der Plan. Sie bleibt während des Übergangs als eiserner Druckmechanismus intakt.

Angenommen, der Übergang ist nun vorbei, wir haben bereits einen Präsidenten und eine Regierung im Stile der Yankees und nach ihrem Geschmack. Werden sie jetzt die Blockade aufheben? Man könnte es meinen, aber nein, das ist nicht das, was diese Absurdität von Gesetz festlegt, das die Unterschrift von Helms und Burton trägt. Der Präsident oder sein Prokonsul müssen dem Kongreß bestätigen, daß den US-amerikanischen „ehemaligen Eigentümern“ einschließlich den Kubanern, die nach 1959 zu Cubano-Amerikanern wurden, der Wert all ihres ehemaligen Eigentums, das gemäß den revolutionären Gesetzen und im Einklang mit dem Völkerrecht verstaatlicht oder konfisziert wurde, zurückgegeben wurde oder sie entschädigt wurden.

Die von US-Experten 1997 berechnete „Kompensation“ hätte einen ungefähren Wert von 100 Milliarden Dollar. Eine Neuverhandlung der Vereinbarung über den US-Marinestützpunkt Guantanamo ist ebenfalls vorgesehen, ohne daß die Rückgabe garantiert wird.

EU-Wahlen 2019 – Probleme und Gefahren

Die in Wirtschaft und Politik, in Medien und Gesellschaft Herrschenden machten es sich vor den Wahlen zum EU-Parlament und machen es sich auch danach sehr einfach und proklamieren Klima zum alles überragenden Thema. Natürlich ist es eine wichtige, überlebenswichtige Frage. Aber wo bleibt das politische Klima, das ökonomische, das geistige Klima, das Klima einer friedlichen Welt? Gibt es denn keinen Grund, das zu problematisieren? Gibt es keine anderen Gefahren, keine Kriegsgefahren, welche die Existenz und Entwicklung der menschlichen Gesellschaft gefährden?

Oder sollte vermieden werden, darüber zu sprechen? Kann es Zufall sein, daß bis zur Wahl, aber auch in den Nachbetrachtungen die Frage der Klimaverschlechterung in den Mittelpunkt gestellt wurde, ohne auf die tatsächlichen ökonomischen, politischen und geistigen Ursachen einzugehen, die dem imperialistischen Charakter und den Zielen der Politik der USA, der EU und ihrer Hauptmächte eigen sind? Warum wurden und werden die Fragen des Klimas von den Fragen der Entwicklung des Kapitalismus in der Gegenwart, von der zunehmenden Konkurrenz der imperialistischen Mächte im Kampf um die Neuverteilung der Einflußsphären zur Sicherung von Vorherrschaft und Einflußsphären, von Profit, Militarisation und Aufrüstung getrennt, die zur Zerstörung nicht nur der Natur, sondern auch der menschlichen Zivilisation und Kultur, des Menschen überhaupt führen? Ist es nicht höchste Zeit, diese Existenzfragen der Menschheit, wenigstens in den auswertenden Debatten einzubeziehen und Schlußfolgerungen daraus abzuleiten?

Die ungleichmäßige Entwicklung im Kapitalismus führt zu einer ständigen Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den imperialistischen Mächten, die immer wieder neu analysiert werden muß, weil sie stets zu Kriegen geführt hat.

Die Zeit der unipolaren Ordnung der USA läuft ab. Damit verschwinden aber nicht die Gene des Imperialismus und der ihm eigenen Politik. Unter den Bedingungen der monopolistischen Herrschaftsverhältnisse und der monopolistischen Konkurrenz äußert sich die ökonomisch bedingte Aggressivität des Monopolkapitals auch weiterhin in dem Drang nach Vorherrschaft und Hegemonie unter Anwendung ökonomischer und außerökonomischer Gewalt – von der ideologischen und politischen Diversion (Regime Change) bis zur militärischen Aggression. Nichts von einer Analyse der daraus hervorgehenden Gefahren für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker und Staaten war in den Auftritten der Parteien vor den Wahlen festzustellen. Aber auch nach den Wahlen gibt es hier keine positiven Veränderungen.

Zur Begründung und Verteidigung der bei den Wahlen sichtbar gewordenen Verstärkung der konservativ-reaktionären innen- und außenpolitischen Konzeptionen der Bourgeoisien der Großmächte der EU wird statt dessen ein Kampf für und wider „Nationalismen“ inszeniert.

Aber nirgends und von keinem wird herausgearbeitet, daß z. B. die nationalen Ökonomien

verfolgt werden, die sich in bezug auf die Gegnerschaft zu Rußland und China zwar einig sind, aber Gegensätzliches anstreben, wenn es um Hegemonie und Profit geht.

Innerhalb der EU wird eine wachsende Kritik an der Vormachtstellung Deutschlands spürbar. In den Südstaaten der EU sowie in den ost- und mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten mehrten sich Stimmen gegen die „Achse“ Berlin–Paris. Frankreich und Deutschland beschwören „Europa“ verbal, um ihren nationalen Einfluß besonders auf dem Gebieten der Ökonomie und der Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu erweitern. Dabei werden die Staaten Ost- und Mitteleuropas nicht nur ausgebeutet, sondern auch als Objekt im antirussischen Feldzug mißbraucht. Weder Die Linke noch die SPD, noch andere EU-Parteien haben dazu eine Alternative entwickelt, die über das Ja oder Nein zum Brexit hinausgeht. Vereinzelt konstruktive Vorschläge finden kein Gehör. Dabei liegt es auf der Hand und ist durch die historische Erfahrung bestätigt, daß nur eine Außen- und Sicherheitspolitik, die auf die Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit und der gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten in Europa (unter Einschluß Rußlands) jene Kräfte stärken kann, die nach einem friedlichen Interessenausgleich

zwischen den Staaten, darunter zwischen den USA und der EU oder den USA und China, streben.

Nicht eine der gegenwärtig politisch relevanten Parteien bzw. Kräftegruppen in der EU machte eine entsprechende Analyse bzw. zog Schlußfolgerungen, um sie im Wahlkampf mit den Wählern zu diskutieren und die Menschen für den Friedenskampf zu mobilisieren.

Es ging während des Wahlkampfes, genau wie zuvor oder danach, nicht um die vielgepriesene angebliche demokratische Befragung des Volkes. Es ging vielmehr darum, ein Volk so zu manipulieren, daß es an den Wahlurnen die Interessen und Ziele der Herrschenden als seine eigenen Anliegen bestätigt. Die Beauftragten des Kapitals in Regierung und Parlament sollten qua Abstimmung zu einer Innen- und Außenpolitik legitimiert werden, die den Interessen des Kapitals entspricht.

Auf der Grundlage der Zunahme und Zuspitzung der sozialökonomischen und politischen Widersprüche in der EU und in ihren Mitgliedsländern ist zu erwarten, daß sich die reaktionären Tendenzen in der Gesellschaft und in der Politik verstärken werden, weil die sich aus den Widersprüchen ergebenden Bedingungen ein günstiges Feld für die Intensivierung der Wiederaufnahme und Umsetzung reaktionärer außen- und innenpolitischer Konzeptionen darstellen.

Prof. Dr. Anton Latzo



Karikatur: Gertrud Zucker

nach wie vor der Rahmen sind, in dem sich die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten vollzieht. Und darum geht es doch den Monopolen, gleich ob national oder international! Vor allem das begründet nach wie vor die Dominanz und Unterschiedlichkeit nationaler Ökonomien und ihre Einbettung in internationale Zusammenschlüsse. Das begründet die wirkliche Haltung der imperialistischen Mächte innerhalb und außerhalb der EU. Die aktuellen Vorgänge belegen das. Laut Trump, Bolton u. a. erhoffen sich die USA z. B. aus dem Brexit klare Vorteile für die Konsolidierung ihrer ökonomischen Beziehungen sowohl zu Großbritannien als auch zur EU. Sie erwarten, mit Großbritannien „ein weiteres starkes und unabhängiges Land zu haben, das der NATO hilft, effektiver zu sein“ (John Bolton). Es geht also um eine Zunahme von Rivalitäten im Verhältnis USA–EU, aber auch im Beziehungsgeflecht zwischen den imperialistischen Staaten, verbunden mit Konkurrenz, Aufrüstung und Militarisation sowie entsprechenden reaktionären Entwicklungen im Inneren.

An der Westgrenze Rußlands wird intensiv daran gearbeitet, erneut einen „Cordon sanitaire“ von der Ostsee bis ins Gebiet des Schwarzen Meeres und ein militärisches Aufmarschgebiet aufzubauen, das die gesamte Region von der Ostsee bis ins Mittelmeer (von Finnland bis Sizilien) mit Anschluß an den Nahen und Mittleren Osten einschließt. Die Gefahren nehmen zu, weil diese Aktivitäten von imperialistischen „Partnern“

Vor 70 Jahren wurde aus Neuhardenberg Marxwalde

Das Lateinische „Nomen est omen“ heißt: der Name hat eine (Vor-)Bedeutung. Das trifft auch für Dorf und Schloß Neuhardenberg zu. Bereits von der Bundesstraße 167 aus, die durch die Gemeinde führt, sind die Schloßfassade sowie die beiden Kavaliershäuser gut zu erkennen. Ein dem alten Baustil angepaßter Hotelneubau sowie ein neuer Veranstaltungssaal vervollständigen den imposanten Eindruck. Besucher schwärmen beim Anblick der im Glanz strahlenden historischen Anlage, die seit fast 200 Jahren untrennbar mit der Geschichte der Familie von Neuhardenberg verbunden war. Allerdings mit wechselnder Geschichte. Vor 1759 gehörte das Gut zu den königlichen Domänen. In den Wirren der Schlacht des Siebenjährigen Krieges bei Kunersdorf wäre Friedrich XI. fast von den Kosaken gefangen genommen worden. Der Rittmeister bei den Zietenschen Husaren, Joachim Bernhard von Prittwitz, rettete ihn im letzten Moment. Als Dank und Anerkennung übergab er ihm das Gut Quitlitz. Im Jahre 1814 erhob der König Friedrich Wilhelm II., den preußischen Reformator und Staatskanzler Karl August Freiherr von Hardenberg für dessen Verdienste um den Staat in den erblichen Fürstenstand. Außerdem schenkte er von Hardenberg einen umfangreichen Güterkomplex im Lebusener Land, zu dem auch Quitlitz gehörte, das nach Tauschgeschäften wieder an den preußischen Staat gefallen war. Der König ordnete an, den Ort, der die Zentrale der fürstlichen Standesherrschaft wurde, in „Neuhardenberg“ umzubenennen. Unter Hardensbergs Regentschaft erlangte der Ort in politischer wie auch in kultureller und baugeschichtlicher Hinsicht eine Bedeutung wie kaum ein anderer im ländlichen Bereich.

Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen wurde in Deutschland der Grundstein für das

kommunale Selbstverwaltungsrecht gelegt. Letzter adliger Schloßherr war Carl Hans von Hardenberg, der 1944 wegen Widerstands gegen das Nazi-Regime verhaftet wurde.

70 Jahre ist es her, daß Neuhardenberg in Marxwalde umbenannt wurde – zu Ehren



des großen Denkers. Man muß etwas suchen, bis man seine Büste gefunden hat. Sie steht ernst und dunkel unter blauem Himmel auf dem Rasen zwischen kleiner und großer Karl-Marx-Allee. Die Büste wurde vergessen.

Bei einer Gemeindeversammlung im Februar 1949 stimmten die Anwesenden für Marxwalde, auch die Gemeindevertreter einigten sich auf diesen neuen Namen, obwohl die Mehrheit von ihnen der CDU angehörte. Man kann es als Kuriosum der Geschichte begreifen, daß 1990 beim Beschluß zur Rückbenennung die PDS die Mehrheit in der Gemeindevertretung stellte. Aber „Marxwalde“ mußte weg. Nach der „Wende“ wurde um Namen, Plätze und Straßen sowie Denkmäler gestritten. Eine Zielrichtung war dabei, alles auszulöschen, was an den Versuch erinnern könnte, auf deutschem Boden eine antikapitalistische Alternative zu verwirklichen.

In die Kritik kam auch ein Brief des Bürgermeisters Karl Linse von 1958, der die Bitte

des verstorbenen Grafen Hardenberg, im Ort bestattet zu werden, ablehnte: „Gemeinsam lehnen wir das an mich gerichtete Ansinnen mit der eindeutigen Begründung ab, daß der Name Graf von Hardenberg mit so viel Bitternis für die ehemals abhängige Bevölkerung von Marxwalde verbunden ist, daß eine Überführung der Leiche des Grafen von Hardenberg eine Verhöhnung des Willens der Mehrheit der Bevölkerung von Marxwalde darstellen würde.“

Inzwischen ist auch das Geschichte. Doch böses Blut blieb. So meldete dpa, daß „die Karl-Marx-Büste in Neuhardenberg von unbekanntem Tätern mit rotbrauner Rostschutzfarbe beschmiert wurde. Am Sockel entdeckten die Beamten ein Hakenkreuz.“

Einen haben die Neuhardenberger aber immer als Helden gefeiert: Dr. Sigmund Jähn, Generalmajor der NVA, Held der Sowjetunion und der DDR, Fliegerkosmonaut und erster Deutsche im Weltraum. Von 1960 bis 1978 lebte Jähn in dem Dorf, das damals noch Marxwalde hieß. Mit seinem Weltraumflug mit der sowjetischen Sojus 31 am 26. August 1978 machte er sich und Marxwalde berühmt. Die Gemeindevertreter haben ihm das nicht vergessen und ihn 28 Jahre nach seinem historischen Flug einstimmig zum Ehrenbürger ernannt. Für viele Neuhardenberger war und ist er ein treuer Genosse, Vorgesetzter, Freund und Nachbar. Im Dorfmuseum wird an dieses geschichtliche Ereignis erinnert.

„Wir sehen zu, daß unsere Alltagskultur und unsere Geschichte nicht verlorengehen“, betonte Dietmar Zimmermann, der Vorsitzende des Heimatvereins. Das Dorfmuseum heißt „Alte Schule“ und befindet sich in Neuhardenberg, in der Karl-Marx-Straße 22.

Heinz Pocher
Strausberg

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

zum 94. Geburtstag

Werner Döring (Hohnstein)
am 23. September

zum 93. Geburtstag

Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf/
Petershagen) am 23. September

zum 91. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

zum 90. Geburtstag

Heinz Herzog (Leipzig) am 8. September

zum 85. Geburtstag

Horst Repschläger (Rostock)
am 9. September

Horst Kolbe (Satow, OT Hanstorf)
am 13. September

Lothar Ludwig (Bautzen) am 28. September

Karl Schönley (Leipzig) am 28. September

Herbert Stobbe (Lauta) am 23. September

zum 80. Geburtstag

Roland Fleischer (Chemnitz)
am 22. September

zum 75. Geburtstag

Heidemarie Lenk (Gera) am 8. September

Ulrich Boje (Berlin) am 20. September

Ingrid Jahn (Berlin) am 25. September

zum 70. Geburtstag

Niki Müller (Friedrichstadt)
am 12. September

Rolf Bullerjahn (Berlin) am 15. September

Herbert Heßmann (Saßnitz)
am 17. September

zum 65. Geburtstag

Michael Bialek (Berlin) am 1. September

zum 60. Geburtstag

Thomas Münzberg (Heidesee,
OT Friedersdorf) am 5. September

Gundmar Damboldt (Dahmen)
am 6. September

Peer Globisch (Berlin) am 7. September

Peter Düskow (Kloster Lehnin)
am 29. September

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Eine vernunftwidrige Äquidistanz-Haltung

Wer kennt die Frage nicht: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ So beginnt ein bewegendes, vor allem auch in der DDR oft gesungenes antifaschistisches Lied des sowjetischen Dichters Jewgeni Jewtuschenko und des Komponisten Eduard Kolmanowski. Melodie und Worte der von Sigrid Siemund stammenden deutschen Übersetzung dieses Werkes gehen mir immer wieder durch den Kopf, wenn ich über die gefährlich angespannte internationale Lage, über die in der Bundesrepublik und ihren sogenannten Konzernmedien verbreiteten Lügen und Halbwahrheiten über die angeblich von Rußland ausgehenden Gefahren für die Sicherheit und den Frieden in Europa nachdenke. Und so steht immer aufs Neue die Frage: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ Nein, sie wollen Frieden. Auch die Mehrheit der US-Amerikaner will keinen Krieg. Aber die beiden Völker unterscheiden sich in dieser Frage insofern, als die Russen allein im 20. Jahrhundert gezwungen waren, unermessliches Leid in zwei Weltkriegen durchzustehen. Der diesjährige Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus hat erneut verdeutlicht: Die Russen und ihr Präsident wissen aus bitterer Erfahrung, was Krieg bedeutet, und sie sind gewillt, die Menschheit vor einem tödlichen Inferno im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen zu bewahren.

Das kann man von den Herrschenden in den USA leider nicht behaupten. Nach dem Zerfall der Sowjetunion brachte sich die von den USA dominierte NATO gegen Rußland in Stellung, um dieses Riesenland mit seinen unermesslichen Naturreichtümern zu unterwerfen. Ihre Konfrontationspolitik bedroht den Frieden. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles andere nichts“ (Willy Brandt). Für den Weltfrieden ist ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen den USA und Rußland unerlässlich. Deutschland sollte dazu einen Beitrag leisten. Die deutsch-russischen Beziehungen sind derzeit aber empfindlich gestört. Sie werden längst nicht mehr von nationalen Interessen unseres Landes bestimmt. Das vereinte Deutschland hat sich willfährig der Geostrategie des USA-Imperialismus untergeordnet.

Die Linke sollte gegen diese Politik unterschiedenen Widerstand leisten. Das um so

mehr und eigentlich um so naheliegender, da die Deutschen sich mehrheitlich (58 Prozent) eine Annäherung der Bundesrepublik an Rußland wünschen, in Ostdeutschland sprechen sich dafür sogar 72 Prozent aus, so das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die vom Meinungsforschungsin-

stitut Civey schon vor Jahresfrist erhoben und im Journal „Welt-Trend“ veröffentlicht wurde. Um so unverständlicher ist es, daß die jüngsten Parteitage der Linken es unter der Regie der Parteiführung tatsächlich fertiggebracht haben, Anträge zur Gestaltung friedlicher Beziehungen Deutschlands zu Rußland abzulehnen beziehungsweise sie in den Bundesausschuß zu verweisen. Eine schändliche Haltung!

Man muß kein Kommunist, kein Linker sein, um zu verstehen, daß auch Rußland seine Interessen, Sicherheitsinteressen, hat und gewillt ist, sie bei Respektierung der Interessen seiner Partner durchzusetzen, wenn es sein muß, sich gegen Bedrohungen zu wehren.

Denn in Erinnerung sei gerufen:

- Nicht Rußland hat seine Grenzen in Richtung NATO-Staaten versetzt, sondern die NATO hat sich den Westgrenzen Rußlands gefährlich genähert und ist dabei, mit der Ukraine die verbliebene Lücke zu schließen;
- nicht Rußland hat Militärstützpunkte um die Vereinigten Staaten errichtet, sondern die USA kreisen Rußland ein;
- nicht Rußland hat Raketen an den Grenzen der USA in Stellung gebracht, sondern die USA taten es vor Rußlands Territorium;



Erinnerung an die deutsch-sowjetische Freundschaft
RF-Archiv

- Nicht Rußland hat Staatsstrieche inszeniert, um unliebsame System- bzw. Regimewechsel in fremden Ländern zu erzwingen, sondern die USA;
- nicht Rußland hat in den letzten zwei Jahrzehnten verheerende Kriege angezettelt und großflächige Militärmanöver inszeniert, sondern die von den USA dominierte NATO;
- nicht Rußland initiiert aggressive mediale und Fake-News-Angriffe, sondern die NATO.

Ungeachtet dessen könnten Linkspolitiker entgegen, man müsse auch Kritikpunkte in der russischen Politik benennen. Das sei ihnen unbenommen. Wie realitätsfremd aber wäre ein solcher Einwand, der Ursache und Folgewirkungen außer acht läßt, wie geschichtsvergessen und vor allem wie grundverkehrt wäre es, denn hierbei geht es nicht um irgendwelche „Kritikpunkte“ an der Politik eines Landes, sondern um die Parteinahme für den Frieden. Und was treibt einflußreiche Linke um, eine Art Äquidistanz-Haltung gegenüber beiden Großmächten einzunehmen? Außerdem läßt sich Kritik viel wirkungsvoller üben, wenn man sich nicht in einer aggressiven Konfrontationspolitik verfangt. Vielmehr ist eine andere Außen- und Sicherheitspolitik vonnöten, und die ist nur *mit*, nicht ohne oder gar gegen Rußland möglich.

Andrej Reder

(Aus „Ossietzky“, 11/2019)

Am 15. September begeht

Peter Dornbruch

seinen 60. Geburtstag, zu dem wir herzlich gratulieren.

Mit klassenmäßig kämpferischer Haltung leitete Peter die Regionalgruppe Schwerin und war stets in linken Initiativen der Stadt engagiert. Wir danken Dir, lieber Peter, und wünschen Dir viel Erfolg in Deiner neuen beruflichen Tätigkeit.

Ein Beitrag auf der Strategiekonferenz der PDL in Hamburg vom 22. Juni

Die Systemfrage und die Eigentumsfrage stellen!

Nicht zuletzt nach den Wahlen am 26. Mai sind Strategiedebatten in unserer Partei bitter notwendig. Es geht dabei immer um zwei Aspekte: um Gesellschaftsstrategie und um Wahlstrategie. Gesellschaftsstrategie ist für uns eine auf die progressive Veränderung der Gesellschaft gerichtete Handlungsorientierung sozialistischer Politik. Wahlstrategie zielt auf Mobilisierung und Gewinnung von Wählern ab.

Um erfolgreiche Wahlstrategien bemühen sich auch die anderen politischen Parteien. Für uns muß es im Gegensatz zu diesen immer darum gehen, eine Wahlstrategie zu entwickeln, die der Durchsetzung unserer Gesellschaftsstrategie dient. Unsere Wahlstrategien dürfen sich so auch keineswegs als bloße Stimmenmaximierungskonzepte mittels Reklametechniken verstehen. Sie müssen Teil der Gesellschaftsstrategie sein. Eine Personalisierung des Wahlkampfes kann auch für uns sinnvoll sein. Eine bloße Personalisierung (Thüringen: „Bodo Rame-low statt Barbarei“) ohne einen das politische Denken oder die Gesellschaft verändernden Inhalt kann aber auch zum Lacher werden.

Wahlstrategien sind kontraproduktiv, wenn sie mit falschen, uneinlösbaren Versprechen einhergehen: z. B. „Mit uns kommt der politische Richtungswechsel.“ Selbst als wir in Brandenburg, in Thüringen, in Berlin, in die Regierung gegangen sind: Der Richtungswechsel kam nie. Die Folge sind Krisen des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit, also Wahlverluste.

Einprägsame Methoden oder auch treffende Worte können wichtig sein. Aber sie müssen sich in unsere gesellschaftsstrategische Handlungsorientierung einordnen wie z. B. „Enteignet die Miethaie!“ Linke Wahlstrategie muß der Aufklärung der Wählerinnen und Wähler über die gesellschaftlichen und politischen Zustände dienen. Sie verfehlt ihren Zweck, wenn sie sich ins allgemeine Illusionstheater über Machtoptionen, die keine sind, einordnet.

In Wahlkämpfen ist mit Marx, Engels und August Bebel immer wieder deutlich zu machen, daß Wahlen einen Doppelcharakter haben. Sie sind Mittel der Befreiung, aber sie sind auch Instrumente der politischen Prellerei. Wahlen sind Zeiten der politischen Manipulation und leerer Versprechungen. Für uns müssen sie Zeiten der Aufklärung und der Mobilisierung für unsere politischen Ziele sein, die zugleich Ziele der Lohnarbeiterklasse sind.

Es ist erfreulich, daß über all das heute hier diskutiert werden kann. Schließlich gab es am 26. Mai das schlechteste bundesweite Wahlergebnis in der Geschichte der Linken. Da kann man nicht die Losung ausgeben: „Alles in Ordnung. Weiter so.“ Das aber war mein Eindruck von der Pressekonzferenz unserer Parteivorsitzenden am 27. Mai.

Als Sachse sehe ich die Situation möglicherweise auch dramatischer als Ihr hier in Hamburg. In Hamburg ist der prozentuale Anteil der Linken bei den Europawahlen um etwa 20 Prozent zurückgegangen; in Sachsen um 34 Prozent.

In Sachsen kann ich auch etwas zur Wirkung bestimmter Wahllosungen sagen, weil ich in etwa das politische Alltagsdenken dort kenne. Wirksam wäre in Sachsen bei den Europawahlen die Losung gewesen: „Schluß mit Aggressionsvorbereitungen gegen die Russische Föderation!“

In Sachsen gab es am 26. Mai auch Kommunalwahlen. „Die Linke“ schnitt mit 11,2 Prozent noch schlechter ab als bei den Europawahlen.

Nur in Leipzig wurde „Die Linke“ mit 21,4 Prozent stärkste Partei. Ansonsten verlor sie 32 Prozent ihrer kommunalen Mandate. Bundesweit rückten wir bei den Europawahlen mit 5,5 Prozent in die beängstigende Nähe der bei Bundestagswahlen geltenden Sperrklausel. Der Ernst der Lage wird deutlich, wenn wir in diesem Zusammenhang beachten:

Bei welchem
Verbrechen
dürfen wir Ihnen behilflich sein?



Plakat: Siegfried Lachmann

Wir haben weiter bei den Lohnabhängigen, den Arbeitslosen und den Wählern bis zum 29. Lebensjahr verloren und bei den Nichtwählern nichts gewonnen.

Wir haben im Osten noch schlechter als die PDS im Jahre 2002 abgeschnitten, als diese die Bundestagswahlen mit 4,0 Prozent verweigerte. In Ostdeutschland kam die PDS damals immerhin noch auf 16,9 Prozent der Wählerstimmen. Diesmal erhielt sie in den ostdeutschen Bundesländern (beinahe hätte ich gesagt: „in der DDR, den sogenannten neuen Bundesländern“) 13,8 Prozent, gut drei Prozentpunkte weniger.

Ich sehe derzeit in der Partei drei große Probleme sowohl von gesellschaftsstrategischer als auch von wahlstrategischer Bedeutung:

Erstens: Unsere Partei hat sich schneller verändert, als sie die Gesellschaft verändern kann. Das geschah innerhalb von nur gut einem halben Jahrzehnt.

Zweitens: Unverkennbar gibt es eine Führungskrise in unserer Partei, die auch, aber nicht nur darin zum Ausdruck kommt, daß ihre Führung so tut, als habe sie alles richtig gemacht.

Drittens: Deutlich wurde: Die Linke ist mit einer zweifachen Orientierungskrise konfrontiert: einer objektiven und einer subjektiven.

Erstens: Zu den Veränderungen in unserer Partei weg von einer kämpferischen, systemverändernden Partei in Richtung des allgemeinen Politikbetriebes

Es ist aus meiner Sicht beängstigend, was sich da getan hat. Dabei meine ich besonders die Entwicklungen in Ostdeutschland und in Sachsen. Für Hamburg erlaube ich mir kein Urteil.

Zwischen dem Erscheinungsbild der Partei in Ostdeutschland und abnehmenden Wahlergebnissen gibt es einen engen Zusammenhang. Dies war in der deutschen Parteigeschichte seit 1914 fast immer so.

Seit 66 Jahren, seit 1953 fühle ich mich als Teil dieser Geschichte. Mit 18 Jahren wurde ich 1955 in Braunschweig Mitglied der SPD, zwei Jahre vorher Mitglied der „Sozialistischen Jugend – Die Falken“. Es waren die Jahre vor dem Godesberger Programm, als noch das antikapitalistische Aktionsprogramm von Hannover galt. Aber unübersehbar war schon damals der Wandel der SPD von der Oppositionspartei hin zur Staatspartei, die den kalten Krieg mitmachte und ihren Frieden mit Kapitalismus und Bundeswehr gemacht hatte.

Einige Tage vor meinem Einberufungstermin zur Bundeswehr am 1. März 1957 ging ich in die DDR. Es dauerte immerhin acht Jahre, bevor ich dort in die SED aufgenommen wurde. Meine vielfältigen Erfahrungen danach sind ein Kapitel eigener Art.

Nach der „halben Revolution“ von November 1989, um es mit den Worten von Karl Marx von 1848 zu sagen, folgte nach knapp zwei Monaten eine handfeste „ganze Kon-

terrevolution“. Ich blieb in der PDS. Ich war dann acht Jahre Mitarbeiter bzw. Referent der Gruppe bzw. Fraktion PDS/Linke Liste im Bundestag.

Positiv war aus meiner Sicht, daß mit dem Einzug der PDS in den Bundestag und deren Erstarren in den folgenden Jahren die Zeit einer „pluralen Fassung einer Einheitspartei“ des Kapitals im Bundestag zu Ende gegangen war. Die Systemfrage, die Klassenfrage, die Friedensfrage wurden in den parlamentarischen Debatten wieder thematisiert. Aber die PDS änderte sich nach wenigen Jahren in Richtung Anpassung. Die Enttäuschung kam Ende der neunziger Jahre. Bei der Wahl 2002 schied sie, abgesehen von zwei Direktmandaten, aus dem Bundestag aus. Sie machte aber weiter so und entsorgte 2003 mit dem Chemnitzer Programm den Marxismus.

Erfreulicherweise gelang damals die Wiedergeburt einer linken Partei. Die Rettung kam von außen, nicht von innen. Mit der Protestbewegung gegen die Agenda 2010 liefen der SPD Mitglieder und Wähler davon. Hunderttausende von Hartz IV Betroffene und Sympathisanten gingen auf die Straße. Viele forderten eine neue kämpferische linke Partei. Von der so entstandenen WASG führte der Weg 2007 zur Linken. Sie gab sich 2011 in Erfurt ein für einen Marxisten akzeptables linkes Programm. Ich blieb Mitglied.

Heute mit dem Wahlergebnis vom 26. Mai ist Die Linke m. E. wieder dort angekommen, wo die PDS im Jahre 2002 war. Sie ist zumindest in Ostdeutschland in einer Existenzkrise. Es ist mit linken Parteien offenbar wie in der griechischen Mythologie mit Sisyphos und dem Stein, den er immer wieder den Berg rauf rollen muß.

Die herrschende Klasse gerade in Deutschland hatte um die Wende zum 20. Jahrhundert mit Reichstags- und Landtagsdiäten und später mit der Parteienfinanzierung einen genialen Einfall. Sie setzte sich über das Verbot der Abgeordnetenfinanzierung in der Verfassung von 1871 hinweg. Sie sorgte sukzessive dafür, daß selbst Politiker einer Systemopposition (damals SPD) finanziell gut versorgt werden. Es entstand in der SPD eine Sozialschicht mit eigenen Interessen, die sich von den Interessen der Lohnabhängigen unterscheiden.

Diese Sozialschicht war, wie Wolfgang Abendroth in seinem Buch „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ schrieb, Träger von Anpassung. Sie war an der „verwaltungsmäßigen Fortführung“ der Partei interessiert. Sie dachte „konservativ im Rahmen dieser Aufgabe“. Sie war nicht mehr in der Lage, „über ihre eigene Situation hinausdenken zu können und zu wollen“. (S. 42) Natürlich gibt es dabei keinen Automatismus.

Das ist aus meiner Sicht die generelle Situation, mit der sich jede neue linke kämpferische Partei nach kurzer Zeit konfrontiert sieht. Die Parlaments- und Regierungsfixiertheit der Partei nimmt zu. Die Partei droht sich zum Normaltyp einer Parlamentspartei zu entwickeln, wo unten



Quo vadis, SPD?

Karikatur: Gertrud Zucker

gearbeitet und oben Geld verdient wird. Daraus entwickelt sich in der Regel eine Glaubwürdigkeitskrise, die bei Wahlen in Erscheinung tritt.

Marxistische Wissenschaftler bezeichnen das als Integrationskraft des parlamentarischen Regierungssystems. Der nach unten zurückrollende Stein muß wieder nach oben gerollt werden. Besser wäre es, zu verhindern, daß er zurückrollt. Noch ist es m. E. in unserer Partei dafür nicht zu spät.

Wie weit die Dinge mittlerweile aber schon gediehen sind, schätzt m. E. der Ältestenrat unserer Partei nach den Maiwahlen richtig ein:

„Das offizielle Erscheinungsbild unserer Partei wird zunehmend durch eine Mischung von pseudo-professioneller Langeweile und links-grünen Attitüden bestimmt. Der Markenkern unserer Partei als fundamentale Gegnerin des kapitalistischen Systems und als konsequente Vertreterin ostdeutscher Belange droht verlorenzugehen. Die kulturelle Bindungen zu den arbeitenden Armen, den Arbeitslosen und dem vom System abgehängten Teil der Jugend schwinden zusehends.“ Unsere Wahlverluste am 26. Mai bestätigen diese Einschätzung.

Zweitens: Zur Führungskrise in unserer Partei

Bis heute fehlt eine offizielle Analyse und Bewertung des Wahlergebnisses vom 26. Mai. Auch bei der letzten Vorstandssitzung am 16. Juni wurde keine vorgelegt. Auf der Pressekonferenz der beiden Vorsitzenden am 27. Mai waren leere Sprüche angesagt. Es gäbe keinen Grund, „in Sack und Asche zu gehen“. Eine „Personaldiskussion“ stehe nicht an. Führungsverantwortung sieht anders aus.

Verdrängt wird, daß gerade auch im Europawahlkampf eine überzeugende kämpferische Gesellschafts- und Wahlstrategie weitgehend fehlte. Die richtige Einschätzung der EU als militaristischer und monopolkapitalistisch wurde aus dem Programm gestrichen. Unsere Hauptforderung nach einem sozialen Europa unterschied sich nicht von der der SPD.

Wie einmal ein politisch sehr erfolgreicher Sozialist schrieb (Lenin, 1916), sind die Vereinigten Staaten von Europa entweder „unmöglich oder reaktionär“. Wenn man statt darüber aufzuklären, daß das heute auch so ist, von links konträr dazu ein soziales Europa herbeifabuliert, findet man links nicht viel Zustimmung, denn die Realität sieht anders aus.

Hinzu kam im Wahlkampf eine Verflachung unseres Engagements für Frieden und Sozialismus. Die friedenspolitische Resolution auf dem Europaparteitag gegen die Kriegsvorbereitung in Richtung Russische Föderation wurde zu Fall gebracht. Der Landesvorsitzende aus Sachsen rühmte sich, als Tagungsvorsitzender die Solidaritätsresolution zu Venezuela verhindert zu haben. So etwas mobilisiert nicht. Es demobilisiert. Ich bin mal gespannt, ob das auf dem sächsischen Landesparteitag zur Sprache gebracht wird. Ich vermute, da schweigt mal wieder des Sängers Höflichkeit.

Ich habe vor einem Jahr auf den Leipziger Parteitag miterlebt, wie die Parteitagsregie Sahara Wagenknecht regelrecht auf die Anklagebank setzte. Die Rede von Elke Breitenbach erinnerte mich an absurde Parteiverfahren der SED in den sechziger Jahren. Wer es als Führung zuläßt bzw. sogar fördert, daß unsere charismatischste und fähigste Politikerin gemobbt wird, der ist nicht auf der Höhe seiner Führungsaufgaben. Die sinkenden Umfragewerte (acht Prozent) gehen vermutlich vor allem darauf zurück.

Drittens: Alle Linken sind mit einer objektiven Orientierungskrise gestaltender Politik konfrontiert. In unsere Partei kommt noch eine subjektive Orientierungskrise hinzu. Unsere Partei braucht eine Neukonzipierung ihrer Gesellschafts- und Wahlstrategie

Die Grundrichtung unserer Gesellschaftsstrategie im Erfurter Programm von 2011 ist m. E. richtig: „Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen, um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft ... durchzusetzen.“ (S. 49) Um die Gesellschaft umgestalten zu können, muß Protest und Gegenwehr allerdings heute den Charakter eines gesellschaftlichen Aufbruchs mit der Kraft der Novemberrevolution von 1918 haben.

Ende der siebziger Jahre hat sich die strategische gesellschaftliche Situation in den kapitalistischen Industriestaaten drastisch verändert. Die Profitraten sanken rapide. Es begann die neoliberale Kapitaloffensive. Es kam zur „Rückkehr der Proletarität“ (Karl Heinz Roth). Die ökonomische und politische Bedeutung des Finanzkapitals nahm zu. Es verschärfte sich das „Einreißen des sozialstaatlichen Gebäudes“ und die imperialistische Kriegspolitik. Die Chancen politischer Gestaltung verschlechterten sich drastisch. In Frankreich scheiterte die Linkskoalition unter Mitterrand nach wenigen Monaten ernsthafter Umgestaltungen. Josef Schleißein sagte damals sinngemäß: „Wenn es schon in Frankreich nicht geht, dann geht es nirgendwo in Europa.“ Damit hatte er offenbar recht. Das gilt auch heute.

Hinzu kam dann mit dem Scheitern des Realsozialismus in Europa der sich verstärkende Trend zur „demobilisierten Klassengesellschaft“ (Klaus Dörre). Die Lohnarbeiterklasse veränderte sich strukturell. Nicht zuletzt mit neuen Techniken der Individualisierung des politischen Denkens konnte (und das scheint mir das zentrale Problem zu sein) von den Herrschenden die Entwicklung der Arbeiterklasse „für sich selbst“, zum politischen Akteur, gestoppt werden. Es gibt anwachsend punktuelle Lichter des Klassenwiderstandes (Mieterproteste, Gegenwehr in der Pflege, Kampf um die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie). Aber es gibt kein allgemeines Leuchtfeuer des Klassenwiderstandes.

Aus der Sicht dieser Situation gibt es m. E. folgende Aufgaben:

Zum einen: Die Linke muß aussteigen aus dem politischen Illusionstheater. Wer heute ein „Weiter so“ in Richtung Regierungsbeteiligung auch auf Bundesebene verlangt, der zerstört die Partei als gesellschaftsverändernde Kraft vollends. Der geht in die Integrationsfalle der politischen Umformung von Widerstand in Zustimmung. Nicht die Regierung wird dann schlechter. Schlechter wird die Partei. Ihre Glaubwürdigkeit geht den Bach runter.

Zum anderen: Richtig ist die gerade auch von Bernd Riexinger unterstützte Orientierung der Partei auf Klassenpolitik. Aber Regierungsbeteiligungen konterkarieren diese Orientierung. Sie bedeuten Brückenschlag zu den Herrschenden. Was bringt diese Orientierung auf Klassenpolitik, wenn zugleich der Klassencharakter der staatlichen Institutionen negiert und verdrängt wird? Wer z. B. die Schuldenbremse akzeptiert, der akzeptiert neoliberale Politik.

Außerdem: Die richtige Orientierung auf die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verlangt ein Konzept der Sammlung der Kräfte, der Entwicklung von politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht, der Mobilisierung des politischen Widerstandes gegen Neoliberalismus und Kriegspolitik. Dabei müssen wir bundesweit natürlich den Kampf gegen soziale Grausamkeiten, gegen die Verdoppelung der Rüstungsausgaben und Umweltzerstörung aufnehmen. Im kommunalen Bereich müssen wir beharrlich für konkrete Verbesserungen kämpfen (Leipzig).

Schließlich: Unsere Wahlstrategie muß diese Gesellschaftsstrategie mit Leben erfüllen. Wir stehen nicht nur in Opposition zu den Regierenden. Wir stehen in Opposition zum Kapitalismus und zur herrschenden Klasse. Wir stellen die Systemfrage und die Eigentumsfrage.

Wenn wir die Prinzipien der Regierenden – Schuldenbremse, Sozialpartnerschaft, NATO-Deutschland usw. – akzeptieren, dann schießen wir quer gegen den Kampf um Gegenmacht. Natürlich nicht immer, aber hin und wieder müssen wir im Wahlkampf und in den Parlamenten wie einst August Bebel mit Nagelschuhen über das politische Parkett gehen. Wir müssen die Regierenden immer wieder laut und deutlich anklagen: der Kumpanei mit Rüstungskonzernen, Kriegspolitikern und Kapitalinteressen. Wir müssen aufklären über die wahren Herrschaftsverhältnisse in unserem Land.

Prof. Ekkehard Lieberam

Leipzig

Ekkehard Lieberam: Am Krankenbett der Linkspartei. Therapie: Mehr Marx als Murks. pad-Verlag, Bergkamen 2019, 84 S., 5 €. Bestelladresse: pad-verlag@gmx.net oder: Am Schleh-dorn 6, 59192 Bergkamen

Siehe auch RF Nr. 253, Seiten 9 und 10 und RF Nr. 256, Seite 6 ...

Wir gratulieren dem seit langem eng mit dem „RotFuchs“ verbundenen Genossen

Wilfried Steinfath

zu seinem 65. Geburtstag, den er am 13. September begeht.

Vor wenigen Monaten wurdest Du zum Vorsitzenden der Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen gewählt; wir wünschen wir Dir viel Kraft und Erfolg.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Die Bedeutung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen

Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen. **RF**

28. August 1975

Wie bereits in vorangegangenen Folgen dargestellt wurde, war der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, der im Juli/August 1935 in Moskau tagte, ein Höhepunkt in der Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Er leitete eine neue Etappe im Kampf der Arbeiterklasse gegen Faschismus und Krieg ein und rüstete die kommunistischen Parteien politisch, ideologisch und organisatorisch für die Lösung der vor ihnen stehenden komplizierten Aufgaben aus. Rufen wir uns seine wichtigsten Ergebnisse noch einmal ins Gedächtnis zurück. Der VII. Weltkongreß erfüllte eine wesentliche Grundbedingung jedes erfolgreichen Klassenkampfes, nämlich nüchtern und realistisch einerseits den Gegner in seinen Stärken und Schwächen zu analysieren und andererseits die gegen ihn wirkenden gesellschaftlichen Kräfte zu untersuchen und dementsprechend die Hauptrichtungen und Hauptaufgaben des Kampfes festzulegen. Nur die kommunistische Bewegung, die sich auf die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, auf die reichen Erfahrungen der kommunistischen Parteien, auf ihre Kollektivität, auf die politische, ideologische und organisatorische Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen und auf die Kampfgemeinschaft mit der Sowjetunion stützen konnte, vermochte es, den Völkern richtige Orientierungen im Kampf gegen den angreifenden Faschismus und den drohenden imperialistischen Krieg zu geben. In dieser Tatsache ist zugleich eine der wichtigsten Lehren des VII. Kongresses enthalten, daß nämlich die kommunistische Bewegung in der Lage ist, unter komplizierten Klassenkampfbedingungen schwierige Aufgaben weit in die Zukunft weisend zu lösen, wenn sie einheitlich und geschlossen auf der Basis des proletarischen Internationalismus handelt.

Der VII. Kongreß kennzeichnete den Faschismus und insbesondere den deutschen Faschismus als Hauptfeind der Völker und als eine tödliche Bedrohung für die Menschheit. Als

Hauptkraft der sich formierenden antifaschistischen Gegenbewegung charakterisierte er die UdSSR und die internationale Arbeiterklasse. Den Hauptweg, um alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte um die Arbeiterklasse zusammenschließen zu können, sah der Kongreß in der Herstellung der proletarischen Einheits- und antifaschistischen Volksfront auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere orien-

Weg zur Einheits- und Volksfront ist und daß zwischen dem Kampf um Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und ideologischer Auseinandersetzung mit Opportunismus und Antikommunismus ein direkter Zusammenhang besteht. Die Hauptaufgabe der Arbeiterklasse und vor allem der Kommunisten sah der Kongreß darin, den Faschismus abzuwehren und zu zerschlagen sowie die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen zu verteidigen und zu erweitern. Doch die Orientierungen des VII. Kongresses gingen über diese unmittelbare Aufgabenstellung hinaus. In den Beratungen wurden die imperialistischen Wurzeln des Faschismus und des Krieges aufgedeckt und nachgewiesen, daß Faschismus und Krieg nur dann für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen sind, wenn die Macht der Monopole gebrochen und das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus verändert wird. Der VII. Kongreß ordnete die antifaschistischen, allgemeindemokratischen Aufgaben ein in die Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampf um die Erfüllung ihrer historischen Mission, den Sozialismus zu errichten. Im antiimperialistischen, allgemeindemokratischen Kampf über eine breite Einheits- und Volksfrontbewegung sah der VII. Kongreß somit zugleich eine entscheidende Bedingung, um die Massen an die historisch notwendige sozialistische Revolution heranzuführen.

Diese recht knapp umrissene Grundorientierung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale macht bereits die Aktualität der Ideen dieses historischen Welttreffens der Kommunisten deutlich. Dabei ist selbstverständlich zu berücksichtigen, daß sich das Kräfteverhältnis – nicht zuletzt auch im Ergebnis der vom VII. Weltkongreß ausgearbeiteten Generallinie – inzwischen zugunsten des Sozialismus gewandelt hat. Die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung sind dadurch insgesamt günstiger, wenn auch nicht weniger kompliziert geworden. Das Kriterium für die Richtigkeit einer politischen Generallinie ist die gesellschaftliche Praxis. Daran gemessen haben die Ideen des



Gruß dem VII. Kongreß der Komintern!

Zeichnung: I. Toidse, 25. Juli 1935

tierte er auf die Notwendigkeit, die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten herzustellen. Er machte jedoch sehr nachdrücklich darauf aufmerksam, daß der Antikommunismus rechter sozialdemokratischer Führer das Haupthindernis auf dem

VII. Kongresses ihre historische Bewährungsprobe in überzeugender Weise bestanden. Dort, wo die Orientierungen des VII. Kongresses verwirklicht werden konnten, erlitt die Reaktion empfindliche Niederlagen. Das war so in Frankreich, wo 1936 im Ergebnis der Parlamentswahlen eine Volksfrontregierung gebildet wurde, die wichtige politische und soziale Rechte für die Werktätigen durchsetzen konnte; das war auch so in Chile, wo 1938 eine Volksfrontregierung entstand, die ebenfalls zwei faschistische Umsturzversuche verhinderte und wesentliche demokratische Freiheiten für das Volk verwirklichte. Gesundheitsminister dieser Volksfrontregierung war übrigens der junge sozialistische Arzt Dr. Salvador Allende. Ähn-

beschritt, gingen nach der Zerschlagung des Faschismus durch die Sowjetarmee und ihre Verbündeten die Völker jener Länder zu Ende, welche die sozialistische Gemeinschaft bildeten, unter ihnen auch das Volk der Deutschen Demokratischen Republik.

Nach dem Sieg über den Faschismus entstanden 1945 auch in anderen Ländern, so beispielsweise in Frankreich, in Italien und in Skandinavien, Volksfrontregierungen, die allerdings in der zweiten Hälfte der 40er Jahre mit dem Übergang der imperialistischen Kräfte zur Politik des kalten Krieges gegen die Sowjetunion und das sich formierende sozialistische Weltssystem durch reaktionäre Regierungen ersetzt wurden. Die Ideen des VII. Weltkongresses, die in den sozialisti-

Osteuropa. Die weitgefaßte Bündnispolitik, die alle antiimperialistischen Kräfte einbezieht, um so viele wie irgend möglich über die Lösung des vordringlichsten demokratischen Aufgaben im Kampf gegen politische Entrechtung, Arbeitslosigkeit, Inflation und kulturellen Verfall an den Kampf um sozialistische Veränderungen heranzuführen, steht im Mittelpunkt der Politik der Kommunisten in allen noch vom Kapitalismus beherrschten Ländern. Die Herstellung und Festigung der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten hat sich dabei als die entscheidende Voraussetzung erwiesen.

Und schließlich sei abschließend auf die Aufgabenstellung des VII. Kongresses im Kampf um den Frieden verwiesen. Der Kongreß charakterisierte das Wachstum des Sozialismus in der UdSSR als entscheidende Voraussetzung für die Sicherung des Friedens. Die Komintern forderte deshalb, die Sowjetunion in ihrem Kampf um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa zu unterstützen und für eine Weltfront des Friedens zu kämpfen, die es ermögliche, die imperialistischen Kriegsbrandstifter wirksam zu zügeln. Angesichts der Europäischen Sicherheitskonferenz (KSZE, Helsinki, 1972 bis 1975; RF), auf der die Ergebnisse des Sieges der Völker über den Faschismus von allen europäischen Staaten verbindlich anerkannt und Voraussetzungen für die weitere Fortführung des Entspannungsprozesses geschaffen wurden, ist die Kontinuität kommunistischer Friedenspolitik offensichtlich. Die kommunistischen Parteien orientieren darauf, den Entspannungsprozeß unumkehrbar zu machen, ihn durch die militärische Entspannung zu ergänzen und auf alle Teile der Welt auszudehnen.

So zeigt sich an diesen Beispielen die kontinuierliche Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien, in der die Ideen des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale vom Sommer 1935 einen entscheidenden Platz einnehmen. Der Kongreß forderte von den Kommunisten, seine Orientierungen in die Massen zu tragen, sich überall an die Spitze des Kampfes der Massen zu stellen, die Reihen der kommunistischen Bewegung auf der Basis des proletarischen Internationalismus zu festigen und die Einheit von Sozialismus, internationaler Arbeiterbewegung und nationaler Befreiungsbewegung zu vertiefen. Der VII. Kongreß selbst war eine überzeugende und beispielhafte Manifestation für die Kraft des proletarischen Internationalismus, er war ein „Kongreß des vollen Triumphes der Einheit zwischen der Arbeiterklasse des Landes des siegreichen Sozialismus – der Sowjetunion – und dem um seine Befreiung kämpfenden Proletariat der kapitalistischen Welt“, wie Georgi Dimitroff in seiner Schlußansprache hervorhob. Diese Einheit, die nicht im Selbstlauf entsteht, sondern stets auf höherer Stufe neu errungen werden muß, schuf die Voraussetzungen für die Lebenskraft der Ideen des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Sie trug entscheidend dazu bei, daß sich in den vergangenen Jahrzehnten das Kräfteverhältnis zunächst zugunsten des Sozialismus wandelte, und sie wird die Welt weiter verändern helfen.



Sichtagitation der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) in Tiergarten-Süd (1975)

liche Entwicklungen gingen in den dreißiger Jahren auch in anderen Ländern vor sich. Die Volksfront in Spanien, die 1936 nach ihrem Wahlsieg die Regierung übernahm, wurde zwar trotz des heldenhaften Kampfes des spanischen Volkes und der Internationalen Brigaden von der faschistischen Übermacht der Franco-Putschisten und der deutschen und italienischen Interventionen – mit aktiver Unterstützung der sogenannten demokratischen Staaten – erwürgt, aber gerade das Beispiel der Spanischen Republik vermittelte der internationalen Arbeiterbewegung entscheidende Lehren. In Spanien entwickelte sich im antifaschistischen Kampf und in konsequenter Verwirklichung der Orientierungen des VII. Kongresses ein demokratischer Staat neuen Typs, den die Komintern als einen Staat der Volksdemokratie charakterisierte. In diesem Staat begann die vereinigte Arbeiterklasse gemeinsam mit anderen antifaschistischen Kräften die Macht auszuüben und wesentliche Voraussetzungen für den Übergang von der antifaschistisch-demokratischen zur sozialistischen Revolution zu schaffen. Gerade deshalb konzentrierte sich der Angriff der internationalen Konterrevolution auf die junge Spanische Republik, weil dort die Werktätigen begonnen hatten, wirkliche Demokratie durchzusetzen. Den Weg, den das spanische Volk Ende der dreißiger Jahre im Kampf gegen den Faschismus

schen Ländern Wirklichkeit geworden waren, konnten jedoch nicht erstickt werden, ihre Lebenskraft reicht bis in die Gegenwart. Die kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder orientieren heute ganz im Sinne des VII. Kongresses auf antiimperialistisch-demokratische Veränderungen, die geeignet sind, die Macht der Monopole zu brechen, eine fortgeschrittene Demokratie für die Werktätigen zu verwirklichen und über ein breites Bündnis aller progressiven Kräfte die Voraussetzungen für den Weg zum Sozialismus zu schaffen. Ein überzeugendes Beispiel dafür ist das gemeinsame Regierungsprogramm von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich und das Ringen der FKP um eine breite Union des französischen Volkes.

In dem Zusammenhang ist es notwendig, einen weiteren höchst aktuellen Grundzug der vom VII. Weltkongreß der KI entwickelten Ideen hervorzuheben. Die vom Kongreß erarbeitete Einheits- und Volksfrontpolitik, die Idee, alle antifaschistischen Kräfte zusammenzuschließen, wurde von den Kommunisten Ende der dreißiger Jahre zur Politik der Schaffung breiter Nationaler Fronten weiterentwickelt. Nationale Fronten waren die Basis vieler Widerstandsbewegungen im zweiten Weltkrieg und wurden nach der Befreiung vom Faschismus zur politischen Grundlage der sich entwickelnden volksdemokratischen Staaten in Mittel- und

Gespräch mit Andrej Holm über explodierende Mieten, Verdrängung als Geschäftsmodell und die Forderung nach Enteignung

„Verwertungsdynamik kennt keine Grenzen“



Trinken Sie gerne Freibier, Herr Holm?

Ab und zu trinke ich Bier, es muß aber kein Freibier sein. Mit Sicherheit stimmt beim Biertrinken, was auch fürs Wohnen gilt: Man sollte sich weigern, völlig überhöhte Preise zu bezahlen.

Maren Kern, Chefin des „Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen“, strengte diesen Vergleich jüngst mit Blick auf das Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ an: „Bei Freibier sind auch alle dafür. Aber einer muß das Freibier immer bezahlen.“ Was fällt Ihnen dazu ein?

Für mich klingt das nach hilfloser Polemik, zumal es ja nicht um Freibier, sondern um die Übernahme der Brauerei geht. Aber das Stammtischniveau dieses Vergleichs paßt ins Bild: In den Reaktionen aus der Immobilienwirtschaft auf die Enteignungsforderung werden bisher relativ wenige Sachargumente angeführt. Statt dessen gibt es diskreditierende historische Vergleiche, nach dem Motto: „Da kommt die DDR 2.0“. Die Immobilienwirtschaft scheint das Aufbegehren der Mieterinnen und Mieter über Jahre ignoriert zu haben und wirkt jetzt angesichts der Radikalität der Forderungen nicht gut vorbereitet.

Sie beschäftigen sich seit den 90er Jahren wissenschaftlich mit Stadtpolitik. Konnte man die aktuellen Zuspitzungen damals absehen?

Sowohl die wissenschaftliche Begleitung als auch die politische Mobilisierung orientieren sich ja immer an den aktuellen Konfliktlagen. Es ist nicht so, als hätte es etwa in den 2000er Jahren keine wohnungspolitischen Auseinandersetzungen in Berlin gegeben. Damals haben wir vor allem in Ostberliner Innenstadtbezirken über Gentrifizierung und Verdrängung durch Modernisierungen diskutiert. Die meisten waren überzeugt, daß es sich dabei um stadtteilspezifische Prozesse handelt – heute sprechen wir von einer stadtweiten Wohnungskrise. Als der Senat aus SPD und PDS massenweise Quartiere privatisierte, kritisierten das damals nur wenige Aktive aus Gewerkschaften und Mieterorganisationen. Daß Berliner Mietwohnungen irgendwann an der Börse gehandelt werden könnten, ahnten nur wenige. Offenbar glaubt man immer wieder, gegenwärtig die Spitze der Entwicklung erreicht

zu haben – noch höher könnten Mieten nicht steigen, noch schlimmer könne es nicht werden. Im Rückblick zeigt sich aber: Die Verwertungsdynamik in wachsenden Städten wie Berlin kennt keine Grenzen. Vor fünf Jahren schauderte man, wenn man von Mietverträgen hörte, in denen 15 oder 20 Euro pro Quadratmeter verlangt wurden. Heutzutage tauchen Anzeigen auf, wo Mikroappartements für 40 Euro pro Quadratmeter inseriert werden. Hätte ich das vor zehn Jahren prognostiziert, wäre ich vermutlich in eine Betreuungseinrichtung überwiesen worden.

Das ist aber nur die eine Seite der Medaille.

Das sind die Spitzen der Entwicklung. Da sind wir weit weg von dem, was es an sozialem Versorgungsbedarf gibt. In Berlin gibt es eine relativ stabile Zahl von armen Haushalten, die so zwischen 750 000 und 800 000 liegt. Unter dem Strich können diese nicht mehr als 4,50 oder fünf Euro pro Quadratmeter zahlen. Eine soziale Wohnungspolitik müßte darauf ausgerichtet sein, solche Mieten dauerhaft zu schützen. Das wiederum hätte man auch schon vor zehn Jahren sagen können: Wir brauchen einen Grundbestand an günstigem Wohnraum, gerade in einer armen Stadt wie Berlin. Hier geht es um einen Bereich, den kein Markt regelt und der daher in öffentlicher Verantwortung organisiert werden muß. Da haben wir es mit einem Widerspruch zwischen sozialem Versorgungsbedarf und privaten Geschäftsinteressen zu tun.

Wie sieht die Situation gegenwärtig aus? Gibt es aktuelle Zahlen zur Entwicklung von Mietpreisen?

In den vergangenen zehn Jahren sind die Bestandsmieten in Berlin um weit über 30 Prozent gestiegen. Das sehen wir selbst da, wo es langfristige Mietverträge gibt und wo die hochgelobte deutsche Mietgesetzgebung greifen müßte. Durch die Anpassung an ortsübliche Vergleichsmieten oder die Umlage von Modernisierungskosten sind auch bei laufenden Verträgen die Mieten deutlich stärker gestiegen als die Einkommen. Daneben beobachten wir eine extreme Vergrößerung des Abstands zwischen Bestands- und Angebotsmieten. Wenn wir auf Zahlen von 2008/09 zurückschauen, lagen die Preise bei Neuvermietungen damals im Schnitt vielleicht einen Euro über den Bestandsmieten. Heute liegt der durchschnittliche Neuvermietungsauflage bei etwa fünf Euro. Wer jetzt die Wohnung wechselt oder neu in die Stadt kommt, hat sehr schlechte Startbedingungen.

Aus der Perspektive der Immobilienbranche wiederum stellt sich dieser Abstand zwischen Bestands- und Neuvermietungs mieten als „Ertragslücke“ dar. Mit dem schlichten Austausch eines Mietverhältnisses kann, ohne jede zusätzliche Investition, der Ertrag verdoppelt werden. Damit wird Verdrängung

zum Geschäftsmodell. Nicht nur in innerstädtischen Lagen ist zu sehen, wie Vermieter alles daran setzen, Menschen zum Auszug zu bewegen, um neu vermieten zu können. Diese Entwicklung ist der Grund dafür, warum sich so viele kleine Nachbarschaftsinitiativen gebildet haben.

Wird diese Entwicklung immer so weitergehen?

Ein Ende ist nicht abzusehen. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich die Preise für bebauten Grundstücke in Berlin fast verdreifacht. Bebauten Grundstücke sind in der Regel solche mit bewohnten Mietshäusern. Die gestiegenen Kaufpreise müssen am Ende aus der Bewirtschaftung der Gebäude refinanziert werden. Mit hohen Preisen steigt also vor allem die Erwartung, hohe Erträge zu erzielen. Das alles hat einen Flächenbrand von Verdrängungskonflikten in Berlin ausgelöst. Mittlerweile gibt es Haushalte, die zu arm sind, um verdrängt zu werden, weil sie sich auch die Mieten in den schnell teurer werdenden Randbezirken der Stadt schlicht nicht mehr leisten können.

An diesem Wochenende (6./7. April) werden Tausende Menschen gegen steigende Mieten und Wohnungsnot demonstrieren. In mehreren bundesdeutschen Städten finden Aktionen statt, ebenso wie in anderen europäischen Metropolen. Bereits im letzten Jahr protestierten nach Veranstalterangaben rund 25 000 Menschen in Berlin. Wie nehmen Sie den wachsenden Widerstand wahr?

Es gibt ein kontinuierliches Anwachsen von stadtpolitischen Aktivitäten. Die Besonderheit in Berlin besteht darin, daß sich diese zu einer Zeit entwickelten, als es keinen parlamentarischen Ansprechpartner für die Bewegung gab. Wir reden von Mitte der 2000er, als der „rotrote“ Senat landeseigene Wohnungen privatisierte. Damals – heute ist es glücklicherweise anders – gehörte es noch zum Selbstverständnis der großen Mieterorganisationen, sich hauptsächlich um Rechtsberatung zu kümmern. Allerdings findet Verdrängung häufig auf legalen Wegen statt, kann also mit juristischen Mitteln nicht immer abgewendet werden. Dadurch waren Mietergruppen auf sich selbst zurückgeworfen und mußten ein hohes Maß an Selbstorganisation an den Tag legen, was bis heute nachwirkt. Das unterscheidet die Berliner Protestbewegung von der in anderen Städten. Und es hat dazu geführt, daß wir heute ganz grundsätzlich die Frage diskutieren, ob wir Wohnen gemeinsam in öffentlicher Verantwortung organisieren oder dem Markt überlassen wollen.

Parallel zur Berliner Demonstration beginnt das Unterschriftensammeln für das Enteignungsvolksbegehren. Es gibt Kritik von verschiedenen Seiten, welche die Erfolgsaussichten bezweifeln. Wie sehen Sie die Initiative?

Es gibt bei der Suche nach den richtigen Konzepten, wie gutes Wohnen für alle gesichert werden kann, keine Patentlösung. Da sind zum Beispiel sogenannte Milieuschutzgebiete, von denen man sagen kann, daß mit ihnen die Situation verbessert wird – aber eben nicht für diejenigen, die außerhalb dieser Bereiche wohnen; von den rechtlichen Lücken ganz zu schweigen. Ähnlich verhält es sich beim sogenannten Mietendeckel, dessen Einführung in Berlin derzeit alle drei Koalitionspartner unterstützen. Auch dies mag die Lage für einige entspannen. Wird diese Grenze aber beispielsweise bei 6,50 Euro pro Quadratmeter angesetzt, ist die für die Haushalte, die bislang 4,50 Euro zahlen, immer noch zu hoch. Ein weiteres Beispiel ist der Neubau, bei dem es um die Quote von Sozialwohnungen geht. Eine prima Sache – aber eben nur für diejenigen, die dort ein Quartier ergattern können. Es gibt keinen wohnungspolitischen Joker, der alle Problem auf einmal löst. Grundsätzlich bin ich deshalb immer mißtrauisch, wenn einzelne Instrumente wegen ihrer begrenzten Wirkung kritisiert werden.

Dadurch läßt sich die Debatte lähmen.

Genau. Wir haben es mit einem typischen Abwehrdiskurs zu tun, der in der Regel zuerst von der Immobilienwirtschaft geführt wird. Aus Sicht der Mieter ist die Sache klar: Es soll möglichst alles versucht werden. Je mehr Mieterschutz, je mehr öffentlich und gemeinnützig verwaltete Wohnungen und je mehr günstiger und dauerhaft gebundener Neubau, desto besser. Das gilt auch für die Sozialisierung, die mit der Enteignung von Konzernen verbunden ist. Dabei geht es ja nicht um eine Bestrafung von Immobilienunternehmen, denen man ihre Spielzeuge wegnimmt. So, wie ich die Initiative verstanden habe, geht es darum, einen relevanten Sektor zu gesellschaftlichen, weil dieser in privatwirtschaftlicher Organisation die soziale Aufgabe der Versorgung mit günstigem Wohnraum nicht erfüllt. Das ist eine richtige Forderung unter vielen. In den letzten Jahren war vor allem die Lösung „Bauen, bauen, bauen“ zu hören. Damit hat man sich viel zu sehr auf die Logik des Marktmodells eingelassen. Viele scheinen zu glauben, daß Mieten sinken, nur weil mehr Quartiere entstehen. Das stimmt aber höchstens für die Spitzensegmente. Es ist völlig ausgeschlossen, so viel bauen zu können, daß es in der Stadt wieder mehr Wohnungen für 4,50 Euro den Quadratmeter gibt.

Die „Deutsche Wohnen“ als größter privater Vermieter in der Hauptstadt behauptet, gar kein Preistreiber zu sein.

Der Konzern gibt regelmäßig bekannt, mit seinen Mieten im Schnitt nur knapp über dem Berliner Durchschnitt zu liegen. Wir müssen zunächst schauen, woher deren Bestände kommen. Es waren insbesondere die Privatisierungen, die das Entstehen solch großer Player überhaupt erst ermöglichten. In Berlin war das beispielsweise die GSW mit rund 64 000 Wohnungen, die SPD und PDS verkauften. Die „Deutsche Wohnen“ und die meisten anderen größeren Immobilienunternehmen verwalten vor allem ehemals öffentlich geförderte Bestände. Dort wohnen überwiegend

immer noch die Leute, für welche die Häuser einst errichtet worden waren. Wir reden da in der Regel nicht von luxuriös sanierten Altbauten im Prenzlauer Berg, sondern von Siedlungsbauten aus den 50er bis 70er Jahren. Wenn die Preise für diese Wohnungen – die eigentlich die günstigsten in der Stadt sein sollten – knapp über dem Berliner Durchschnitt liegen, läuft etwas schief.

In der Argumentation von der Unternehmenseite klingt teilweise heraus, man handle quasi in Notwehr: Angesichts der Nullzinspolitik müsse man in Immobilien investieren, um irgendwie noch eine „vernünftige“ Rendite erzielen zu können. Weckt das Ihr Mitleid?

Überhaupt nicht. Die Dynamik der Finanzkrise 2008/09 zeigt, daß es zwei Modi zur Lösung der Probleme gibt. Die eine Strategie besteht darin, daß der Staat mit Hilfe riesiger Rettungspakete einspringt und die Profitmargen privater Konzerne sichert. Die andere führte zu Investitionen in privatisierte Bereiche, die bisher soziale Aufgaben erfüllten. Damit waren Konflikte programmiert: Die Versorgung mit günstigem Wohnraum darf nicht davon abhängen, ob irgendwelche Börsenwerte gerade hoch- oder runtergehen. Die Privatisierungen liefen dabei immer nach demselben Muster ab: Bereiche, die zuvor öffentlich organisiert waren und soziale Infrastruktur bereitstellten, wurden ökonomisiert. So sieht es aus, als sei der Staat überflüssig ...

... was im Interesse der Profiteure dieser Entwicklung liegt.

Ja. Marxistisch gesprochen haben wir es mit einer fortgesetzten ursprünglichen Akkumulation zu tun: Bereiche, die noch nicht der Marktlogik unterworfen waren, werden für private Akteure geöffnet. Es ist skandalös, wenn Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Infrastruktur mit ihrem Geld ein gescheitertes Finanzmarktmodell am Leben erhalten sollen.

Beim von Ihnen angesprochenen Gedanken ging es Marx darum zu zeigen, wie im kapitalistischen System wiederholt und gewalttätig agiert werden muß, um Profit dauerhaft erwirtschaften zu können. Sehen wir diese Gewalt in den heutigen Verhältnissen?

Die sehen wir in vielen Bereichen. Etwa in den „kleinen“ Rechtsübertretungen, wenn es darum geht, Mieter aus ihren Wohnungen zu ekeln. Oder beim Psychoterror, wenn über Monate hinweg Bauarbeiten vorgetäuscht werden, um Bewohner zum Auszug zu bewegen. Und auch bei Zwangsräumungen, die mit direkter physischer Gewalt einhergehen.

Städte in kapitalistischen Zentren sind heute nicht nur durch steigende Mieten charakterisiert. Dazu kommen auch die Anwendungen digitaler Technologien, Stichwort „Smart City“, oder repressive „Sicherheitspolitik“, Stichwort Überwachung. Wenn es um Verwertungsinteressen geht, greifen mehrere Entwicklungen ineinander.

Ja. Es gibt Dutzende Beispiele für die Unterwerfung der Stadtentwicklung unter die Profitlogik. Wie auch beim Wohnungsmarkt ist

zu sehen, daß diejenigen, die nicht mithalten können, den kürzeren ziehen. Mit solchen Zuspitzungen wächst aber auch der Protest. In den Diskussionen hier wird ja gerne sehnsuchtsvoll in andere Städte geschaut, etwa nach Wien als Positivbeispiel für soziale Wohnungspolitik. Wenn ich mich aber außerhalb von Berlin mit Leuten unterhalte, merke ich, wie sehr die wiederum neidisch auf die hiesigen stadtpolitischen Debatten blicken. Etwa darauf, daß Nachbarschaftsinitiativen in Kreuzberg 2018 erfolgreich einen Google-Campus verhindern konnten. Oder auf das Enteignungsvolksbegehren.

Der Berliner Senat hat die Hälfte seiner Amtszeit hinter sich. Kritik gibt es nicht nur von rechts, sondern auch von linken Gruppen, die einige Hoffnungen in die Koalition gesetzt hatten. Sind Sie froh darüber, persönlich nicht mehr als Staatssekretär für Wohnen, der Sie ja kurzzeitig waren, in der Schußlinie zu stehen?

Es zeigt sich letztlich nur, was schon vorher alle wissen konnten: Politik ändert sich nicht allein dadurch, daß die Regierungskonstellation wechselt. Im besten Fall kann das den Raum an Möglichkeiten erweitern, beispielsweise für Initiativen. Das hat meiner Meinung nach in einigen Bereichen geklappt, in anderen nicht. So gibt es in Berlin immer noch Zwangsräumungen, auch veranlaßt von den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Zudem wird die Unterbringung von anerkannten Geflüchteten in den öffentlichen Wohnungsbeständen erschwert. Weil der Aufenthaltsstatus regelmäßig überprüft wird, können selbst Geflüchtete mit mehrfach verlängerten Aufenthaltstiteln keine Dokumente mit einer Restlaufzeit von mindestens zwölf Monaten vorweisen, weswegen ihnen die Ausstellung eines Wohnberechtigungscheins verweigert wird. Es gibt also einige Paradoxien, die sich nicht allein durch eine „rot-rot-grüne“ Landesregierung aufgelöst haben. Die Linke in Berlin hat vor nicht allzu langer Zeit plakatiert: „Die Stadt gehört euch.“ Für das gemeinsame Gestalten von Stadtpolitik gibt es noch nicht allzu viele Beispiele aus der Praxis. Es bleibt dabei: Die entscheidenden Impulse kommen von außen, siehe Enteignungsvolksbegehren. Auf das gutmütige Abarbeiten von Koalitionsvereinbarungen sollte man nur begrenzte Hoffnung setzen.

Es war nicht überraschend, daß bürgerliche Kommentatoren beim Thema Enteignung die „DDR-Keule“ aus der Schublade holten. Auch Sie versuchte man damit persönlich zu diskreditieren, weil Sie in jungen Jahren für wenige Monate beim Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben. Wie lange, meinen Sie, wird man in der BRD noch auf dieses „Argument“ zurückgreifen?

Der tiefstehende Antikommunismus ist ein Kontinuum in der westdeutschen Politik. Das betrifft Konservative, geht aber auch weit ins sozialdemokratische und liberale Spektrum hinein. Darauf kann man sich häufig einigen. Vergleiche mit der DDR sind in der Hinsicht austauschbar. Es gibt offenkundig eine große Angst vor einer Gesellschaft, die nicht marktwirtschaftlich organisiert ist. Der Umstand, daß der Artikel 15 zur Enteignung gegen

Entschädigung seit 70 Jahren im Grundgesetz steht, aber noch nie Anwendung gefunden hat, sagt eigentlich schon alles. Die Frage ist, ob ein solches antikommunistisches Ressentiment als Argument noch immer wirkt und wer das ernst nimmt. Ich habe jedenfalls noch keine Mieterin der „Deutsche Wohnen“ getroffen, die die Enteignungsinitiative deswegen ablehnt, weil sie befürchtet, künftig in Stacheldraht eingezäunt zu werden.

Das Gespräch führte Jan Greve für die „junge Welt“ (6./7. April 2019)

Andrej Holm ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Humboldt-Universität zu Berlin. Am dortigen Institut für Sozialwissenschaften forscht er zu Wohnungspolitik, Gentrifizierung und Verdrängung. Er ist seit vielen Jahren in stadtpolitischen Bewegungen aktiv.

Zwischen September 2016 und Januar 2017 war er kurzzeitig Staatssekretär für Wohnen, berufen von der Berliner Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher (Die Linke). Nach teils hetzerischen Debatten über seinen fünfmonatigen Dienst beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR Ende 1989, den er als 18jähriger angetreten hatte, erklärte er am 16. Januar 2017 seinen Rücktritt.

Zum Berliner Volksbegehren „Deutsche Wohnen und Co. enteignen!“ Bloß eine Luftnummer?

Die Kampagne zielt auf die richtigen Gegner: Immobilien-AGs wie Deutsche Wohnen (DW) oder Vonovia, die in den vergangenen 15 Jahren vor allem durch den Aufkauf öffentlicher Wohnungsbestände entstanden sind. Besonders hervorgehoben werden muß die perfekte Öffentlichkeits- und Medienarbeit der Kampagne „DW und Co. enteignen!“ Hier sind Profis unterwegs, die binnen kurzer Zeit europaweite Öffentlichkeit und vor allem positive Resonanz bei einem Großteil der Bevölkerung erreichen konnten. Eine gesellschaftliche Grundsatzdebatte weit über das übliche Milieu der mietenpolitischen Bewegung hinaus wurde entfacht. Das ist gut so, weil Wohnen derzeit zur existentiellen Frage für immer größere Teile der Arbeiterklasse geworden ist, die sich künftig weiter zuspitzen dürfte. Erst einmal spricht nichts gegen die Unterschrift für den Volksentscheid. Wer aber erwartet, daß die Immobilien-AGs vergesellschaftet und die Mieten sinken würden, sitzt Illusionen auf.

Das Volksbegehren läuft unter falschem Namen. Was hier unter „Enteignung“ gefordert wird, soll, und das geht nach dem Grundgesetz (GG) auch gar nicht anders, gegen Entschädigung laufen. Ein Immobiliengeschäft also, und kein besonders gutes für die Berliner Mieter, sondern eine Steuergeldumverteilung von unten nach oben, in die Kassen jener Heuschrecken, welche die Wohnungen zum Spottpreis kauften und die bis heute maßlos an immer höheren Mieten, energetischen Sanierungen, Verkäufen oder spekulativem Leerstand verdienen.

Problematisch erscheint auch die Höhe der Entschädigung. Die Vertreter der Kampagne nennen eine Summe bis zu 13,7 Milliarden Euro für die rund 250 000 Wohnungen. Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Die Linke), geht von bis zu 36 Milliarden Euro aus. Es sind dies „kampagnenfreundliche“ Zahlen, und schon jetzt ist absehbar, daß bei ihrem Erfolg die tatsächliche Entschädigungssumme wohl nach einem jahrelangen Rechtsstreit durch ein bürgerliches Gericht festgesetzt werden müßte. Die Staranwälte von Deutsche Wohnen und anderen würden ein Maximum herausholen und die „Enteignung“ zu einem sagenhaften Geschäft für die Konzerne umbiegen. Der Kurs der Deutsche-Wohnen-Aktie jedenfalls zeigt seit 2018

Höhenflüge. Mitte März 2019 stand er so hoch wie nie.

„DW und Co. enteignen!“ beruft sich auf Artikel 15 GG, in dem Enteignungen per „Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt“, für möglich erklärt werden. Die Berliner Koalition aus SPD, Grünen und Die Linke müßte also im Konsens ein entsprechendes Gesetz verabschieden. Auch wenn die Kampagnensprecher damit rechnen¹, scheint das meilenweit von der Realität entfernt, wie zuletzt die SPD-internen Reaktionen auf die Sozialismus-Lippenbekenntnisse Kevin Kühnerts zeigten. Und dann ist da wieder die bürgerliche Justiz, die ein solches Gesetz prüfen müßte. Denn es gilt auch Artikel 14 GG, wo es in Absatz 3 heißt: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“

Klar, daß nicht nur die Festlegung der Entschädigungssumme ein jahrelanges juristisches Tauziehen bedeuten würde – mindestens ebenso schwierig dürfte der Nachweis eines Verstoßes gegen das Allgemeinwohl werden. Denn Deutsche Wohnen, Vonovia und andere machen, was Grundlage kapitalistischen Geschäftsgebarens und somit legal ist: aus der Ware Wohnung Profit zu ziehen. Außerdem liegen die Mietpreise in Berlin bei Vonovia und Deutsche Wohnen bei rund 6,46 Euro pro Quadratmeter. Zum Vergleich: Beim derzeit vom Land Berlin geförderten Wohnungsbau (sogenannte Sozialwohnungen) liegt die Einstiegsrente bei 6,50 Euro. Vom Gesamtbestand der Deutsche Wohnen liegen 58,2 Prozent der Wohnungen unterhalb dieser 6,50 Euro und knapp 42 Prozent unter 6,00 Euro (DW-Geschäftsbericht 2017). Und die angekündigten Mietsteigerungen um jeden Preis verstoßen sicherlich gegen das Mieterwohl, doch auch hier sei darauf verwiesen, daß alle landeseigenen Wohnungsgesellschaften ebenfalls jedes Jahr die Durchschnittsmieten erhöhen. Und das nicht zu knapp: von 2012 bis 2017 um wenigstens 10,7 Prozent (Howoge); die Gesobau führt

hier mit 18,2 Prozent.² Vor diesem Hintergrund erscheint eine juristische Abseignung der „Enteignung“ geradezu absurd.

Die Einwohnerzahl Berlin wächst jährlich um rund 40 000. Es gibt mehr Obdachlose als jemals zuvor. Die Sozialsenatorin plant für sie Zeltplätze, Medien bewerben Miniboxen aus Holz für Menschen ohne Bleibe, Opfer von Zwangsräumungen müssen in Container. Die Kampagne hat dennoch für den Wohnungsneubau nicht viel übrig, weil dieser für einen Anstieg der Mieten Sorge. Was sicherlich für derzeit praktizierte Neubauvorstellungen der Immobilienlobby, also auch für jene von CDU/FDP/AfD gilt, könnte durch den kommunalen Wohnungsbau mit politisch gedeckelten Mieten umgekehrt werden – kein Wort dazu von den Kampagnenmachern! Neubau ist für sie gleich Neubau, und wer so etwas fordert, steht im Lager der Immobilienhaie. Tatsächlich aber wirkt gerade diese Argumentation als Türöffner für die Immobilienlobby, die scheinbar schlüssig mit dem Wohnraumangel argumentieren kann.

Innerhalb der Mieterbewegung wird häufig gemutmaßt, Ziel der „Enteignen“-Kampagne sei nicht so sehr die tatsächliche Enteignung der privaten Wohnungsunternehmen, sondern vielmehr solle Bewegung in die Politik kommen. Die Diskussion führender Politiker um „Enteignen“ und deren Einsicht, die Lage der Mieter in Ballungsgebieten entschärfen zu müssen, zeige bereits den eigentlichen Erfolg der Kampagne. Tatsächlich? Erst im April wurde der Exmanager von Vonovia, Ulrich Schiller, zum Geschäftsführer der Howoge ernannt. Waren dem Senat deren Mieten und Mietsteigerungen zu moderat? Die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Berlins existieren in der Rechtsform der GmbH oder als Aktiengesellschaft wie jedes andere profitorientierte Unternehmen. Dabei hat der Senat mit dem öffentlichen Wohnungsbestand das beste Mittel, das Mietenniveau zu dämpfen. Es gibt aber keine Mietsenkungen. Trotzdem nimmt die Kampagne die Senatspolitik komplett aus der Schußlinie und schildert die „Enteignung“ als letztmögliches Mittel.

Und so bleiben den Mietern von Deutsche Wohnen und Co. nur die Mittel, die auch allen anderen zur Verfügung stehen: sich Organisationen mit Rechtsschutz zu suchen und die politische Organisierung, wie das die

DW-Mieter schon seit Jahren, neuerdings auch die Vonovia-Mieter, lokal und berlinweit sehr erfolgreich tun. Luftnummerkampagnen von links, die letztlich nur enttäuscht werden können, bergen die Gefahr, daß weite Teile der Mieter resignieren, sich endgültig entpolitisieren oder schlimmstenfalls in die Arme vermeintlicher „Problemlöser“ à la AfD getrieben werden. Die Verteilung öffentlicher Mittel aus den Händen der Arbeitenden in die Taschen der Monopolisten würde mit der Umsetzung des Volksbegehrens fortgeführt, ebenso wie z. B. durch die Ausübung des Vorkaufsrechts für Mietshäuser, hier vor allem auf Bezirksebene. Daß Immobilien zu Phantasiepreisen gehandelt werden, daß Bezirke ohne mit der Wimper zu zucken immer gigantischere Summen für zweifelhafte Immobilien hinblättern, ist überhaupt nur möglich durch den Mangel an Wohnraum.

Um diesen zu beheben, dürfen die Milliarden öffentlicher Gelder nicht als „Entschädigung“ in die Kassen der Immobilien-AGs und ihrer Aktionäre wandern. Vielmehr müssen mit den staatlichen Finanzmitteln binnen weniger Jahre kommunale Neubauwohnungen in großem Stil errichtet werden, die unverzüglich und für etliche Jahrzehnte nutzbar wären. Nur ein solcher Bruch mit der neoliberalen Praxis könnte eine antimonopolistische Wende im Bereich der Wohnungspolitik einleiten und ließe die Spekulanten der Immobilien-AGs ins Leere laufen. Die Möglichkeit eines gewaltigen kommunalen Wohnungsneubaus³ nach österreichischem Vorbild wäre der große Wurf, für den es gesellschaftliche Mehrheiten zu mobilisieren gilt.

Christian Sprenger

(Aus „junge Welt“, 15./16. Juni 2019)

Anmerkungen

- 1 Michael Prütz von der Aktivengruppe von „DW und Co. enteignen!“: „Wir erwarten allerdings, daß sich die Senatsparteien eindeutig auf unsere Seite schlagen.“ „MieterEcho“ 397, Zeitung der Berliner Mietergemeinschaft, September 2018, S. 18
- 2 „MieterEcho“ 402, Mai 2019, S. 19
- 3 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Memorandum 2018. Preis der „Schwarzen Null“: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, S. 128 ff. In Berlin vertritt die Initiative Neuer Kommunalen Wohnungsbau (INKW) seit Jahren ähnliche Zielvorstellungen.

BUCH-TIPS

► Egon Krenz: Wir und die Russen Die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau im Herbst 89

Lange bevor Gorbatschow von den Zuspätkommenden sprach, die das Leben strafen würde, zeigten sich Risse zwischen der sowjetischen und der DDR-Führung. Was lief angesichts der 89er Ereignisse hinter den Kulissen zwischen Berlin, Bonn und Moskau? Die DDR war zwar ein souveräner Staat, hier standen aber eine halbe Million Sowjetsoldaten. Sie griffen nicht ein. Warum? Die DDR-Führung hatte sie gebeten: Bleibt in den Kasernen! Erstmals berichtet das damalige DDR-Staatsoberhaupt, Egon Krenz, über die Absprachen mit Moskau. Zum 30. Jahrestag des Ereignisses rekonstruiert Krenz die vielfältigen Vorgänge, die damals zwischen den politischen Akteuren abliefen, korrigiert Legenden und belegt mit Fakten, wie es dazu kam, daß aus dem kalten Krieg am Ende nicht noch ein heißer wurde. – Die nun dreißig Jahre zurückliegende Grenzöffnung, die Egon Krenz mit verantwortete, hatte eine lange Vorgeschichte. Zu der gehört das spannungsreiche Verhältnis zwischen Erich Honecker und Michail Gorbatschow. Krenz, Zeuge von Begegnungen und Gesprächen dieser beiden Politiker, berichtet von Vorgängen und Ereignissen, die noch nie publiziert wurden und von denen es nur seine persönlichen Aufzeichnungen gibt.

edition ost, Berlin 2019, 304 S., 16,99 €

► Jörg Kronauer: Der Rivale Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die Gegenwehr des Westens

China ist seit dem Zerfall der Sowjetunion das erste Land, welches das Potential hat, mit den westlichen Hegemonialmächten ökonomisch und politisch gleichzuziehen, ihre Dominanz also auf allen Ebenen zu brechen. Damit macht man sich bei den Herren der Welt, die ihre Entthronung befürchten müssen, keine Freunde. Mit allen Mitteln versuchen sie daher, ihre wankende Macht zu wahren. Dieses Buch zeichnet die Konflikte nach, die aus Chinas Aufstieg zur Weltmacht und den

Reaktionen der westlichen Mächte darauf entstanden sind und weiter entstehen – vom Aufbau neuer Bündnissysteme in Ost- und Südostasien, über die Konflikte im Südchinesischen Meer, die Kämpfe um Einfluß in Afrika und den Staaten entlang der Neuen Seidenstraße bis zum antichinesischen Wirtschaftskrieg der USA und den Versuchen des Westens, die technologische Entwicklung der Volksrepublik zu torpedieren. Kronauer verhehlt nicht seine Sympathie für die aufstrebende Wirtschaftsmacht, beschönigt aber nicht die geopolitischen Motive, verleugnet nicht Mißstände und Widersprüche – oder er läßt die Beurteilung offen, wenn die Datenlage unzureichend ist. Konkret-Literatur-Verlag, Hamburg 2019. 296 S., 26 €

► David Goeßmann: Von links bis heute – Sarah Wagenknecht

In ihren ökonomischen Analysen ist sie eine der Klarsten und Sachkundigsten im Land. Mit ihrer Neugier ist sie als eine der wenigen fähig, das Feingewebe der Wirtschaft mit progressiven Ideen zu verbinden. Von ihren Gegnern wird immer wieder ihre umfassende Detailkenntnis gelobt. Sahara Wagenknecht, seit Oktober 2015 Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag, fasziniert und polarisiert wie kaum ein anderer in unserer derzeitigen politischen Landschaft. Dieses Buch zeigt, wie die promovierte Volkswirtin, Publizistin und Politikerin zu dem wurde, was sie heute ist. Es schildert ihre bei Goethe, Hegel und Marx beginnenden Einflüsse und den langen Weg der Autodidaktin über die Systeme hinweg. Sahara Wagenknecht, die Ostdeutsche, hat die Politik der Bundesrepublik beeinflußt wie nur wenige Frauen vor ihr. Ihre wechselhaften Rollen in der PDS, in der Partei Die Linke, der Linksfraktion sowie in der Bewegung „Aufstehen!“ kommen in diesem Buch genauso zur Sprache wie Partei- und Wahlprogramme, an denen sie entscheidend mitgearbeitet hat.

Der Autor thematisiert nicht nur die herausragenden Leistungen und Fähigkeiten dieser singulären Politikerin, sondern analysiert auch die problematischen Seiten ihres Politik- und Wirtschaftsverständnisses.

Das Neue Berlin, Berlin 2019, 128 S., 12 €

► Dirk Krüger: Gegen das Vergessen Fünf Wuppertaler Arbeiterschiftsteller und Widerstandskämpfer gegen die Nazi- Diktatur stellen sich vor

Werner Möller, Emil Ginkel, Peter Kast, Werner Eggerath, Walter Gorrish – eine Dokumentation ihres Lebens im 20. Jahrhundert der Kriege und Revolutionen, ihrer Literatur, ihres Kampfes in der Arbeiterbewegung und gegen den Faschismus, ihrer Leistungen beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands nach 1945.

Die Dokumentation zu Leben und Werk der fünf Wuppertaler Widerstandskämpfer und Arbeiterschiftsteller, die für die eigenständige Herausbildung und Entwicklung der deutschen Arbeiterliteratur überregionale Bedeutung erlangt haben, versteht sich als ein Beitrag gegen das Vergessen historischer Ereignisse und Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts und als längst fällige Ergänzung zu den bedeutenden Arbeiten, die in Wuppertal von der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft und der Armin-T.-Wegner-Gesellschaft geleistet wurden.

„Doch ist zerronnen mancher Traum
Trotz alledem, der Freiheitsbaum
Wird dennoch Früchte tragen!“

Das schrieb Werner Möller 1919. Möller ist einer der fünf Arbeiter-Schriftsteller, die in diesem Buch vorgestellt und nahegebracht werden. Allen fünf ist gemeinsam, daß sie sich früh politisch engagiert haben – als Sozialisten und als Kommunisten. Gemeinsam ist ihnen auch, daß alle aus Arbeiterfamilien stammten, ihre Handwerksberufe erlernten und eine große Liebe zum Wort entwickelten. NordPark-Verlag, Wuppertal 2018, 408 S.,

Antifaschistische Kaufleute – die Bremer Familie Hollmann

Am 29. März 1943 wurden Leo Drabent, seine Frau Marianne, Hans Neumann sowie vier andere Mitglieder der Bremer Widerstandsgruppe „Drabent“ festgenommen. Drabent, 1899 geboren, war in Bremen vor 1933 als Redner der KPD gegen die NSDAP aufgetreten. Nach der Machtübergabe an den deutschen Faschismus wurde er verhaftet und gefoltert. 1934 freigekommen, war er 1936 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seit seiner Entlassung 1939 organisierte er gemeinsam mit Neumann (geboren 1908) ein Widerstandsnetz in Bremen. Sie standen auch in Verbindung mit der Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe in Hamburg. Die Gestapo verhaftete 1943 in Bremen insgesamt 15 Personen. Drabent und Neumann wurden am 13. Oktober 1944 vom 2. Senat des Volksgerichtshofes zum Tode verurteilt und fünf Wochen später nacheinander frühmorgens um 6 Uhr im Zuchthaus Brandenburg ermordet.

Der „Fall Hollmann“ ist ein wichtiges Glied der Geschichte des Bremer antifaschistischen Widerstandes. Bei der Familie Hollmann liefen verschiedene Fäden zusammen. Heinrich Hollmann (1898–1965) hatte sich zusammen mit seiner Ehefrau Eleonore vom kaufmännischen Angestellten zum Wein- und Spirituosen Großhändler in Bremen emporgearbeitet. Im Jahr 1942 verfügte er über ein Einkommen von 28 000 Reichsmark, etwa das Zehnfache eines Arbeiterjahreseinkommens. Neben seinem Geschäft besaß er umfangreichen Haus- und Grundbesitz sowie eine Schnapsbrennerei.

Obwohl sie zum Bürgertum zählten, bekannten sich die Hollmanns zum Kommunismus. Spätestens seit 1929 gehörten beide der KPD und der Roten Hilfe an. Heinrich und Eleonore Hollmann waren damit unter den Bremer Kaufleuten keine völlige Ausnahme. Unter ihnen gab es einige, die sich mit dem kommunistischen Teil der Arbeiterschaft verbunden fühlten. Die Hollmanns, die besonders mit der Gruppe um Drabent und Neumann auf der AG Weser-Werft zusammenarbeiteten, unterstützten bei Inhaftierungen immer wieder finanziell die Ehefrauen und Familienangehörigen.

Eine wichtige Rolle für ihre Haltung spielte offenbar eine familiäre Bindung Eleonores: Ihre Schwester Cläre Preißner (geboren 1900) war politisch noch stärker engagiert als sie. Cläre war während der Kämpfe um die Bremer Räterepublik bereits 1919 in die KPD eingetreten. Sie war mit dem Kunstschlosser und Schriftsteller Peter Kast (geboren 1894 als Carl Preißner) verheiratet, ebenfalls KPD-Mitglied und in der Novemberrevolution Delegierter des Emdener Arbeiter- und Soldatenrates. 1922 gebar sie den gemeinsamen Sohn Uschka, ließ sich aber in den frühen Jahren der Weimarer Republik von ihrem Mann scheiden. 1932 wurde Kast als verantwortlicher Redakteur der „Roten Fahne“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und in Berlin-Spandau inhaftiert. Von 1937 bis 1939 kämpfte er in Spanien gegen den Franco-Faschismus. Er war für die XI. Internationale „Thälmann“-Brigade in der Basis in Albacete und im Kommissariat in Madrid aktiv, leitete die historische Kommission und war als Presseoffizier tätig. Nach dem Ende des Spanischen Krieges floh Kast nach Frankreich und wurde dort zusammen mit seinem Freund, dem Dichter Erich Weinert, und dem Schriftsteller Lion Feuchtwanger interniert. Kast verhalf Feuchtwanger zur Flucht, ihm selbst gelang es, in die Schweiz zu entkommen.

Orlenka, die Tochter von Heinrich und Eleonore Hollmann, wurde am 7. Mai 1923 geboren. Wegen Abhörens der ausländischen Sender „Radio London“ und „Radio Moskau“ mit einem neuen Rundfunkempfänger, den sie 1942 angeschafft hatten, wurden ihre Eltern vom Hanseatischen Oberlandesgericht Bremen zu 4 Jahren bzw. zu 3 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide blieben bis zum Ende des „Dritten Reiches“ in Haft. Während dieser Zeit leitete die junge Kontoristin Inge Majer, die einen jüdischen Vater hatte, die große Spirituosenfirma. Orlenka, die ihr Studium abbrach, übernahm später die Geschäftsführung, um die Firma vor dem Zugriff nazifaschistischer Konkurrenten zu schützen. Sie war im Hochverratsverfahren freigesprochen worden.

Orlenka Hollmann war eng mit Georg Gumpert befreundet, einem Mitglied der kommunistischen Widerstandsgruppe auf der AG Weser-Werft. Einer der Verhafteten aus Drabents Gruppe nannte 1943 die Namen von Orlenka und Georg als Verbindungsleute der Gruppe. Die Gestapo glaubte, nun ein Mittel in der Hand zu haben, um nicht nur das letzte Mitglied der kommunistischen Kaufmannsfamilie, das sich noch in Freiheit befand, zu inhaftieren, sondern auch das Hollmannsche Geschäft endgültig zerstören zu können. Da allerdings gegen Orlenka Hollmann keine konkreten Anklagepunkte vorlagen, wurde sie zweimal auf Antrag des Generalstaatsanwaltes freigesprochen. Die Gestapo scherte das wenig; sie verhaftete die junge Frau erneut und brachte sie ins Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, wo Orlenka bis

zur Befreiung im April 1945 durch die Rote Armee blieb.

Inge Majer übernahm erneut die Geschäfte der großen Weinfirma. Die junge Kontoristin hatte zwar um die politischen Auffassungen ihrer „Arbeitgeber“ gewußt und mit ihnen sympathisiert, sich jedoch in politischer Hinsicht zurückgehalten. Im September 1943 wurde sie von dem inzwischen eingesetzten Treuhänder als Geschäftsführerin abgelöst, jedoch in der Firma behalten. Das Schicksal der großen Spirituosenfirma war damit besiegelt. Im Januar 1944 wurde der Familie Hollmann jede Verfügung über ihr Vermögen entzogen, im November 1944 wurde es zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen.

Auch Inge Majer geriet in die Mühlen der Gestapo. Im Februar 1944 verhaftete man sie und hängte ihr ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Weingesetz an. Sie hatte Weinflaschen, deren Etiketten sich nach einem Bombenangriff infolge Wasserschadens gelöst hatten, unwissentlich falsch etikettiert. Sie verbüßte eine achtmonatige Haftstrafe bis zum 23. September 1944. Als sie sich kurz danach die Schlüssel zur Hollmannschen Wohnung bei der Gestapo abholen wollte, um dort nach dem Rechten zu sehen, meldete einer der Gestapoleute dies seinem Vorgesetzten. Dieser ließ sich die Akte kommen und verfügte daraufhin Inge Majers erneute Festnahme. Neben ihrer engen persönlichen und beruflichen Verbindung zu den Hollmanns spielte dabei offensichtlich ihre jüdische Abstammung eine Rolle. Sie blieb ebenfalls bis Kriegsende in Ravensbrück.

Inge Majer überlebte Faschismus und Krieg. Orlenka Hollmann, die nach der Befreiung aus Ravensbrück psychisch schwer erkrankte, starb am 25. Februar 1984 im Alter von 61 Jahren. Ihre Tante Cläre Preißner war 70 Jahre in der Kommunistischen Partei aktiv und starb hochbetagt, seit mehreren Jahren erblindet, 1991 in Bremen.

Peter Kast wurde in der DDR ein bekannter Schriftsteller. Seine Bücher „Der Millionen-schatz vom Müggelsee“ (1951), „Erlebnisse auf weiter Fahrt. Aus dem Nachlaß“ (1963) oder der Band „Camaradas. Ein Spanienbuch“ (1952) von Erich Weinert, zu dem er ein Nachwort schrieb, hatten dort großen Erfolg. Er starb 1959. Bis 1992 gab es in Berlin-Adlershof die Peter-Kast-Straße, die dann in Radickestraße umbenannt wurde. Bis zum Jahr 2000 existierte am Adlershofer Marktplatz der Peter-Kast-Club.

Nach der Befreiung vom Faschismus 1945 hatte die Familie Hollmann große Schwierigkeiten, um eine angemessene Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigung für Haft und Raub des gesamten Vermögens durchzusetzen. Ihre beiden Häuser stehen noch fast unverändert in Bremen, Ecke Langemarckstraße und Westerstraße.

Gerd-Rolf Rosenberger
Bremen



**Straßenschild in Bremen-Nord für den
Widerstandskämpfer Leo Drabent**

GEDANKEN ZUR ZEIT

Trivilliteratur und Kitsch

Was man der Trivilliteratur vorwerfen muß (so beliebt diese bei manchem auch sein mag), ist, daß diese Literatur, sowohl in der Form von Groschenheften als auch in gebundener Buchform der Masse der Leserschaft ein falsches Gesellschafts- und Weltbild vermittelt, indem sie lediglich Scheinbedürfnisse erzeugt und befriedigt, die wahren sozialen Bedürfnisse der Massen jedoch thematisch bewußt ausspart, die Bildung eines kritischen politischen Bewußtseins oder gar Klassenbewußtseins systematisch verhindert und somit nicht zur Emanzipation, sondern zur Verdummung des Volkes beiträgt. Kitsch ist daneben jene Literatur, die durch hochtrabende, pathetische Reden große, edle und vor allem „tiefe“ Gefühle zu wecken vorgibt, die tatsächlich aber wohl nur affektiert sind oder, schlimmer, mit Begeisterung für menschenverachtende politische Machthaber einhergehen. (Man denke in diesem Zusammenhang nur an die NS-Blut-und-Boden-Literatur oder die von Goebbels propagierte Deutsche Kunst, die im Haus der Deutschen Kunst in München zur Schau gestellt wurde – zu derselben Zeit, als wirklich

grandiose Kunst als „entartet“ beschimpft und geächtet wurde.)

Was den Umgang mit Trivilliteratur angeht, so empfiehlt der Literaturdidaktiker Malte Dahrendorf „Toleranz und heitere Gelassenheit“. Das mag angehen, wenn man an Schnulztexte wie „Steig in das Traumboot der Liebe“ denkt. Aber es gibt Schlimmeres als Trivialität, nämlich die traurige Tatsache, daß manche Menschen nicht nur Gefallen an der „Insel der Schönheit“, sondern auch an volksverhetzender, gewaltverherrlichender, rassistischer, antisemitischer Literatur finden oder gar Darstellungen sexueller Gewalt in Wort und Bild lieben. Hier stoßen wir streckenweise an eine rechtliche Grauzone, das heißt einen Bereich, in dem manches nicht oder noch nicht eindeutig gesetzlich geregelt ist. Angesichts solcher „Geschmäcker“ dürften Toleranz und heitere Gelassenheit sich wohl verbieten, denn hier geht es nicht mehr um Gedankenfreiheit, sondern um Straftatbestände.

Wo die Freiheit der Kunst und die Freiheit des Künstlers endet, da endet auch die Freiheit des Rezipienten, und wer wie der

Marquis de Sade entsprechend seinem „Geschmack“ kriminell tätig wird, der gehört zu Recht in die Psychiatrie oder ins Gefängnis. Freiheit fordern wir dagegen für alles, was dem Geist humanistischer Aufklärung dient oder diesem wenigstens nicht im Wege steht, und die Welt des Geistes ist (mit der oben gemachten Einschränkung) so bunt und reich, daß sie nahezu jedem Geschmack ein schier unbegrenztes Tummelfeld voller Entdeckungsmöglichkeiten für die Suche nach Schätzen bietet, und wie das Grundgesetz Religionsfreiheit garantiert, garantiert es grundsätzlich auch Geschmacksfreiheit und alle Formen der Geschmacksbefriedigung, die sozial verträglich und gesetzeskonform sind, wobei das, was Wohlgefallen auslöst – nämlich die Schönheit –, jeweils im Auge des liebenden Betrachters liegt. Darum sei ein jeder ermutigt und ermuntert, sich zu seinen Vorlieben und Abneigungen zu bekennen und die Geschmäcker Andersdenkender und Andersfühlender in derselben Weise zu tolerieren, wie er wünscht, daß man auch die seinen respektiere.

Theodor Weißenborn

ANTIQUARISCHES ZUM THEMA



- ▶ **Wolfram Neubert / Klaus Ziermann:** Klassenbewußtsein gegen Manipulation. Reihe Abc des Marxismus-Leninismus. Dietz-Verlag, Berlin 1969
- ▶ **Klaus Ziermann:** Romane vom Fließband. Die imperialistische Massensliteratur in Westdeutschland. Dietz-Verlag, Berlin 1969
- ▶ **Claus Ritter:** Woche für Woche. Report über Regenbogen-Postillen. Verlag der Nation, Berlin 1974
- ▶ **Klaus Ziermann:** Vom Bildschirm bis zum Groschenheft. Der Literaturbetrieb der BRD – Machtstrukturen und Widersprüche. Dietz-Verlag, Berlin 1983
- ▶ **Hermann Langer:** „Wollt ihr den totalen Tanz?“ Streiflichter zur imperialistischen Manipulierung der Jugend. Verlag Neues Leben, Berlin 1986
- ▶ **Heckel / Keßler / Ulle / Ziermann:** Kulturpolitik in der Bundesrepublik von 1949 bis zur Gegenwart. Dietz-Verlag, Berlin 1987
- ▶ **Günter Herlt / Klaus Ziermann:** SDI und „Denver-Clan“. Zu den Kulturexporten des „American way of life“. Dietz-Verlag, Berlin 1987
- ▶ **Gerhard Henschel:** Gossenreport. Betriebsgeheimnisse der „Bild“-Zeitung. Edition Tiamat, Berlin 2006

VOR 30 JAHREN

Auf nach Österreich!

Am 19. August 1989 fand in Sopron an der ungarisch-österreichischen Grenze das Paneuropäische Picknick statt. Dem Spektakel war der Sieg der Konterrevolution in Ungarn vorausgegangen. Im Mai 1988 war János Kádár von Károly Grósz als Erster Sekretär der USAP abgelöst worden. Im April 1989 trat das Politbüro der USAP zurück. Bei der Neuwahl siegten die Reformkräfte um Németh und Pozsgay. Am 2. Mai 1989 öffnete die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich und begann mit deren Abbau.

Ende Juni unterbreitete Mária Filep vom Debrecener Demokratischen Forum den Soproner Kollegen den Vorschlag, am 19. August am Ort des „Eisernen Vorhanges“ ein Picknick für 150 bis 200 Personen zu veranstalten. Die Idee dazu war Ferenc Mészáros bei einer Veranstaltung in Debrecen gekommen, auf der Otto von Habsburg über die Paneuropäische Bewegung sprach. Dort war die Frage aufgeworfen worden, was wäre, wenn man sich das nächste Mal an der westlichen Landesgrenze treffen und ein Lagerfeuer zum Zeichen der Freude entfachen würde. Als Schirmherren „des Lagerfeuers der Freude“ gewann man Otto von Habsburg und den ungarischen Innenminister Imre Pozsgay.

„Radio Freies Europa“ warb für das Ereignis. Das Emblem des Picknicks zeigte eine den Stacheldraht durchfliegende weiße Taube. Flugblätter wurden verbreitet, auf denen das Emblem, der Programmablauf, der Grenzverlauf und der Grenzort abgedruckt waren. Der Plan sah vor, sich am frühen Nachmittag des 19. August im Soproner Hotel Lövérv zu treffen. Dort sollte eine Pressekonferenz stattfinden. Danach wollte man mit Bussen an den Grenzübergang Szentmargitbánya fahren, um 15 Uhr das Grenztor aus Holz öffnen, zum Marktplatz des österreichischen Grenzortes St. Margarethen gehen, dort ein Meeting abhalten und zusammen mit Österreichern zur Festwiese Sopronpuszta, dem Ort des Picknicks, zurückkehren. Nebenbei sollte unter dem Slogan „Baue ab und nimm mit!“ ein Kilometer

Grenzanlage abgebaut werden. Doch es kam alles ganz anders. Botschafter, Konsule und über hundert Berichterstatter aus aller Welt waren erschienen. Otto von Habsburg schickte seine Tochter Walburga. Innenminister Imre Pozsgay ließ sich von seinem Sekretär László Vass vertreten, der sich wie zufällig auch noch verspätete. Die Delegation war infolgedessen nicht zur Zeit am Grenztor.

Oberstleutnant Árpád Bella, der örtliche Kommandant des Grenzüberganges, erinnerte sich: „Ich besprach mit meinem österreichischen Kollegen Johann Göttl den Ablauf. Ein paar Minuten vor 15 Uhr erschien auf dem etwa 100 Meter weit einseharen Straßenabschnitt eine große Gruppe von Fußgängern ... Sie war nicht die Delegation, sondern eine Gruppe von DDR-Bürgern. Ich ging ihr entgegen. Für Fragen und Antworten war keine Möglichkeit, sie drückte die Torflügel ein, rannte in Richtung Österreich und verursachte ein großes Durcheinander. Gewaltanwendung kam für uns nicht in Betracht.“

István Róka, ein Grenzsoldat, berichtete: „Sie kamen aus den umliegenden Wäldern, sahen verwildert aus. Wir fühlten, daß hier etwas nicht stimmte. Eine Gruppe lief zielgerichtet auf das Grenztor zu ... In kürzester Zeit gab es sehr viele Leute auf beiden Seiten. Sie saßen auf Bäumen und Masten ... Zur Wahrheit muß gesagt werden, daß in diesem Moment nichts von dem großen europäischen Frieden zu spüren war.“

661 Leute durchbrachen die ungarisch-österreichische Grenze. Der Bürgermeister von St. Margarethen, Andreas Waha, informierte sofort die bundesdeutsche Botschaft in Wien, damit diese Busse schicke und auf ihrem Terrain Notquartiere einrichte. Das Spektakel ging weiter. Walburga von Habsburg und László Vass verlasen die offiziellen Reden und würdigten darin das gerade Geschehene. Auf der Festwiese wurden Pörkölt gekocht, Wurst und Speck gebraten, es flossen Bier und Wein. Das Picknick hätte bis in die Morgenstunden angedauert, wäre es nicht von Blitz und

Donner beendet worden. Auf den Straßen nach Sopron parkten Hunderte verlassene Trabants und Wartburgs mit DDR-Kennzeichen. Das Überraschungsszenario der Grenzöffnung wiederholte sich Monate später in Berlin. Ein völlig „argloses“ Mitglied des Politbüros gab eine gesperrte Information „ganz nebenbei“ auf einer Pressekonferenz preis. Daraufhin „stürmten“ Menschenmassen die Grenzübergänge. Ein heilloser Durcheinander entstand. Völlig überforderte Grenzer ließen die Massen durch. Sekt floß in Strömen, nicht auf einer Festwiese, sondern auf den Straßen und Plätzen Westberlins. Hunderte Berichterstatter waren „zufällig“ zur Stelle.

Die ungarischen „Freiheitskämpfer“ legen großen Wert auf die Feststellung, daß in Sopron der Fall der Berliner Mauer begann. Bundeskanzler Helmut Kohl drückte das am „Tag der deutschen Einheit“ 1990 so aus: „Die Erde unter dem Brandenburger Tor ist ungarische Erde.“ Er dankte der ungarischen Regierung für den Dienst und versprach ihr 500 Millionen DM Kredit. Anlässlich der Jahreskonferenz des Europäischen Ökumenischen Netzwerkes im Februar 1991 in Helsingborg mokierte sich der Ungar András Máté-Tóth darüber, daß vom Kredit der Bundesregierung nur 50 Millionen geflossen wären.

Ein Narr, wer an Zufälle glaubt. Wer hatte die Hunderte DDR-Leute in die Wälder bei Sopron gelockt? Wer bestellte die hundert Berichterstatter aus aller Welt? Wer sorgte für die Verspätung der offiziellen Delegation? Das Paneuropäische Picknick von Sopron war genauso wie die Öffnung der bundesdeutschen Botschaften in der ČSSR, in Polen und in Ungarn Plan der Konterrevolution gegen die DDR. Die Mannschaft um Gorbatschow hatte die DDR längst als Opfer auf dem Altar des europäischen Hauses auserwählt. Der Traum, dadurch einen Platz in der Beletage dieses Hauses zu erlangen, war spätestens mit Sopron zu Ende. Das Heft des Handelns hielten andere in der Hand.

Wolfgang Herrmann
Dreesch



Das Kapital macht aus allem Geld – und wenn es wie hier eine Modelleisenbahn ist (2014)

Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspressagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichen wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt (und für uns) war.

Great Albwale

Freiheitskämpfer aus Namibia

Gemeinsam mit anderen verwundeten Freiheitskämpfern, aber auch kleinen Kindern, die bei Überfällen südafrikanischer Söldner auf unsere Dörfer schwere Verletzungen erlitten, bin ich in die DDR gekommen. Ärzte und Schwestern im Klinikum Berlin-Buch tun alles, uns wieder gesund zu pflegen und mit neuer Zuversicht zu erfüllen. Seit der ersten Stunde unseres Aufenthaltes umgibt uns die Liebe und Fürsorge vieler Menschen. Sie gilt, dessen bin ich sicher, nicht nur uns persönlich, sondern dem ganzen um seine Freiheit kämpfenden namibischen Volk!

Bevor ich die Reise aus meiner Heimat in die Deutsche Demokratische Republik antrat, wußte ich recht wenig über dieses europäische Land und seine Menschen. Denn das südafrikanische Apartheidsystem unternimmt alles, uns die Wahrheit über die sozialistischen Länder zu verschweigen. Wenn wir eines Tages in unsere Heimat Namibia zurückkehren, werden wir unseren Kampfgefährten und Freunden viel über die tiefe Solidarität der DDR mit den Völkern Afrikas zu berichten haben.

Dr. Mohammed Amir

Minister für Arbeit und Berufsausbildung der Demokratischen Volksrepublik Algerien

Ich war mehrfach in der DDR und kenne den sozialistischen deutschen Staat. Ich habe große Hochachtung vor den Leistungen der Menschen.

Die Deutsche Demokratische Republik hat es in ihrer Geschichte schwer gehabt, sich zu behaupten und so zu entwickeln. Und gerade wegen der Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, verstehen wir ihren Weg sehr gut und wissen ihn zu würdigen. Das Beispiel der DDR interessiert uns Algerier besonders, weil wir – wenn auch unter anderen Bedingungen – nach der Erringung der Unabhängigkeit unseres Landes schwere Probleme des Anfangs zu bewältigen hatten, die Hinterlassenschaft des Kolonialismus, und dieses Erbe ist bekanntlich noch keineswegs überwunden. Die DDR ist ein Freundesland, in dem mit dem Willen und der Organisiertheit seiner Werktätigen die sozialistische Revolution erfolgreich

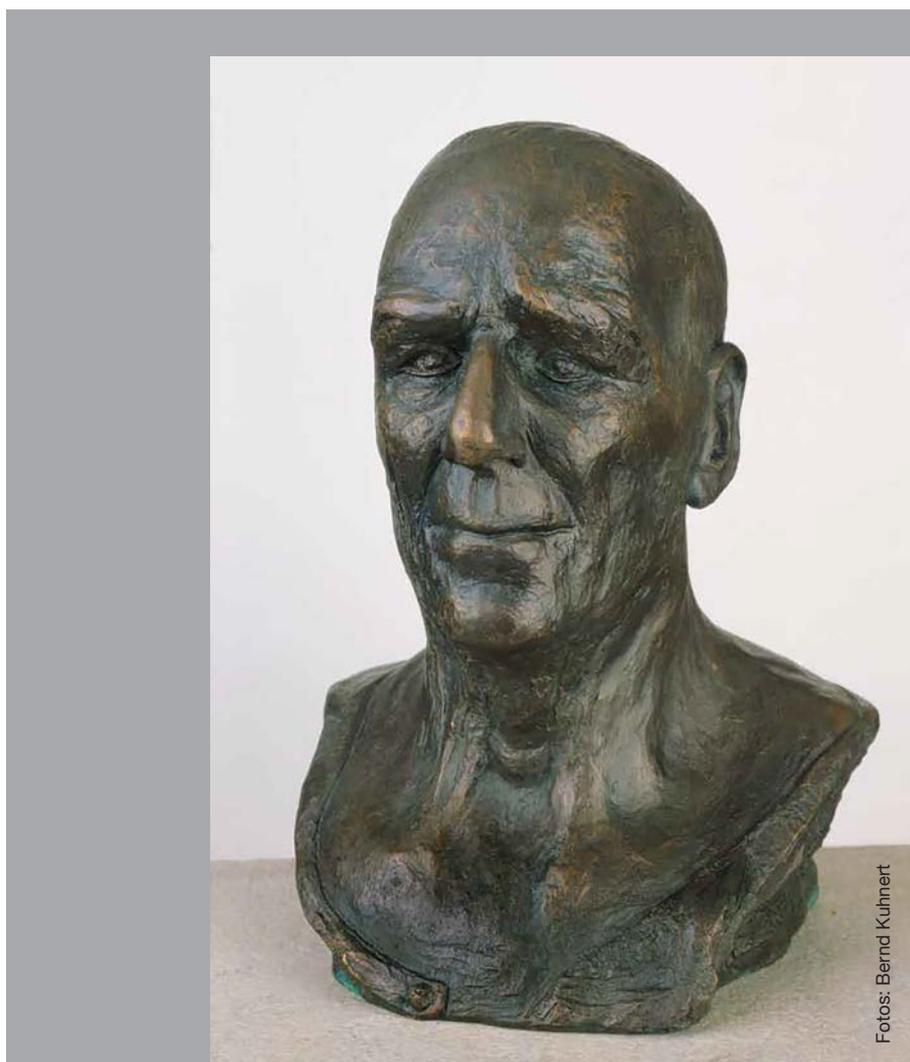
durchgeführt wurde. Viel Courage hat es erfordert und viel Vertrauen in die eigene Kraft, sich trotz der schweren Startbedingungen zu einem der leistungsfähigsten Industriestaaten zu entwickeln.

Wir haben mit der DDR Vereinbarungen getroffen, die für uns eine wichtige Hilfe sind, so zum Beispiel die Ausbildung junger Bürger Algeriens zu Facharbeitern in Betrieben der DDR. Das ist ein Beitrag zur Lösung eines der dringendsten Probleme Algeriens, der Heranbildung von Fachleuten für die Entwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Auch die Abkommen mit der DDR für die Unterstützung Algeriens beim Aufbau von Einrichtungen für den Arbeitsschutz, bei der Qualifizierung von Arbeitsmedizinern sowie von Kadern für die Berufsausbildung sind für uns sehr wertvoll. Wir wollen unter anderem Lehrmittel und Maschinen für die Berufsausbildung erwerben.

Mohammed Hamid

Schüler aus der VDR Jemen

Jeden Tag spüren wir hier die große Aufmerksamkeit und Fürsorge, die man uns von allen Seiten entgegenbringt, damit wir unsere Ferien in Freude und Sorglosigkeit verbringen können. Mir gefällt es hier im Pionierlager sehr gut, und wir verstehen uns auch mit den anderen Kindern, die verschiedene Sprachen sprechen. Sie alle haben den Wunsch, in Frieden und Sicherheit zu leben. Wir lernen hier viel Neues und sammeln Erfahrungen organisatorischer, politischer und sozialer Art. Dies alles wollen wir in unserer Heimat anwenden und dazu beitragen, daß die Kinder in der VDRJ, ja die Kinder in der ganzen Welt, in Glück und Frieden leben können, wie die Kinder in der DDR und in den sozialistischen Ländern.



Fotos: Bernd Kuhnert

Wolfgang Kohlhaase

(geb. 13. 3. 1931; Drehbuchautor, Schriftsteller)

Eine Kunstausstellung mit plastischen Porträts von Christiane Rößler

Begegnungen 2009–2019

Unter dem Titel „Begegnungen 2009–2019“ zeigt die Berolina-Galerie im Rathaus Mitte bis 4. Oktober plastische Porträts und dokumentarische Fotografien von Christiane Rößler sowie Auszüge aus den Briefwechseln und dem ihre Arbeit begleitenden Tagebuch.

Die Bildhauerin begibt sich mit ihren Arbeiten auch in die Auseinandersetzung mit der bald drei Jahrzehnte zurückliegenden Vergangenheit um den 4. November 1989 in der Mitte Berlins, unweit der Berolina-Galerie.

Christiane Rößler suchte bereits im Studium die persönliche Begegnung. Sie traf Gesprächspartner, die nach 1945 als Emigranten zurückgekehrt waren bzw. eine Generation später in Literatur, Bühnenkunst und Wissenschaft arbeiteten. Gemeinsam für alle Porträtierten sind die Wohn- und Schaffensorte in Berlin und ihr Wirken in Europa und in der Welt.

Mit ihren Arbeiten leistet Christiane Rößler nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung aktueller Zeit- und Kulturgeschichte, sondern auch zum Selbstverständnis von Kunst und Künstler.

Vorsichtig und differenziert nähert sich die Bildhauerin dem Wesen ihrer Gegenüber. Ein intensiver persönlicher Blick liegt bei aller

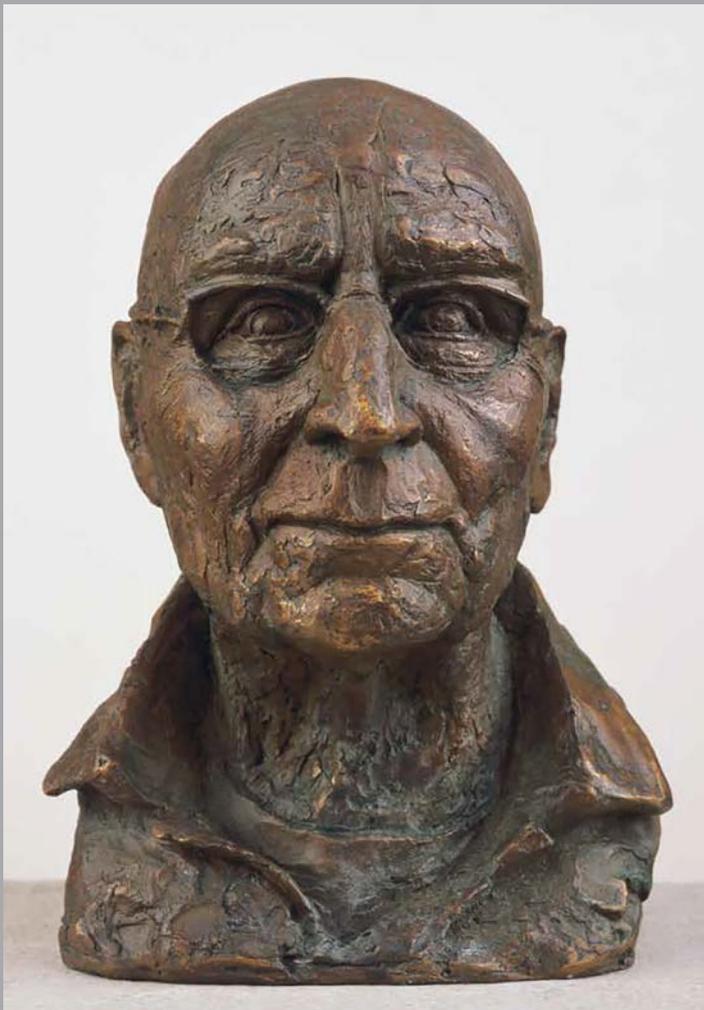
kritischen Distanz der Auseinandersetzung zugrunde. Er wird durch den sorgfältigen Guß und die warm-braune Patina der in Bronze ausgeführten Köpfe verstärkt. Realismus ja, Naturalismus nein.

Zu den Porträtierten gehören Wolfgang Kohlhaase, Anna Elisabeth Wiede, Hermann Kant, Werner Mittenzwei, Manfred Wekwerth, Volker Braun, Prof. Nyota Thun, Gisela May, Inge Keller, Frido Solter, Hermann Klenner, Siegfried Matthus, Gisela Steineckert, Harry Kupfer und Moritz Mebel.

Die Ausstellung findet statt im Rathaus Berlin Mitte (Berolina-Galerie), Karl-Marx-Allee 31, direkt am U-Bahnhof Schillingstraße.

Grußworte sprach anlässlich der **Ausstellungseröffnung am 9. August** Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel; Christiane Rößler führte unterstützt durch Gisela Steineckert in den Entstehungsprozeß der Porträts ein. **RF**

Die Galerie ist mit der S-Bahn (Alexanderplatz oder Jannowitzbrücke), der U5 (U-Bhf. Schillingstraße), der Tram (M4, M5, M6, M8) oder dem Bus (142, 200) erreichbar. Die Galerie ist behindertengerecht ausgestattet.



Manfred Wekwerth

(3. 12. 1929–16. 7. 2014; Regisseur, Intendant des Berliner Ensembles)



Nyota Thun

(geb. 7. 6. 1925; Literaturwissenschaftlerin, Romanistin und Slawistin)

Werner Eggerath und Thomas Mann

Werner Eggerath wurde am 16. März 1900 in der damals noch eigenständigen Stadt Elberfeld (heute Wuppertal-Elberfeld) geboren und entstammte einer Arbeiterfamilie. Nach langer Arbeitslosigkeit, diversen Gelegenheitsarbeiten, aktiver Beteiligung an der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920 und drohender Verhaftung floh er nach Holland. Im Frühjahr 1923 kehrte er nach Deutschland zurück und lebte in dem kleinen Dorf Gangelt. Dort heiratete er Georgine Kaiser. 1924 trat er – unmittelbar nach dem Tode Lenins – in die KPD ein und wurde kurz darauf deren „Parteiarbeiter“.

Als es ihm gelang, den Schützenverein des Ortes zur Unterschrift unter das von KPD und SPD angestrebte Volksbegehren zur entschädigungslosen Enteignung der deutschen Fürsten zu bewegen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Nachzulesen ist die herrliche Provinzposse in seinem Buch „Der Kosakengeneral“. Damit legte er das Fundament für seine folgende beachtliche politische und schriftstellerische Karriere.

Nach verschiedenen Funktionen am Niederrhein wurde er ab November 1930 bis Oktober 1932 mit der Funktion eines Unterbezirksleiters der KPD in Wuppertal betraut und war maßgeblich an der Organisation des großen Auftritts von Ernst Thälmann 1932 im Stadion am Zoo beteiligt. In seinem Buch „Die Stadt im Tal“ hat er diese Zeit beschrieben.

Der Aufenthalt in seiner Geburtsstadt war nur von kurzer Dauer. Ende 1932 schickte ihn die Partei zum Studium an die Internationale Lenin-Schule in Moskau. Er konnte das Studium aber nicht abschließen, da ihn die KPD bereits im März 1933 wieder nach Deutschland, nach Berlin, abberief und ihn in den antifaschistischen Widerstand schickte. Am 21. Januar 1935 wurde er in Berlin von der Gestapo verhaftet und vom 1. Senat des Volksgerichtshofes „wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit und schwerer Urkundenfälschung“ zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis Juni 1945 in den Nazi-Zuchthäusern von Münster und Bochum verbüßen mußte. Werner Eggerath hat diese Leidenszeit in seinem Buch „Nur ein Mensch“ als Mahnung für die nachfolgenden Generationen festgehalten.

Unmittelbar nach seiner Entlassung folgte er der Bitte eines Freundes und begab sich in die sowjetische Besatzungszone, nach Eisleben. Es begannen nun unglaublich bewegte Jahre. Er half beim Aufbau der Gewerkschaften, arbeitete an der Landreform und der Verwaltungsreform mit und wurde in den Landtag gewählt. Zunächst Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident wirkte er von Oktober 1947 bis Juni 1952 als Ministerpräsident des Landes Thüringen.

Werner Eggerath wurde Mitbegründer der DDR, Botschafter in Rumänien und schließlich Staatssekretär für Kirchenfragen. Danach begann für den vielfach Hochgeehrten ein Leben als freier Schriftsteller.

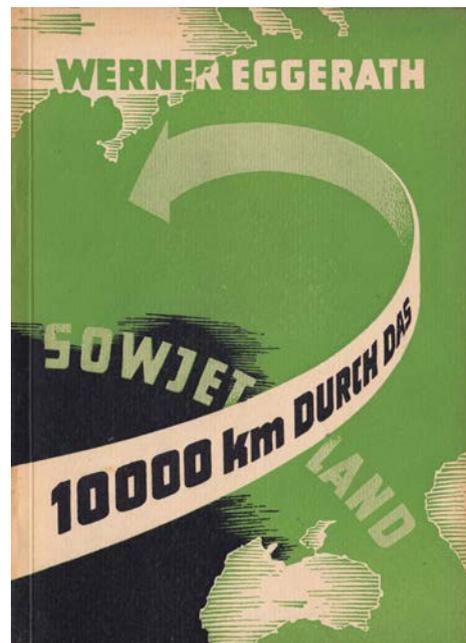
Noch vor der Gründung der DDR fungierte er zusammen mit dem Dichter Johannes R. Becher als Gastgeber und maßgeblicher

Organisator des historischen Besuchs von Thomas Mann in Weimar im August 1949. Die dort erfolgte Verleihung des „Goethe-Preises“ an Thomas Mann fand unmittelbar nach



Werner Eggerath – DDR-Briefmarke von 1980

der Verleihung des „Goethe-Preises“ in Frankfurt am Main an Thomas Mann statt. Bei den Gedenkfeierlichkeiten zum 200. Geburtstag von Goethe (28. 8. 1749 in Frankfurt am Main) und seinem Tod (22. 3. 1832 in Weimar) wurden beide Städte in einem Atemzug genannt. Der namhafte Schriftsteller wurde deswegen in den westdeutschen Besatzungszonen scharf angegriffen und mit häßlichen, gemeinen Kommentaren bedacht. Man hat es ihm außerordentlich übelgenommen, der sowjetischen Besatzungszone einen Besuch abgestattet zu haben.



W. Eggerath: 10 000 Kilometer durch das Sowjetland. Erlebnisbericht. Landesverlag Thüringen, Weimar 1949 (Gewidmet der FDJ)

Thomas Mann hat aber alle Versuche, ihn politisch auf eine Stellungnahme gegen die damalige sowjetische Besatzungszone festzulegen, ebenso scharf wie souverän zurückgewiesen: „Ich kenne keine Zonen. Mein Besuch gilt Deutschland selbst, Deutschland als Ganzem und keinem Besatzungsgebiet. Wer sollte die Einheit Deutschlands gewährleisten und darstellen, wenn nicht ein unabhängiger Schriftsteller, dessen wahre Heimat, wie ich sagte, die freie, von Besatzungen unberührte deutsche Sprache ist.“ Den mit dem Goethepreis verbundenen Geldbetrag stiftete er für den Wiederaufbau der bombenzerstörten Weimarer Herderkirche.

Zum 50. Geburtstag erhielt Eggerath von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein umfangreiches Fotoalbum. Darin ist auch der Besuch von Thomas Mann in Weimar mit vielen Fotos dokumentiert. Das Album befindet sich heute im Besitz seiner Tochter Marina. Am 16. Juni 1977 ist Werner Eggerath gestorben.

In meinem Buch „Gegen das Vergessen. Fünf Wuppertaler Arbeiterschriftsteller und Widerstandskämpfer stellen sich vor“, ist eines der Fotos, das Eggerath mit Thomas Mann vor dem Schiller-Goethe-Denkmal in Weimar zeigt, abgebildet. Eine umfangreiche Würdigung Werner Eggeraths kann hier nachgelesen werden. Das Buch ist in jeder Buchhandlung zum Preis von 18 Euro erhältlich.

Es kann auch direkt beim Autor (zum Autorenpreis von 10 Euro plus 2,50 Euro Porto) bezogen werden: Dr. Dirk Krüger, Zietenstraße 25, 42281 Wuppertal
Telefon: 02 02-50 71 26 oder per e-mail: krueger.wtal@t-online.de

Dr. Dirk Krüger
Wuppertal

Dirk Krüger

Gegen das Vergessen

Fünf Wuppertaler Arbeiterschriftsteller und Widerstandskämpfer gegen die Nazi-Diktatur stellen sich vor

Werner Möller
Emil Ginkel
Peter Kast
Werner Eggerath
Walter Gorrish

Eine Dokumentation ihres Lebens im 20. Jahrhundert der Kriege und Revolutionen, ihrer Literatur, ihres Kampfes in der Arbeiterbewegung und gegen den Faschismus, ihrer Leistungen beim Aufbau eines demokratischen Deutschlands nach 1945.

NordPark

Gegentendenzen

Die „Marxistischen Blätter“ haben in ihrem aktuellen Heft den Schwerpunkt „Kulturstaat DDR“: Der Umgang mit DDR-Kunst und Literatur ändert sich. Seit etwa einem Jahrzehnt, schreibt der Kunstwissenschaftler Peter Michel im Heft 4/2019 der „Marxistischen Blätter“, mehrten sich „die Zeichen der Hoffnung auf einen achtungsvolleren Umgang mit in der DDR entstandenen Kunst – trotz aller Rückfälle in die Niederungen des kalten Krieges“. Diesen Wandel widerspiegeln die zehn Beiträge zum Heftschwerpunkt „Kulturstaat DDR“.

Lange Zeit gehörte die Behauptung zum Repertoire der Konterrevolution, es gebe in der DDR weder Kunst noch Literatur, sondern allein Agitation. Das ist nicht vorbei, aber es machen sich Gegenteiligkeiten bemerkbar. Als Beispiele seien hier genannt: Die sehenswerte Ausstellung „Alltag formen! Bauhaus-Moderne in der DDR“, die noch bis zum 5. Januar 2020 im Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in Eisenhüttenstadt zu sehen ist, sowie das Schaudepot im Kunstarchiv Beeskow (www.kunstarchiv-beeskow.de), das im Mai eröffnet wurde. Unmittelbar neben der Burg Beeskow werden jetzt 17 000 Gemälde, Zeichnungen, Grafiken, Plastiken und Fotografien aus Beständen von DDR-Einrichtungen sowie von Parteien und Massenorganisationen in einer würdigen Form aufbewahrt und in Führungen gezeigt. Sie wurden 1990 unter zum Teil abenteuerlichen Umständen gerettet. Denn die Haßreden auf DDR-Kunst und -Künstler in den Jahren 1989 und 1990 hatten Folgen: Die Zahl der vernichteten Kunstwerke durch die „Sieger der Geschichte“ ist unbekannt. Experten vermuten, daß es Zehntausende Arbeiten waren, die gestohlen, auf den Müll geworfen oder in den internationalen Kunsthandel geschleust wurden. In Eisenhüttenstadt und Beeskow arbeitet eine junge Generation von Kunstwissenschaftlern, die nach der künstlerischen Qualität der Werke fragt. Zum Wandel trägt auch wachsendes Interesse aus dem Ausland bei. DDR-Kunstwerke gelangten in viele Länder der Welt. Im Kunstarchiv wird darauf verwiesen, daß sich dort schon eine große Delegation des Museum of Modern Art in New York den Bestand zeigen ließ, bevor deutsche Gemäldegalerien sich interessierten.

Tendenzen dieser Art, die sich um die DDR-Verfehlung durch den bundesdeutschen Mainstream nicht kümmern, müssen erklärt werden. Das findet in diesem Heft der „Marxistischen Blätter“ statt, und ziemlich einhellig kommen die Autoren zu dem Schluß: Es hat etwas mit ästhetischer Qualität und damit zu tun, daß Kunst und Literatur in der DDR etwas zu sagen hatten – im doppelten Sinn des Wortes. Michel zitiert den verstorbenen Kunsthistoriker Peter H. Feist, der zu den Merkmalen der Kunst in der DDR ein „ausgeprägtes, feines Empfinden für Soziales“ zählte. Kunst sei nicht hermetisch vom „Außerkünstlerischen“ abgegrenzt worden, verstand sich „als Teil einer internationalen ‚linken‘ Kultur, im Weiterarbeiten an einer Alternative zu Kapitalherrschaft und Imperialismus“. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommt der Filmkritiker Hans-Günther Dicks, der die Filmgeschichte der DDR skizziert sowie den Umgang mit den DEFA-Produktionen im kalten Krieg

und nach 1990 beleuchtet. Er wertet die Auszeichnung des Films „Gundermann“ von Andreas Dresen über den DDR-Baggerfahrer und -Liedermacher mit dem deutschen Filmpreis, der „Lola“, am 3. Mai in Berlin als „späte Genugtuung für eine Kinematographie, zu deren Untergang einige Gäste des Galaabends im Palais am Funkturm schon 30 Jahre zuvor unter Krokodilstränen Grabesänge angestimmt hatten“. Der Musikwissenschaftler Stefan Amzoll beschreibt in 14 Miniaturen das „Bauhaus der DDR“, das trotz äußerst beschränkter Mittel eine „Vorreiterrolle“ gespielt habe, Modelle und Lösungsansätze für Städtebau und Architektur entwarf, „wie wenig sie auch tatsächlich wirksam wurden“. Widersprüche dieser Art benennt auch Bruno Flieler. Er weist darauf hin, daß das DDR-Wohnungsbauprogramm „in ökonomischer Hinsicht eine große Leistung war“ – 40 Jahre lang kostete die Miete ungefähr eine Mark pro Quadratmeter –, aber die Bevölkerung und die Architekten „nicht voll zufriedenstellte“. Es hätte mehr Varianten und „vor allem eine lebendige Aussprache“ geben müssen.

Der Literaturwissenschaftler Kai Köhler untersucht, wie Handbücher, Lexika und Literaturgeschichten mit der DDR umgehen. Sein Fazit: Es dominiert eine „Politisierung des Urteils“. Solche Arbeiten, die in heutigen Studiengängen oft als einzige Quelle dienen, kommen „nicht ohne Urteil aus der Siegerperspektive“, d. h. mit „Geschichtsverfälschungen“, aus. Insgesamt aber deutete sich in der Literaturwissenschaft „nach einer Phase der Abrechnung mit der DDR besonders in den 90er Jahren, eine Milderung nicht nur des Tons, sondern auch des Inhalts an“. Ein weitgehend unbekanntes Gebiet der DDR-Literatur untersucht der Literaturwissenschaftler Rüdiger Bernhardt: Die Bewegung schreibender Arbeiter, die von der 1. Bitterfelder Kulturkonferenz einen starken Impuls erhielt und bis 1989 in etwa 250 Zirkeln lebendig blieb. Die Publizistin Sabine Kebir umreißt das Werk der Schriftstellerin Elfriede Brüning (1910–2014), die wie keine andere Autorin das „Entwicklungsbild der Frauenemanzipation in der DDR“ analysiert habe. Der Regisseur Jens Mehrle zeigt in fünf kurzen, prägnanten Abschnitten, warum das Theater im sozialistischen Deutschland unbestritten „zu seiner Zeit eines der besten der Welt“ war: Es habe sich ein waches Publikum gebildet und ein „gemeinsamer Boden für Kämpfe“ existiert. Der Schriftsteller Armin Stolper erinnert sich ironisch an seinen Werdegang zum Dramaturgen, der Historiker Ludwig Elm schildert die Rolle des Kulturbundes in der DDR.

Die DDR-Kultur ist in vieler Hinsicht lebendig geblieben. Auch das ist ein dialektisches Resultat der Konterrevolution: Sie hat mit ihrer Niveaulosigkeit, Bilderstürmerei und kalten Bücherverbrennung in gewisser Weise ein ostdeutsches Erfahrungskollektiv von Kunst- und Literaturinteressierten geschaffen. Das Heft der „Marxistischen Blätter“ markiert eine Situation, in der Gehaltvolles auch international gewürdigt wird – und zeigt zugleich: Die Ästhetik einer Gesellschaft des Friedens und der Solidarität gewinnt gerade in Zeiten des Krieges und der Entsolidarisierung an Anziehungskraft.

Arnold Schölzel

Marxistische Blätter, Heft 4/2019, 160 Seiten, 9,50 Euro. Bezug: Marxistische Blätter, Hoffnungsstr. 18, 45127 Essen, Tel.: 0201/236757, E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de



Der Verlag der „Marxistischen Blätter“ macht „RotFuchs“ ein Sonderangebot: Wer das Heft „Kulturstaat DDR“ oder ein anderes unter Angabe des Stichworts „RotFuchs“ bis zum 7. Oktober 2019 bestellt, erhält es für 5 Euro statt für 9,50 Euro (jeweils plus 1,90 Euro Porto)

Ohne Scheuklappen

Der Trend der Neunzigerjahre, im Umgang mit Kunst aus der DDR keine Differenzierung zuzulassen, war Teil einer verheerenden Anschlußpolitik der BRD. Es mehrten sich nun die Zeichen der Vernunft. Es gibt sogar einige wenige Politiker, die – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – einen Beitrag dazu leisten. Exbundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) warnte schon im Jahr 2003 anlässlich der Eröffnung einer Gerhard-Kettner-Ausstellung in Dresden davor, angebliche „Staatskünstler“ auszugrenzen. Der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff (CDU), sprach 2016 bei der Vernissage einer Willi-Sitte-Ausstellung in Merseburg voller Sympathie für den Künstler. Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) bezog Ende Oktober 2017 in seiner Eröffnungsrede zur Ausstellung „Hinter der Maske“ im Barberini-Museum Potsdam gegen das Fehlurteil Stellung, man könne in der DDR entstandene Kunst „nicht verstehen oder einordnen, ohne immer sofort ihren Bezug zu Staat und Gesellschaft zu bestimmen“. Er plädierte statt einer solchen „Verkürzung“ nachdrücklich dafür, in der DDR entstandene Kunst „eben als Kunst“ wahrzunehmen.

Solche Statements darf man sicher nicht überbewerten. Doch sie unterscheiden sich wohlthuend von hetzerischen Auslassungen in der Vergangenheit.

Aus: Peter Michel, Kein häßlicher Regentropfen der Geschichte. Marxistische Blätter 4/2019

„RotFuchs“-Veranstaltungen im September

■ Regionalgruppe Teterow

Am 2. September um 15 Uhr liest der Liedermacher und Mitbegründer des Oktoberklubs Dr. Hartmut König aus seinem Buch „**Warten wir die Zukunft ab**“

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 4. September um 18.30 Uhr

Gemeinsame Veranstaltung mit der Ortsgruppe der Partei Die Linke Berlin-Hohenschönhausen zum Thema:

70. Jahrestag der Gründung der DDR – was bleibt? Es spricht der Liedermacher Dr. Hartmut König.

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 5. September um 14 Uhr liest

Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt in einer gemeinsamen Veranstaltung mit ISOR und der GRH aus seinem Buch „**Der letzte Mann. Countdown fürs MfS**“

Ort: Stadtteiltreff, Clausstraße 27 (Volkssolidarität), 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Cottbus

Am 7. September um 10 Uhr spricht Egon Krenz zu seinem Buch „**Wir und die Russen**“

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Halle

Am 10. September um 16.30 Uhr liest Egon Krenz aus seinem Buch „**Wir und die Russen**“

Ort: Volkssolidarität 1990 e. V., Senioren-Service-Zentrum Böllberg, Böllberger Weg 150, 06128 Halle

■ Regionalgruppe Dresden

Am 11. September um 16 Uhr spricht Egon Krenz zu seinem Buch „**Wir und die Russen**“

Ort: Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 13. September um 15 Uhr spricht Oberst a. D. Gerhard Giese zum Thema: **Die Wiederherstellung des globalen strategischen Gleichgewichts durch Rußland und China**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 17. September um 14 Uhr spricht Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, zum Thema: **Welche Schlußfolgerungen zieht die Partei Die Linke aus den Verlusten bei den Kommunalwahlen?**

Ort: Kulturhaus, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Bautzen

Am 17. September um 15 Uhr: Erste Auswertung der Landtagswahlen in Sachsen

Ort: Unabhängiger Seniorenverband, Löhstraße 33, 02625 Bautzen

■ „RotFuchs“-Gruppe Oranienburg

Am 17. September um 15 Uhr spricht Rechtsanwalt Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, zum Thema: **30 Jahre Anschluß der DDR an die BRD. Wahrheit und Versöhnung? Umgang mit der Geschichte der DDR**

Ort: Geschäftsstelle der Volkssolidarität, Bernauer Straße 18 A, 16515 Oranienburg

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 17. September um 18 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: **Die Veränderungen des Kräfteverhältnisses – Ausblick auf mehr Frieden oder einen neuen Rüstungswettlauf?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 17. September um 18 Uhr spricht Andreas Wehr, Jurist, Buchautor und Mitbegründer des Marx-Engels-Zentrums Berlin, zum Thema: **Europa, was nun?**

Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

■ Regionalgruppe Falkensee

Am 17. September um 19 Uhr spricht Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Fraktion Die Linke, zum Thema: **Linke Außenpolitik, Friedenskampf, Türkei**

Ort: Begegnungsstätte der Linken, Bahnhofstraße 74, 14612 Falkensee

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 17. September um 20 Uhr Gemeinsame Veranstaltung mit Attac Leipzig **Filmvorführung** „Akte D – Entnazifizierung in der BRD“

Gespräch mit Oberstleutnant a. D. Dieter Skiba und Reiner Stenzel, Autoren des Buches „Im Namen des Volkes. Ermittlungs- und Gerichtsverfahren in der DDR gegen Nazi- und Kriegsverbrecher“

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Güstrow

Am 18. September um 15 Uhr spricht Rechtsanwalt Hans Bauer zum Thema: **70. Jahrestag der Gründung der DDR. Welchem Zweck dienten Treuhand und Geschichtsfälschung?**

Ort: Restaurant Kaminfeuer, Bistede 1, 18273 Güstrow

■ Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am 18. September um 18 Uhr: Kriegslügen damals und heute. Wir gedenken der NATO-Bombardierung Jugoslawiens vor zwanzig Jahren. Filmvorführung mit anschließender Diskussion

Ort: KULTSchule, Sewanstraße 43, Erdgeschoß, Raum 120, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 19. September um 14 Uhr spricht der Verleger und Publizist Frank Schumann zum Thema: **Die Situation in der Ukraine nach der Präsidentschaftswahl**

Ort: Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Dresden

Am 21. September um 10 Uhr gemeinsame Veranstaltung mit der Friedensinitiative Dresden

Podiumsdiskussion zum Thema: **Warum ist die Friedensbewegung aktuell mehr denn je gefordert?** mit Sarah Brockmayer (Berlin) und Nina Thomsen (Uni Koblenz/Landau). Moderation Dr. Eberhard König

Ort: Mauersberger Saal, Haus an der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden

■ „RotFuchs“-Gruppe Luckenwalde

Am 21. September um 10 Uhr spricht Rechtsanwalt Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, zum Thema **Politikerwechsel = Politikwechsel? Welche Entwicklung nimmt Deutschland?**

Ort: Begegnungsstätte für Senioren „Haus Sonnenschein“, Schützenstraße 37, 14943 Luckenwalde

■ Regionalgruppe Rostock

Am 21. September um 10 Uhr spricht Volker Bräutigam, ehemaliger Nachrichtenredakteur der „Tagesschau“, zum Thema: **Meinungsmache und medialer Herrschaftsmißbrauch**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 21. September um 10.30 Uhr spricht Uwe Hiksich, Sprecher des Marxistischen Forums der Partei Die Linke, zum Thema: **Rassismus, Rechtspopulismus und Faschismus – Ursachen und linke Gegenstrategien**

Ort: Gaststätte „Mohrrübe“, Vorstädter Gärten, Abfindungen Weg 0, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 21. September um 11 Uhr Stammtisch zum Thema: **Landtagswahl in Thüringen** – Integration in die kapitalistische Gesellschaft oder Gesellschaftsveränderung?

Ort: Gaststätte „Dahlie“, Roßblauer Straße 1, 99086 Erfurt



LESERBRIEFE

Faschistoides Treiben ist in Deutschland Alltag geworden. Viele Bürger erleben es in den Kommunalparlamenten oder bei den zahlreichen rassistischen Demos, Musikkonzerten bis hin zum vergangenen Europa- und Kommunalwahlkampf, wo sich neben der NPD (in MV) auch die AfD zur Wahl stellte und mit ihren Losungen deutlich fremdenfeindlich offenbarte.

Daß in dieser Zeit die große Koalition in Berlin die militärischen Ausgaben weiter forciert und im Gleichklang dazu sich mit faschistischen Regierungschefs wie z. B. in Brasilien oder Kolumbien trifft und diese Lateinamerikareise des SPD-Außenministers auch noch als eine „dringend notwendige Reise zu Freunden“ betitelt, unterstreicht den Rechtsruck in Deutschland.

Angesichts dieser Entwicklungstendenzen wäre die Schaffung einer breiten linksorientierten Aktionsfront das Gebot der Stunde. Wir erleben aber, daß persönliche Befindlichkeiten und Rechthaberei in Führungsetagen linksorientierter Parteien und Vereine diese immer wieder verhindern.

Aber es geht auch anders, wie die vor einigen Wochen durchgeführte Protestaktion im Rahmen des landesweiten „Tages der Bundeswehr“ beweist. Es gelang unter der organisatorischen Leitung des Rostocker Friedensbündnisses, die Basisgenossen der Linkspartei Stralsund, die Genossen der DKP aus Rostock, Stralsund, Rügen und Greifswald wie Vertreter von IPPNW, ISOR aus Rostock und Mitglieder des „RotFuchs-Fördervereins“ aus Rostock zusammenzuführen, die an den drei Brücken zum Veranstaltungsort in Stralsund – gut sichtbar mit zahlreichen Plakaten und Transparenten – ihren Protest gegen die Militarisierung der Gesellschaft zum Ausdruck brachten. Selbst die Bundeskanzlerin, die es sich im Rahmen ihres Wahlkreisbesuches nicht nehmen ließ, ein paar gewohnt überflüssige Worte zur Rechtfertigung der militärischen Hochrüstung zu äußern, kam an unserem Protest nicht vorbei.

Daß unter strengen Sicherheitsauflagen auf dem Alten Markt in Stralsund auch noch das öffentliche Gelöbnis stattfand, machte es für uns Protestierende nicht gerade leicht, unsere Flyer zu verteilen und mit den Gästen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Wir haben aber in kürzester Zeit (noch nicht einmal zwei Stunden) weit über 800 Flyer, Aufklärungsbroschüren usw. verteilt und sind dabei mit nicht wenigen in die sachliche Diskussion gekommen. Das gelang aber nur, weil sich alle trotz zum Teil

unterschiedlicher politischer Standpunkte auf das verständigt haben, was uns eint – der Kampf für den Erhalt des Friedens und gegen Faschismus. **Carsten Hanke, Rostock**

Zu Dr. Matin Baraki: Kommt es zu einem Krieg der USA gegen Iran? RF 258/259, S. 5

Ein großes Kompliment an Dr. Baraki für seinen Beitrag! Er ist nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil der Autor die vom Westen, namentlich den USA, gepflegte dämonisierende Sichtweise mit einer zeitgeschichtlichen und politischen Analyse kontert, an der nicht zuletzt aufgrund der unwiderlegbaren Fakten niemand vorbeikommen kann.

Einziger Einwand meinerseits ist, daß Baraki auf das iranische Nuklearprogramm in den Jahren nach der Revolution von 1979 bis zum Ende des vom Irak begonnenen Kriegs gegen den Iran und den politischen Entscheidungen der Revolutionsregierung in den Jahren danach nicht eingegangen ist. Charlotte Wiedemann hat in ihrem Buch „Der neue Iran“ dieser Zeitspanne ein ganzes Kapitel gewidmet. Die von ihr dargestellten Fakten sind für das Verständnis des Iran ebenfalls unabdingbar.

Das iranische Nuklearprogramm wurde – wie Baraki richtig und ausführlich beschreibt – in der Schah-Zeit mit amerikanischer und französischer Hilfe massiv aufgelegt. Nach der Revolution von 1979 wurde es aber vom Revolutionsführer Khomeini aus religiösen (!) Gründen eingestellt. Kurz danach begann die irakische Invasion, der Auftakt eines klassischen Angriffskriegs gegen den Iran. Niemand kam zu Hilfe! Mit Ausnahme Syriens standen ausnahmslos alle großen Mächte an der Seite Iraks. Der Sicherheitsrat der UNO weigerte sich acht lange Kriegsjahre hindurch, die eindeutige Aggression beim Namen zu nennen. Das grauenhafteste Kapitel war die westliche Beihilfe zu Saddams chemischer Kriegsführung. Unternehmen aus westlichen Staaten, auch aus der Bundesrepublik, lieferten wichtige Komponenten. Wie später veröffentlichte CIA-Dokumente belegen, leisteten die USA Aufklärungshilfe bei der Bestimmung von Angriffszielen – und dies in vollem Wissen, daß Angriffe mit Giftgas geplant waren. Wieder rief der Iran den UNO-Sicherheitsrat vergeblich an. Diese Lektion wird das iranische Volk nie vergessen, sie hat sein kollektives Gedächtnis geprägt. Noch dreißig Jahre nach Kriegsende sind mehr als siebzigtausend Chemiewaffenopfer dauerhaft auf medizinische Hilfe angewiesen. Was alle Iraner bis heute und auch in Zukunft verbindet, ist der Satz: „Wir standen allein.“ Und genau das ist der Grund, weshalb der Iran nach dem Krieg das Nuklearprogramm wieder aufgenommen hat.

Was dem Iran angetan wurde, sollte eigentlich zu einer selbstkritischen Reflexion führen. Respekt und Empathie seitens des sich selbst als Wertegemeinschaft lobenden Westens wären mehr als angemessen. Statt dessen bemüht man sich weiterhin mit Belehrungen und Kriegsdrohungen, den Iran zu „bekehren“. Eine besonders bittere Geschichte aus jüngster Zeit will ich abschließend erwähnen: Vor ein paar Jahren, als die Verhandlungen mit dem Iran über das Atomprogramm noch nicht weit gediehen waren, gab es Inspektionen der

IAEA im Iran mit den üblichen Vorwürfen der Behinderung, Verschleierung etc. Eine verlangte und vom Iran erfüllte Maßnahme war, die Wissenschaftler namentlich zu nennen, die am Atomprogramm gearbeitet hatten. Die Folge: Innerhalb von fünf Monaten wurden sie von Mossad-Agenten ermordet.

Hans Schoenefeldt, Berlin

Die Bundesrepublik Deutschland war an dem ab dem 9. Juni durchgeführten bisher größten NATO-Manöver seit 1989 gegen Rußland mit einem erheblichen Anteil an Waffen, Flugzeugen, Schiffen, Panzern, Soldaten und militärischen Führungskräften mit dabei. Daß CDU/CSU und SPD koalierend ihren Segen dafür gaben, ist nicht überraschend. Ihrer Regierungskonkurrenz, den Grünen, fiel jedoch auch nichts Besseres ein, als „Bedenken“ wegen möglicher Umweltschäden anzumelden. Die gen Osten gerichteten Panzer störten sie nicht, nur die hinterlassenen Kettenspuren in der Flora. Nicht die Landeübungen von NATO-Seestreitkräften an imitierten Ostseeküsten Rußlands empörten sie, nur die dabei entstandenen Schäden für die Natur. Nicht Manöverangriffe aus der Luft auf fiktive russische Ziele waren relevant, sondern nur deren Abgase hinsichtlich der Luftverschmutzung.

Mit ihrer Haltung zu diesem NATO-Manöver stehen sie zu ihrer doppelzüngigen Tradition in der Frage von Krieg und Frieden, die sie schon im NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 bekundet haben.

Führungskräfte der Grünen scheinen nicht zu begreifen, daß mit der Gefährdung des Friedens durch die NATO die größte Schadensursache für Natur und Umwelt entsteht. Wer ehrlichen Herzens Umweltschützer sein will, muß sich erstrangig als Friedenskämpfer gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten gen Rußland und gegen die aktuell von den USA und der NATO in Asien und Afrika geführten Kriege engagieren.

Die Russen wollen keinen Krieg. Sie haben die Nase voll von all den Napoleons und Hitlers, denen es um nichts anderes als um die Ausplünderung der Reichtümer in Rußlands Weiten ging und welche die Trumpfs von heute mit ihren NATO-Manövern erneut ins Visier nehmen. **Manfred Wild, Berlin**

Die Nichteinladung des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Gedenkfeier anlässlich des „D-Days“ in Paris kann nur als Provokation verstanden werden. Sie ist ein Versuch der Westmächte, die Leistungen der Sowjetunion, welche die Hauptlast im 2. Weltkrieg getragen hat, zu relativieren und Rußland heute international zu isolieren. Die Geschichte soll umgeschrieben werden. Als Angehörige der älteren Generation haben wir die Pflicht, die Lügen der Herrschenden zu widerlegen und die Wahrheit zu verbreiten. Das um so mehr, als der im Sommer von der „rechten Szene“ verübte Mord an Regierungspräsident Lübcke – diesmal traf es einen Vertreter des Staates – aufhorchen läßt. Die mit Samthandschuhen behandelte Aufklärung ermöglicht das Gedeihen der rechtsextremen Kräfte, damit sie später „gebrauchsfähig“ einsetzbar sind. **Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Will Herr Maas als ehemaliger Justizminister und jetziger Außenminister eine Rechtsreform für internationale Rechtsbeziehungen proklamieren? Ich lese, Herr Maas besuchte den umstrittenen rechtskonservativen Staatschef Brasiliens, Bolsonaro. Er glaubt, hier den kompetenten Mann für die Durchsetzung der Menschenrechte in Brasilien gefunden zu haben. Ebenso könnte man glauben, ein Bauer wäre gut beraten, einen Fuchs für die Sicherheit seiner Hühner zu halten.

In Südamerika scheint er sich wohl zu fühlen. Um weiter Gutes zu tun, reist er nach Bogotá. Hier trifft er sich mit Oppositionellen Venezuelas und sichert dem selbsternannten Übergangspräsidenten Juan Guaidó die anhaltende Unterstützung Deutschlands zu.

Ist das der Demokratiebegriff der Marke Maas? Der demokratisch gewählte Präsident Maduro wird inzwischen als Machthaber betitelt, und diejenigen, welche zu diesem demokratischen Ergebnis stehen, werden in den Medien als Banden des Machthabers präsentiert.

In Deutschland sind nicht alle mit der Politik ihrer Regierung einverstanden. Nun stelle man sich einmal vor, Frau Wagenknecht würde diesen Gedanken aufgreifen und sich als Übergangsbundeskanzlerin empfinden und Rußlands Präsident Putin würde statt mit Bundeskanzlerin Merkel ein diplomatisches Treffen mit Frau Wagenknecht vereinbaren. Für mich ein unglaubliches Szenarium, aber es mag durchaus Menschen geben, die sich dies vorstellen können. Was wäre das für ein politischer Affront und zu Recht eine Einmischung in innere Angelegenheiten Deutschlands!

Für Venezuela und Herrn Maas scheint das allerdings nicht zu gelten. Wie ist es zu verstehen, daß einem studierten Juristen diese einfachsten Rechtsnormen internationaler Beziehungen so schnell verlustig gegangen sind?

Jürgen Bartz, Wismar

Die Wahlergebnisse der Linken schmerzen. Vor allem dort, wo selbstlos im Kommunalbereich viel Arbeit geleistet wird. Was wurde erwartet, wenn die Führungskräfte der Partei (ausgenommen Sarah Wagenknecht) in dieser medienpolitischen Landschaft kaum öffentlich bemerkbar mit klaren Aussagen hervortreten? Gute Programme reichen nicht, wie sich erneut zeigt. Die Zwistigkeiten währenddessen offenbaren wenig Politikfähigkeit und bestätigen leider Theodor Fontane im Jubiläumsjahr: „Gerade die, die dasselbe Ziel verfolgen, bekämpfen sich immer am heftigsten.“ Wie weiter?

Atti Griebel, Berlin

Die Wohnung ist eine Ware wie jede andere, und nichts macht vor profitabler Vermarktung halt, keine Moral, kein Menschenrecht hindert daran. Wohnen und Wohnung wurde zum Geschäftsobjekt. Vertreibung von Menschen, Familien aus ihrer Wohnung und ihrem sozialen Umfeld wird zunehmend Realität.

Die Eigentumsfrage stellen, darin besteht die entscheidende Konsequenz. Wo sie gestellt wird, ist der Aufschrei der „Eigentümer“ des Spekulationsobjektes Wohnen zu hören. Die Markt-Schreier stimmen ein mit schlimmen Szenarien für Omas Häuschen oder Vermietung auf der Ebene einfachen Warenhandels. Doch Konzernen, die Wohnen heute für Mietwucher und Spekulation betreiben, muß die Eigentumsfrage entschuldigungslos gestellt werden. Wir sollten nicht immer die Sprachregelungen der Bourgeoisie

übernehmen, von Wohnungsmarkt reden und vergessen, was uns Wohnen und Wohnung fern des Kapitalismus bedeutet. Enteignen beginnt mit Entmachten der Spekulanten und Profiteure und nicht mit Scheinlösungen, die den Bedrohten von Wohnungsarmut und -not nicht unmittelbar helfen. Mir scheint, auch Linke beschäftigen sich zu sehr mit derartigem Kauderwelsch, das nichts an der Wohnungsfrage löst. Sofortlösungen finden sich bereits bei Friedrich Engels (etwa in „Zur Wohnungsfrage“, MEW Bd. 18, S. 209 bis 287).

Roland Winkler, Aue

„Der Markt regelt alles.“ Unter diesem undurchschaubaren und alternativlos scheinenden Satz ist die Orientierung für die aktuelle Politik gegeben. Es sind nicht nur die Neoliberalen, die dieses Motto verinnerlicht haben, es hat inzwischen die Mehrheit der Gesellschaft erfaßt. Zumindest bis vor kurzem. Denn sowohl die Ergebnisse der Europawahlen wie auch die schon davor aufgetauchten Probleme mit Brexit, den nationalistischen Gewichtsverlagerungen in einer Reihe von Staaten wie auch die ganz aktuellen Probleme des Abstiegs der „Volksparteien“, ihren personellen und orientierungslosen Querelen zeigen, daß die Gesellschaft vor Herausforderungen steht, die ein völlig neues Denken und Herangehen erfordert. Dieser Marktmythos scheint an seine Grenzen zu stoßen. Das Für und Wider um die Äußerungen von Kevin Kühnert von der SPD ist nur ein Zeichen dafür. Sicher, dieser Mythos vom allmächtigen Markt hat seine Erfolge eingefahren. Man hat ihm wachsenden Wohlstand, demokratische Unversehrtheit, das Überwinden von Grenzen, ja sogar den Sieg über den Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, zugeordnet. Es ist immer wieder gelungen, für im Markt auftauchende Probleme andere verantwortlich zu machen oder sie als normal, als vorübergehend oder alternativlos zu bezeichnen. Aber jetzt zeichnen sich sowohl in der Innenpolitik, in der Umweltpolitik wie auch in den internationalen Beziehungen Probleme ab, die bei einer Fortsetzung des „Weiter so“ zu katastrophalen Ergebnissen führen könnten.

Im Inneren der Staaten verschärfen sich die sozialen Probleme: Wohnungs- und Bildungsfragen, Alters- und Kinderarmut, Gesundheitsfürsorge und Rentenfragen verlangen ein Eingreifen des Staates. In der Umweltpolitik wird deutlich, daß mit Appellen und freiwilligen Ankündigungen nichts verändert wird. Aber auch die Wirtschafts- und Strukturpolitik verlangt ein Eingehen auf gesellschaftliche und nicht Profitinteressen. Das spiegelt sich nicht zuletzt auch in den internationalen Beziehungen wider. Der Umgangston, gegenseitige Abhängigkeiten und Erpreßbarkeit werden immer gefährlicher. Politische und ökonomische Sanktionspolitik zeigt die Verwobenheit von Markt und Politik. Der Markt treibt die Politik. Wohin, sehen wir aktuell in den Beziehungen zwischen den USA und China, den Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten oder um Venezuela. Er macht selbst vor den Beziehungen zwischen sogenannten Verbündeten nicht Halt. Er kennt nur ein Interesse, und das Profit. Denn nichts anderes ist dieser Marktmythos: das Instrument, das auf „Teufel komm raus“ die Profitinteressen einer Gesellschaftsschicht bedient.

Franz Tallowitz, Saterland

In der „Märkischen Allgemeinen“ gab man etwas, was in der DDR gang und gäbe war, als neue „Erfindung“ aus: Agroforst hieß das Stichwort. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um Windschutzstreifen, die in unserer Land- und Forstwirtschaft jedes Kind kannte. Vereinzelt sieht man noch Reste davon stehen. Agroforst – was für ein Name! Windschutzstreifen war wesentlich treffender.

Erst machen sie alles kaputt, um es dann als Eigenkreation unter neuem Namen und neuer Regie wieder zu präsentieren. Mehr als ärgerlich!

Beate Bölsche, Brielow

Wenn sich heute Vertreter der etablierten Parteien zu wichtigen aktuellen Themen äußern, ist es oft erstaunlich, daß nach Jahrzehnten plötzlich gelebte DDR-Praxis wieder neu erfunden wird. Beispiel Kinderbetreuung: Vor allem die Kinderkrippen standen lange im Fokus der Kritik. Von der Einmischung des Staates in die Erziehung und Betreuung war da die Rede. Jetzt will man nachholen, was in der DDR Praxis war.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde das Ziel einer Grundrente aufgenommen. Neu ist das nicht, denn in der DDR gab es so etwas, unter dem Namen Mindestrente bekannt, schon einmal.

Um die Luft sauberer zu machen und die Verkehrsdichte zu verringern, gibt es die fundamentale Idee, den örtlichen Nahverkehr weiter auszubauen und preiswerter zu gestalten. Ein lobenswerter Gedanke, aber auch nicht neu. Subventionierte Preise für Bus und Bahn waren in der DDR eine Selbstverständlichkeit – eine Fahrt mit der Stadtlinie/Straßenbahn kostete für einen Erwachsenen 20 Pfennig.

Laut ist auch die Forderung nach weniger Plastikmüll. Einkaufsbeutel aus Stoff und Papier oder Glasverpackung werden wieder aktuell. Alles schon einmal dagewesen. Welcher frühere DDR-Bürger erinnert sich nicht an die „Sero-Annahmestellen“?

Also: Von der DDR lernen ...

Siegfried Duske, Biedenkopf

Zu Stimmen aus aller Welt über die DDR: Juan Antonio Samaranch, RF 257, S. 26

In außerordentlich schwerer Zeit für die olympische Bewegung hatte Juan Antonio Samaranch, Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) von 1980 bis 2001, auf der 90. Session 1985 in Berlin dem Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Anerkennung der Verdienste für die Sache des Weltsports und die Treue zum olympischen Ideal, den Olympischen Orden in Gold verliehen.

Als 1990 westdeutsche Schreihälse – in Kooperation mit der „Wende“-Jubelgemeinde – die Aberkennung dieses Ordens forderten, lehnte Samaranch ab.

Auch im 70. Jahr des BRD-Grundgesetzes gehört die grundsätzlich gegensätzliche Entwicklung der olympischen Bewegung in beiden deutschen Staaten Deutschlands zur unwiderlegbaren Wahrheit: Kein Mitgliedsland des IOC hat sich derart viel Unolympisches geleistet wie die Bundesrepublik Deutschland.

Manfred Wozniak, Erfurt

Zu Dr. Michael Walter: Solidarität im Blauhemd, RF 257, S. 23

Mit großem Interesse las ich diesen Artikel im Juni-RF. Er entspricht den Erfahrungen, die wir selbst in der VR Jemen gemacht haben. Unter Führung von Generaloberst Heinz Keßler, dem späteren Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA und Verteidigungsminister, weilte eine Delegation der Nationalen Volksarmee, deren Mitglied ich war, in diesem Land. Zuvor war deren Präsident Muhammad Ali an der Unteroffiziersschule in Eilenburg, die zu meinem Verantwortungsbereich gehörte.

Zum Programm unserer Delegation gehörte auch der Besuch bei der dort weilenden FDJ-Brigade. Die jemenitischen Genossen waren voller Lob über die Arbeit und Haltung unserer „Außenpolitiker“ im Blauhemd. In unseren Gesprächen mit den jungen Leuten spürten wir, wieviel Selbstlosigkeit dazu gehörte, den Menschen in Jemen zu helfen, ein eigenständiges, besseres Leben aufzubauen.

Dem Autor, Dr. Walter Michel, vielen Dank für die Erinnerung an diese Seite der Jugendorganisation unseres Landes, an die gelebte Solidarität der DDR mit den Völkern, die für ihre Unabhängigkeit vom Imperialismus kämpften.

Heinz Bilan, Leipzig

Es ist höchste Zeit, zu konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Fluchtursachen zu kommen, welche die Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten veranlassen, den gefährlichen Weg über die Meere zu nehmen, um nach Europa zu gelangen. Was den hier Herrschenden nur einfällt, ist die Entsendung von Soldaten und Polizisten, die Sicherheitskräfte in diesen Ländern schulen sollen. Dabei geht es nur darum, zu verhindern, daß weitere Flüchtlinge zu uns gelangen. Deren Not und Elend, für die Deutschland führend mitverantwortlich ist, spielen dabei kaum eine Rolle. Viel wichtiger wäre es, den Ländern zu helfen, daß dort Bedingungen geschaffen werden, die Arbeit bringen und den Menschen ermöglichen, ihre Nahrungsmittel selbst zu produzieren. So könnte man sich durchaus am Beispiel DDR orientieren. Es war eben nicht nur so, daß Waffen in die afrikanischen Entwicklungsländer geliefert wurden. In viel größerem Umfang schickte die DDR Mähdrescher, Traktoren, LKW und Maschinen als Solidaritätsgüter dorthin. Nicht zu vergessen Ärzte, Lehrer und vor allem auch FDJ-Jugendbrigaden, die vor Ort geholfen haben, das Leben zu organisieren. Die heute führenden Nationen sind ökonomisch viel stärker, als es die DDR je war, aber sie tun nichts, was den Menschen wirklich hilft.

Ralf Kaestner, Bützow

Im Juni nahm ich an einer Reise – Leiter war Gisbert Graff – nach Wolgograd teil. Das emotional sehr eindrucksvolle und außerordentlich interessante Erlebnis, besonders der Besuch des Mamajew-Hügels mit der überragenden Statue der Mutter Heimat sowie das Panoramamuseum haben mich sehr nachdenklich gestimmt. Welch unsägliches Leid haben deutsche Faschisten über die Bevölkerung der Sowjetunion gebracht! Für mich besonders bewegend: die Begegnung mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges. Ich hatte die Fahne, die dem Grenzregiment 3 von sowjetischen Militärberatern aus der 8. Stalingrader Garderarmee – Standort

Nohra überreicht wurde, dabei. Da kamen auch den alten Kämpfern die Tränen, als sie erfuhren, welchen Weg diese Fahne von Stalingrad nach Nohra, weiter nach Dermbach und nun noch mal nach Stalingrad genommen hatte. Autogramme auf der Fahne und herzliche Umarmungen von Waffenbrüdern begeisterten auch das anwesende Fernseheteam und alle Fotografen.

In der ganzen Stadt wird die Ehre der heldenhaften Verteidiger und Sieger über die deutsche Wehrmacht sichtbar gepflegt und geachtet.

Doch die Politiker der USA, der NATO-Staaten mit Deutschland an der Spitze scheinen aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Statt Friedenserhaltung, Abrüstung und Freundschaft, besonders mit Rußland, forcieren sie Konfrontation, provozieren, rüsten zum Krieg. So wurden am 28. Juni in Bad Salzungen 500 Bundeswehrranghörige zu einem halbjährigen Einsatz ins Baltikum, an die Grenze Rußlands, geschickt. Ihre Aufgabe: Verteidigung der Ostflanke der NATO. Ein nicht zu begreifender Affront gegen Rußland!

Ich habe die Hoffnung, daß es mit vereinten Anstrengungen möglich ist, die Kriegstreiber zu stoppen und das höchste Gut für die Existenz der Menschheit – den Frieden – zu erhalten.

Harald Hentschel,

OSL a. D. d. GT d. DDR, Oechsen

Vor kurzem wollte ich mir in der Mediathek eine Sendung mit dem Titel „Unsere Wälder“ ansehen. Da ich sehr naturinteressiert bin, lud ich mir den Beitrag herunter. Schon nach wenigen Minuten habe ich ihn verärgert weggedrückt. Es ging um die Luftbrücke amerikanischer und britischer Flugzeuge nach Westberlin im Jahre 1948. Dort wurde in üblicher Lügenmanier behauptet, daß diese Stadt versorgt und verteidigt werden mußte, da die sowjetische Besatzungsmacht im Osten ganz Berlin für sich gewollt hätte. Kein Wort über die wirklichen Ursachen, warum seitens der Sowjetunion die zeitweilige Abriselung Westberlins vorgenommen werden mußte.

Bekanntlich wurde durch die Währungsreform im Westen ein entscheidender Schritt in Richtung der Spaltung Deutschlands getan. Dieses dort wertlos gewordene Geld sollte in das sowjetisch besetzte Gebiet geschmuggelt werden, um eine Inflation und ein wirtschaftliches Chaos auszulösen. Um das zu verhindern, war die sowjetische Besatzungsmacht gezwungen, Maßnahmen zum Schutze des von ihr verwalteten Territoriums zu treffen. Diese waren nur für einen begrenzten Zeitraum vorgesehen, bis im Osten eine eigene Währung in Umlauf gebracht werden konnte. Allein das war die Absicht dieser zeitweiligen Isolierung Westberlins. Es ging dabei in keiner Weise um die Einnahme dieser Stadt. Ohne die Absicht westlicher Politiker und Geheimdienste, die wirtschaftliche Lage im sowjetischen Besatzungsbereich drastisch zu verschlechtern, hätte es eine solche Maßnahme seitens der UdSSR nicht gegeben. Das wird der Öffentlichkeit heute gleichermaßen verschwiegen wie damals. Statt dessen wird die Lüge von einer drohenden Einnahme Westberlins durch die Sowjetarmee weiterhin verbreitet.

Jürgen Förster, Dresden

Zu Johann Weber: 70 Jahre Grundgesetz der BRD, RF 257, S. 14

Ich möchte ergänzen, daß der Ermittlungsrichter den Erlaß eines Heftbefehls gegen Max Schäfer 1968 wegen Verstoßes gegen das KPD-Verbot ablehnte. Daraufhin verfolgte man ihn wegen angeblicher Beleidigung der ihn verhaftenden Polizisten, welchen gegenüber der in der Nazizeit langjährig verfolgte Widerstandskämpfer sagte, als diese ihm Handschellen anlegten: „Das ist ja wie bei der Gestapo!“ Das Amtsgericht Frankfurt/M. sprach ihn frei, und nach Einlegung von Revision durch die Staatsanwaltschaft kam auch das Oberlandesgericht zu keiner anderen Auffassung. Der Programmtext der KPD vom Februar 1968 wurde unabhängig von alledem in der Druckerei in Neumünster beschlagnahmt, und über die Einziehung sollte durch das Landgericht Flensburg entschieden werden. Dort bejahte man einerseits dessen angeblich verfassungsfeindlichen Inhalt, war aber andererseits der Meinung, die politische Aufklärung wäre zulässig. Aufgrund der hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegten Revision und Aufhebung der die Einziehung ablehnenden Entscheidung von Flensburg durch den BGH mußte die Sache nach Zurückverweisung erneut vor dem LG Flensburg verhandelt werden. Dort wurde 1970 das Verfahren durch das Gericht ausgesetzt, nachdem die Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft mehrfach den Gerichtssaal verließen, um damit eine von den Verteidigern beantragte Einvernahme zahlreicher prominenter Zeugen zu torpedieren. In beiden Verfahren war Friedrich Karl Kaul als Verteidiger tätig.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Während die erste Verfassung der DDR in aller Öffentlichkeit diskutiert und eine Reihe von Vorschlägen aus der Bevölkerung angenommen wurde, ist das Grundgesetz den Westdeutschen tatsächlich übergestülpt worden. Aber trotz aller Kritik, die auch an der Urfassung geübt werden kann, war es gar nicht so schlecht, und es legte sich auch nicht auf eine Gesellschaftsordnung fest. Wenn die Bundeskanzlerin allerdings behauptet, es wäre die beste deutsche Verfassung, dann irrt sie sich.

Die erste Verfassung der DDR war noch kein sozialistisches Gesetzeswerk. Sie orientierte sich wie das Grundgesetz an der Weimarer Verfassung. Mitunter stimmten die Formulierungen fast wörtlich überein. Aber die Verfassung der DDR enthielt die Rechte auf Arbeit, Wohnen und Bildung. Das fehlt im Grundgesetz. Von Anfang an wurde in der DDR gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt. Aufgenommen wurden auch die Veränderungen, die durch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher und die Bodenreform erreicht wurden. Daher kann man sagen, daß die erste Verfassung der DDR besser war als das Grundgesetz.

Dr. Kurt Laser, Berlin

Ich halte soeben das erste Mal Ihre Zeitschrift in der Hand, welche mir durch einen Kunden übergeben wurde, und bin begeistert. Endlich ein Medium, welches mir aus dem Herzen spricht und mich mit neuem Wissen und Informationen versorgen kann, um in meinen Gesprächen weitere wichtige Argumente für eine sozialistische Welt zu finden. Ich freue mich auf den ersten „RotFuchs“ in meinem Briefkasten.

Wolfgang Schade, Dessau-Roßlau



Alles Einzeltäter

Karikatur: Freimut Woessner

■ Regionalgruppe Mecklenburg Vorpommern – Nord-West

Am 25. September um 18 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Kreisorganisation der Partei Die Linke Wolfgang Gehrcke, langjähriger außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke, zum Thema: **Die antirussische Hetze beenden – Rußland ist Partner und nicht Gegner**

Ort: Saal des Technologiezentrums, Alter Hafen 19, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Harz

Am 27. September um 14 Uhr spricht auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit ISOR Rechtsanwalt Hans Bauer, Vorsitzender der GRH, zum Thema: **Wahrheit und Versöhnung? – Umgang mit der Geschichte der DDR**

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergenweg 16, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 28. September um 10 Uhr spricht René Gansewig, Vorstandssprecher der NEUWOBA (Neubrandenburger Wohnungsgenossenschaft e. G.), zum Thema: **Wohnen ist Menschenrecht. Die Situation und Perspektive der Wohnraumversorgung und des Wohnungsbaus in Neubrandenburg**

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki
Ralf Jungmann
Marcel Kunzmann

Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel

Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele

Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030 -981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.